

Matthias Otten  
Hans H. Reich  
Claudia Schöning-Kalender

**Die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten  
und ihren Organisationen in Rheinland-Pfalz**



## Vorwort

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in das soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in unsere Gesellschaft kann nur gelingen, wenn Zugewanderte die Teilhabemöglichkeiten aktiv nutzen und mitgestalten können. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat das früh erkannt und die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an den gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen zum festen Bestandteil ihrer Integrationspolitik gemacht.

Teilhabe und Partizipation setzen voraus, dass die Integrationspolitik des Landes einerseits Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten entgegenwirkt, andererseits aber auch ihre unterschiedlichen Potenziale fördert und nutzt. Integration ist dabei vor allem Gewinn, ihre Chancen und Vorteile müssen in Zukunft verstärkt im Interesse aller wahrgenommen werden.

Für die Integrationspolitik des Landes bedeutet diese Sichtweise eine Förderung von Beteiligungsmodellen, die auf die Einbindung der Potenziale von Zugewanderten und ihrer Organisationen zielen. In der Arbeit der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration wächst die Bedeutung entsprechender Projekte.

Für die zielgenaue Konzipierung und Umsetzung dieser Förderpolitik ist die Landesregierung auch auf die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft angewiesen. Als Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration habe ich deshalb das praxisnahe Projekt „Die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen in Rheinland-Pfalz“ initiiert und finanziell unterstützt.

Das Projekt wurde von Oktober 2005 bis Dezember 2006 im Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung des Instituts für Bildung im Kindes- und Jugendalter der Universität Koblenz-Landau (IKU) durchgeführt. Es erforscht die Positionen der an der Umsetzung von Partizipationskonzepten und Netzwerken Beteiligten in Rheinland-Pfalz aufgrund von Fallstudien, Befragungen und Gesprächen.

Mit der vorliegenden Dokumentation liegt jetzt eine qualitative Beschreibung der integrationspolitischen Praxis im Handlungsfeld der Partizipation vor. Das ist ein wertvoller Beitrag für die Weiterentwicklung der konsequenten und zielorientierten Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

Ich danke Herrn Dr. Matthias Otten, Herrn Prof. Dr. Hans H. Reich und Frau Dr. Claudia Schönig-Kalender für die sehr kompetente und engagierte Durchführung des Projekts und für die vorliegende Projektdokumentation. Der Dokumentation wünsche ich viele interessierte Leserinnen und Leser.

Maria Weber

Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration

## Inhalt

|       |  |    |
|-------|--|----|
|       | Vorwort  | 3  |
| 1.    | Einleitung   | 6  |
| 2.    | Der gesellschaftspolitische und migrationswissenschaftliche Hintergrund des Projekts   | 10 |
| 3.    | Die Theorieentwicklung: Das Sozialkapital von Migrantinnen und Migranten und Wege der Netzwerkbildung zur gesellschaftlichen Partizipation | 16 |
| 3.1   | Vorbemerkung zum „Wissenschaftsgespräch“   | 16 |
| 3.2   | Sachstand der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration zu bestehenden Netzwerken und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz  | 17 |
|       | Sachstand aus der Sicht der Beauftragten in Thesen   | 18 |
| 3.3   | Das Theoriekonzept des „Sozialkapitals“ und die Netzwerkbildung von Migrantenorganisationen  | 19 |
| 3.3.1 | Sozialkapital im Migrationskontext: Eine metaphorische Adaption des Grundkonzepts  | 20 |
| 3.3.2 | Zur Wirkung des Sozialkapitals: Bonding- und Bridging-Effekte  | 23 |
| 3.4   | Erweiterungen und Kommentierungen zum Theoriekonzept im Wissenschaftsgespräch  | 24 |
| 3.5   | Diskussion der theoretischen Ansätze und ihrer Implikationen   | 29 |
| 3.5.1 | Sprache und Kommunikation  | 29 |
| 3.5.2 | Kapital und Ressourcen   | 30 |
| 3.5.3 | Lokaler Raum und Netzwerke   | 31 |
| 3.6   | Schlussfolgerungen zur Theorieentwicklung  | 32 |
| 4.    | Explorationsstudien zur Partizipation im Bildungsbereich   | 35 |
| 4.1   | Fallstudie: Der Lernzirkel Ludwigshafen e.V.   | 35 |
| 4.2   | Fallstudie: Islamischer Religionsunterricht an der Grundschule Ludwigshafen/Pfingstweide   | 38 |
| 4.3   | Befragung der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz zur interkulturellen Bildung und Kooperation mit Migrantenorganisationen                   | 41 |
| 4.4   | Ergebnisse der landesweiten Schulbefragung   | 46 |
| 4.4.1 | Erhebungsstrategie und Stichprobenrücklauf   | 46 |
| 4.4.2 | Statistische Verteilungen nach Schularten, Schulgröße und Ausländeranteil  | 47 |
| 4.4.3 | Einschätzung der Wichtigkeit interkultureller Aktivitäten und Projekte   | 50 |
| 4.4.4 | Realisierung und Erwünschtheit verschiedener Aktivitätsfelder der interkulturellen Bildung   | 53 |
| 4.4.5 | Kooperationen mit außerschulischen Partnern im Bereich der interkulturellen Bildung  | 56 |

|       |  |     |
|-------|--|-----|
| 4.4.6 | Realisierungshindernisse für Kooperationsprojekte  | 58  |
| 4.5   | Gesamtbetrachtung zur Partizipation im Bildungsbereich   | 60  |
| 5.    | Explorationsstudien zur politischen Partizipation  | 62  |
| 5.1   | Migrantenorganisationen als kommunalpolitische Akteure und Partner                             | 63  |
| 5.1.1 | Interessenformulierung und Motive in den Ausländerbeiräten                                     | 64  |
| 5.1.2 | Ressourcen, Aktivitäten und Akzeptanz politischer Partizipation                                | 69  |
|       | Professionelle Gremienarbeit und kommunalpolitische Partner                                    | 69  |
|       | Integrationspolitische Kulturarbeit und Anerkennung innerhalb der Migrantenbevölkerung         | 71  |
|       | Individuelle Hilfe und Beratung – Selbsthilfe als existenzielle Politikpraxis                  | 72  |
| 5.1.3 | Alternativen zum klassischen Ausländerbeirat   | 72  |
| 5.2   | Fallstudie: Der Integrationsbeirat der Stadt Bad Kreuznach                                     | 74  |
| 5.3   | Diskussion von Praxisentwicklungen im „Praxisgespräch“   | 78  |
| 5.3.1 | Vorbemerkungen zum Praxisgespräch  | 78  |
| 5.3.2 | Erfahrungsberichte aus der Integrationspraxis in Rheinland-Pfalz                               | 78  |
|       | Vernetzung und Partizipation im Landkreis und der Stadt Bad Dürkheim                           | 79  |
|       | Interkulturelle Stadtteilarbeit: Das Neustadt-Projekt in Mainz                                 | 81  |
| 5.3.3 | Förderliche und hemmende Faktoren erfolgreicher Partizipation und Netzwerkbildung              | 82  |
| 5.3.4 | Identifizierung von Handlungserfordernissen aus Sicht der Praxis                               | 84  |
| 5.4   | Gesamtbetrachtung zur politischen Partizipation  | 86  |
| 6.    | Handlungsempfehlungen zur Unterstützung von Partizipation und Vernetzung                       | 88  |
| 6.1   | Transparenz und Information: Eine landesweite „Kompetenz-Landkarte“                            | 88  |
| 6.2   | Sichtbare Partnerschaft: Rückenstärkung und aktive Unterstützung seitens der örtlichen Politik | 88  |
| 6.3   | Anerkennung und Chancengleichheit: Kommunales Wahlrecht als Weg in die Normalität              | 89  |
| 6.4   | Professionalisierung der gemeinsamen Interessenvertretung                                      | 90  |
| 6.5   | Perspektiven und Anregungen  | 90  |
|       | Literaturverzeichnis   | 92  |
|       | Anhang   | 100 |
|       | Impressum  | 104 |

## 1. Einleitung

Im migrationspolitischen Diskurs wie auch in der Praxis vollziehen sich seit einiger Zeit Entwicklungen, von denen erwartet wird, dass sie das Selbstverständnis als Einwanderungsland nachhaltig verändern, sowohl für die hier lebenden Migrantinnen und Migranten als auch für die Bevölkerung insgesamt. Insbesondere in der Praxis ist hiermit die Hoffnung auf eine Ausweitung von sozialen, politischen und ökonomischen Teilhabechancen für zugewanderte Personen in Deutschland verbunden. Rückblickend standen über lange Zeit hinweg in erster Linie Maßnahmen, Aktions- und Förderprogramme für Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt. Demgegenüber widmen sich neuere Untersuchungen und Praxisprojekte verstärkt der Analyse und der Förderung von Beteiligungsmodellen von Migrantenorganisationen<sup>1</sup> und migrationsbezogenen Interessensvertretungen, z.B. in Ausländer- und Integrationsbeiräten, ausländischen Unternehmerverbänden, Förder- und Elternvereinen oder den Dachverbänden nicht-christlicher Religionsgemeinschaften.

6

Diese neue Perspektive folgt der Auffassung, dass die selbstbestimmte und selbstorganisierte Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten in eigenen Organisationen und Institutionen am ehesten dem Anspruch der sozialen und politischen Partizipation unter Achtung und Anerkennung unterschiedlicher kultureller Lebenswelten und Wertorientierungen gerecht wird. Von einer aktiv gelebten Partizipation wird eine wichtige Funktion für die gesellschaftliche Integration und die Vermittlung zwischen den Kulturen in der multikulturellen Gesellschaft erwartet, zumindest birgt sie entsprechende Potenziale.

Innerhalb von Migrantenorganisationen und Ausländerbeiräten ist dabei ein wachsendes Bewusstsein für die *reziproken* Integrationsverhältnisse in der Gesellschaft zu beobachten, und das wird von den Akteuren auch klar artikuliert. Zuletzt wurde das beim ersten rheinland-pfälzischen Bürgerkongress in Mainz am 11. März 2005 deutlich, wo zahlreiche Migrantenorganisationen auf ihren spezifischen Beitrag an zivilgesellschaftlichem Engagement für die Gesellschaft aufmerksam gemacht haben. Auch die Empfehlungen der RIFI-Arbeitsgruppe<sup>2</sup> „Querschnitt“ zur „gesellschaftspolitischen und politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund“ weisen auf die noch wenig genutzten Möglichkeiten hin, Migrantinnen und Migranten stärker als Akteure des Integrationsprozesses einzubeziehen. Mit diesem Vorschlag konkretisieren die Autorinnen und Au-

<sup>1</sup> In der Fachdiskussion und Literatur wird häufig der Begriff Migrantenselbstorganisationen verwendet. Wir bevorzugen hier aus sprachlichen und auch aus inhaltlichen Gründen den Begriff Migrantenorganisationen, zu denen wir in unserem Forschungszusammenhang auch die Ausländerbeiräte rechnen. Dass es um die Migrantinnen und Migranten selbst geht, die sich in Organisationen engagieren, ist allein schon aus der Themenbegründung ersichtlich und bedarf keiner besonderen Betonung. Ferner geht es uns gerade nicht allein um die Frage, was diese Organisationen für sich selbst bzw. ihre Mitglieder tun, sondern welche Funktionen sie allgemein übernehmen und wie sie in die Gesellschaft hineinwirken.

<sup>2</sup> RIFI – Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration. Der Arbeitskreis hat das Ziel verfolgt, die Erfahrungen und das Expertenwissen der in Rheinland-Pfalz im Bereich der Integration von Zugewanderten und Engagierten zu bündeln und für den Austausch und die praktische Gestaltung des Integrationsprozesses nutzbar zu machen. Die Initiative mündete 2007 in der Gründung des Landesbeirates für Migration und Integration.  
Nähere Informationen: [www.auslaender.rlp.de](http://www.auslaender.rlp.de)

toren des Positionspapiers auf landespolitischer Ebene eine allgemeine Forderung, die schon seit längerem in der migrationspolitischen Forschung gesehen wird, nämlich Einwanderung und Integration als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe zu behandeln (Büttner/Meyer 2002; Krummacher 1996).

In vielen Institutionen und Handlungsfeldern der Aufnahmegesellschaft (z. B. Schulen, Behörden, Ausbildungsbetrieben und Unternehmen) scheint allerdings noch zu selten ein grundlegendes Bewusstsein und Wissen für diese Ressource und ihre systematische Nutzung im gesellschaftlichen Integrationsprozess vorhanden zu sein. Das angestrebte kooperative Handeln zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in den wichtigen Gesellschaftsprozessen setzt auf allen Seiten Offenheit für funktionale Synergien und Anerkennung der gegenseitigen Beiträge und Bedürfnisse voraus. Die Initiierung innovativer Partnerschaften zwischen Migrantenorganisationen und anderen Institutionen wäre ein Schritt, um die Potenziale zu erkunden, modellhaft zu erproben und auszuschöpfen.

Vor dem Hintergrund dieser Problemorientierung wurde am Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung des Instituts für Bildung im Kindes- und Jugendalter der Universität Koblenz-Landau (IKU) ein praxisnahes Forschungsprojekt initiiert, das von Oktober 2005 bis Dezember 2006 durch Mittel der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz unterstützt wurde. Der Titel des Projekts lautet: "Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen". Ziel des Projekts war es, anhand von exemplarischen Fallstudien und explorativen Erkundungen die aktuellen Entwicklungen, Veränderungen und die Positionen der verschiedenen Akteure zur Umsetzung von Partizipationskonzepten und Netzwerken auf örtlicher Ebene zu untersuchen.

Für zwei Bereiche, die politische Partizipation und die Partizipation an Bildungsinstitutionen, wurde in dem hier dokumentierten Forschungsprojekt unter Bezugnahme auf aktuellen Diskussionen in der Zivilgesellschaftstheorie (vgl. Klein et al. 2004) untersucht, wie Migrantenorganisationen einen Beitrag zur (inter)kulturellen Partizipation leisten können, wie die aufnahmegesellschaftlichen Institutionen diese Ressource sehen, erkennen und wahrnehmen und welche Bedingungen der Netzwerkbildung dabei wirksam sind. Die Entstehung, Nutzung und Transformation von Sozialkapital wurde dabei in erster Linie auf der kommunalen Ebene betrachtet. Hier sind die Steuerungs- und Gestaltungsoptionen für Fragen der sozialen Integration am ehesten zwischen den Akteuren verhandelbar<sup>3</sup> (Geiling 2005; Sánchez Otero 1999). Probleme, Entscheidungen und Prozesse sind hier zum einen hinreichend öffentlich, um nicht als rein unmittelbare, private Interessenverfolgung zu gelten. Andererseits sind sie aber auch unterhalb einer bundes- oder landespolitischen Steuerungsebene hinreichend lokal und sozialräumlich angebunden, d.h. in prinzipiell noch überschaubaren Netzwerken organisiert, so dass Akteure in den direkten Dialog miteinander in Aushandlungsprozesse treten können.

<sup>3</sup> Siehe dazu auch die Dokumentation und Begründung einer durch die Bertelsmann-Stiftung angeregten Initiative „Strategien kommunaler Integrationspolitik“ (Bertelsmann Stiftung 2005).

Ausgehend von den für Rheinland-Pfalz bereits vorliegenden, jedoch anders fokussierten wissenschaftlichen Arbeiten und Studien zu diesem Themenfeld (Caballero 2003; Stauf 2004) widmete sich das Projekt der Frage, inwieweit sich im Zuge des gegenwärtigen Integrationsprozesses in Deutschland ein grundlegender Wandel der Funktionsweisen, Strukturen und des Selbstverständnisses von Migrantenorganisationen, Ausländer- bzw. Integrationsbeiräten und anderen Formen der migrationspolitischen Vernetzung abzeichnet. Außerdem ging es darum, wie die konkreten Potenziale und Angebote aus diesen Organisationen in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern tatsächlich wahrgenommen, aufgegriffen und genutzt werden. Neben den landesweiten Entwicklungen wurden auch Ergebnisse, Erfahrungsberichte und wissenschaftliche Analysen zur Integrationspolitik in anderen Bundesländern mit einbezogen. Zusätzliche tagesaktuelle Brisanz erhalten die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des vorliegenden Berichts durch die kontroversen Diskussionen um das neue Zuwanderungsgesetzes und den kürzlich veröffentlichten Nationalen Integrationsplan<sup>4</sup> auf Bundesebene.

In Anbetracht der hohen Komplexität des Themas wurden zu Beginn des Projekts einige Facetten ausgewählt, die als besonders relevant, großteils noch wenig wissenschaftlich bearbeitet und somit vielversprechend zu Beantwortung unserer Fragestellung erschienen. Besonderes Augenmerk sollte folgenden Aspekten gewidmet werden:

- öffentliche und fachliche Wahrnehmung des Engagements von Migrantinnen und Migranten in ausgewählten gesellschaftlichen Institutionen und die dortige Bereitschaft von Entscheidungsträgern, dieses Potenzial gezielter und systematischer als bislang üblich zu nutzen,
- Möglichkeiten und Grenzen institutionen- und organisationsübergreifender Vernetzungen, die vielfach gefordert, aber selten nachhaltig praktiziert werden,
- Ausrichtung und Ausbalancierung von Aktivitäten und Diskursen in den Organisationen an der Herkunfts- und/oder Aufnahmegesellschaft,
- Fragen des „ethnic leadership“ (Unbehaun 1997), der Meinungsführerschaft und Repräsentanz in den Organisationen, die aufgrund des Generationswechsels und eines im Vergleich zur ersten Migrationsgeneration verändernden Selbstverständnisses unter jüngeren Migrantinnen und Migranten neu austariert werden,
- Bedeutung der kulturellen, sozialen, politischen und (religions)-pädagogischen Motive und Intentionen der Migrantinnen und Migranten für ihr Engagement und
- inhaltliche und strukturelle Positionierung in einem breiteren gesellschaftlichen Diskurs (z.B. religiöse Symbole in der Schule oder interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz in Institutionen einer multikulturellen Gesellschaft).

Die Arbeiten im Projekt – vor allem auch die Diskussionen mit Fachleuten im Wissenschaftsgespräch (25.04.2006), im Praxisgespräch (22.06.2006) und zuletzt im IV. Integrationsforum am 20.03.2007 in Mainz – haben zu Veränderungen in der Akzentsetzung geführt, so dass neue Fragestellungen hinzukamen, andere Themen hingegen in den Hintergrund rückten<sup>5</sup>. Besonders die hohe Bedeutung der Vernetzungsfunktion hat eine größere Aufmerksamkeit erfahren als zunächst

<sup>4</sup> Siehe dazu [www.bundesregierung.de/nn774/Content/DE/Artikel/2007/07/2007-07-11-teilnehmer-integrationsgipfel.html](http://www.bundesregierung.de/nn774/Content/DE/Artikel/2007/07/2007-07-11-teilnehmer-integrationsgipfel.html) (insbesondere Themenfeld 9).

<sup>5</sup> Siehe dazu die zeitliche Darstellung des Projektverlaufs im Anhang.



geplant. Zu den beiden letztgenannten Teilaspekten wurden indessen keine systematischen Analysen vorgenommen, und selektive Einschätzungen des Projekts zu diesen Fragen sind daher eher als vorläufige Überlegungen und Deutungen zu verstehen, weniger als empirische Analyse im eigentlichen Sinne.

Mit der vorliegenden Ergebnisdokumentation aus dem Forschungsprojekt soll ein Beitrag zur integrations- und migrationspolitischen Praxis in Rheinland-Pfalz geleistet werden, wobei insbesondere die konzeptionellen Überlegungen nicht unmittelbar an Landesgrenzen geknüpft sind. Die Erarbeitung einer gesellschaftstheoretischen Begründung für eine partizipative Migrations- und Integrationspolitik scheint uns dabei ebenso unerlässlich wie die Darstellung ausgewählter praktischer Fallbeispiele und aktueller Entwicklungen, an denen sich Chancen und Probleme einer gelebten Partizipationspraxis erkennen und reflektieren lassen. Über die hier vorgestellten Projektansätze hinaus gibt es zahlreiche weitere, die wir allein aus Kapazitätsgründen nicht alle nennen und vorstellen konnten. Wir betrachten die vorliegenden Ergebnisse daher keineswegs als vollständige Bestandsaufnahme, sondern vielmehr als einen zusätzlichen Baustein für eine nachhaltige landesweite Integrationspolitik und als Anregung für die weitere Debatte in den Kommunen, Schulen, Institutionen und in der öffentlichen Diskussion.

## 2. Der gesellschaftspolitische und migrationswissenschaftliche Hintergrund des Projekts

Die Forderung nach Integration, Teilhabe und interkultureller Öffnung ist mittlerweile ein Gemeinplatz der Integrations- und Migrationsforschung. In der wissenschaftlichen und politischen Expertise scheint zunächst weitgehend Konsens darüber zu bestehen, dass erfolgreiche Integration und Partizipation in einer Einwanderungsgesellschaft nur möglich sind, wenn Migrantinnen und Migranten für die politische Durchsetzung migrationsspezifischer Anliegen sowie zur allgemeinen Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Mitbestimmungsansprüche erstens ein gewisses Maß professioneller zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation etablieren können und zweitens eine nachhaltige interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Institutionen erreicht wird. Im Sechsten Familienbericht der Bundesregierung im Jahr 2000 wurde bereits auf die Doppelfunktion von Migrantenorganisationen hingewiesen: Einerseits sind ethnische Vereinigungen darauf angewiesen, dass der Bezug zur Herkunftsgesellschaft erhalten bleibt, „da andernfalls die Mobilisierungsbasis verloren ginge“. Andererseits sind diese Vereinigungen gleichzeitig „aber immer auch auf die besonderen Bedürfnislagen der Minorität in der Aufnahmegesellschaft ausgerichtet, indem sie Informationen an ihre Mitglieder weitergeben, Interessen artikulieren, Aktivitäten kanalisieren und mobilisieren. Sie leisten damit regelmäßig nicht nur einen erheblichen Beitrag zur individuellen sozialen Integration ihrer Klientel in die Aufnahmegesellschaft, sondern auch zur Durchsetzung kollektiver Minderheitsinteressen“ (BMFSFJ 2000: 115).

Die Möglichkeit der interessengeleiteten Vereinigung in Gruppen und Organisationen für die Erreichung bestimmter Ziele oder zur Stärkung eines sozialen Zusammenhalts unter Gleichgesinnten ist nicht nur ein prinzipielles bürgerliches Freiheitsrecht, das allen Menschen in demokratischen Gesellschaften zukommt, sondern auch ein vitales Element zivilgesellschaftlicher Funktionsfähigkeit. Die aktive Förderung und der politische Ruf nach freiwilligem Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund begrenzter Problemlösungskapazitäten staatlicher und privater Institutionen wieder ein prominentes Thema der Politik geworden. Das aktuelle Freiwilligen-Survey vermeldet seit der ersten Studie (Rosenblatt 2001) einen erneuten Zuwachs von Engagementbereitschaft und geht davon aus, dass 70% der Bevölkerung über 14 Jahren über ihre privaten und beruflichen Verpflichtungen hinaus in irgendeiner Form in Vereinen, Gruppen, Initiativen „aktiv“ ist (Gensicke et al. 2006)

In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung ethnischer Vereinigungen und vielfältiger Formen von Migrantenorganisationen in Deutschland und anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Aus den Daten des Freiwilligen-Surveys ist zu erfahren, dass das aktuell praktizierte bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten zwar deutlich geringer ist als unter der deutschen Bevölkerung, aber die Bereitschaft sich zu engagieren wiederum höher liegt, so dass das Bereitschaftspotenzial innerhalb der Migrantenbevölkerung mit rund 65% ähnlich hoch ist wie das der deutschen Bevölkerung<sup>6</sup> (vgl. Gensicke et al. 2006).

Eva Stauf stellt in ihrer explorativen Bestandsaufnahme über die „Potenziale, Partnerschaften und Probleme von Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz“ fest, dass „[d]ie große Bedeutung von Migrantenorganisationen als Orte des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung wie auch als Basis für die Stärkung von Handlungskompetenz und Interessenvertretung (...) durch zahlreiche wissenschaftliche Studien belegt ist und zunehmend von politischer Seite anerkannt wird.“ (Stauf 2004: 5). Ähnliche Aussagen, bei differenzierterer Sicht auf die tatsächlichen Wirkungsweisen von vereinsorganisiertem freiwilligen Engagement, finden sich auch in anderen Untersuchungen, etwa von Diehl (2002), Huth (2003), Lehmann (2001) und Müller (2003) sowie die Ergebnisse einer international angelegten Studie der Bertelsmann Stiftung über Erfolgsbedingungen von „Integration in der Kommune“ (Pröhl 1998). Studien im Auftrag der Hessischen Landesregierung (Sanders et al. 2002) und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MASSKS 1999) gehen auf die Rolle von Migrantenorganisationen ein. Dort werden folgende Funktionen benannt, die diese Organisationen im Partizipations- und Integrationsprozess in unterschiedlicher Gewichtung wahrnehmen:

- Orientierungs-, Unterstützungs-, Dienstleistungs- und Schutzfunktion
- Pflege und Tradierung der Kultur der Herkunftsgesellschaft
- Sozialisationsfunktion für die Nachfolgegeneration und Ort der Auseinandersetzung mit den veränderten Sozialisationsanforderungen der Aufnahmegesellschaft
- Identitätsstützende Funktion der Selbstorganisationen
- Selbstverwirklichungsfunktion für die aktiven Mitglieder ethnischer Vereinigungen
- Interessenartikulation und Interessenvertretung
- Brücken- und Vermittlungsfunktion zur Mehrheitsgesellschaft

Es fällt auf, dass die Funktionen sich fast ausschließlich auf die direkten und indirekten Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten zur Bewältigung ihrer migrationsbedingten alltagsweltlichen Orientierungs-, Anerkennungs- und Anpassungsleistungen richten. Weniger deutlich wird indessen, inwieweit auch kommunale Erwartungen und Zielsetzungen, z.B. die Verbesserung originär kommunaler Dienstleistungsaufgaben, die ökonomische Prosperität der Region oder die Profilierung eines modernen Image der Stadt/Kommune durch die Migrantenorganisationen Unterstützung erhalten (könnten) (vgl. Bertelsmann 2005). Die Diskussion wird also primär von Funktionsleistungen für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe dominiert (zu der sich viele Migrantinnen und Migranten unter Umständen gar nicht selbst zurechnen), während gesamtgesellschaftliche Funktionen für die Kommunen bestenfalls indirekt abzuleiten sind. Daraus lässt sich die Vermutung erhärten, dass die Frage der Selbstorganisation nach wie vor als Form zielgruppenspezifischer Selbsthilfe thematisiert und diskutiert wird und selten als Vergesellschaftungsprozess der Aufnahmegesellschaft.

<sup>6</sup> Vgl. die Studie des Instituts für Soziale Innovation über „Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement von Migranten in der Stadt Paderborn (2007)“.

Trotz der insgesamt positiven Einschätzungen gehen die Beurteilungen über das bisher Erreichte, die tatsächlichen Wirkungen auf den Integrationsprozess und die Frage nach günstigen und hemmenden Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Migrationskontext weit auseinander. So weisen Karin Weiss und Dietrich Thränhardt in ihrer aktuellen Bestandsaufnahme darauf hin, dass die positive Hervorhebung von Bürgerengagement meistens nur auf die etablierte Aufnahmegesellschaft bezogen ist und die Eigenorganisation von Einwanderergruppen nicht selten „dämonisiert“ wird (Weiss/Thränhardt 2005a: 13). Migrantenorganisationen erscheinen damit nicht als normales Phänomen einer pluralistischen Einwanderungsgesellschaft, sondern werden als „Sonderphänomen“ behandelt. Im Hinblick auf ihre integrative Wirksamkeit werden an diese Organisationen zudem oft hohe und zuweilen auch überzogene Erwartungen formuliert. Vor allem die Debatte über so genannte „Parallelgesellschaften“<sup>7</sup> (GEP 2005; Meyer 2002a; Meyer 2002b) – zuletzt auch in einer aktuellen Ausgabe (1/2006) der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ – hat in jüngster Zeit dazu geführt, dass organisierte Formen ethnischer Vergemeinschaftung keineswegs nur als selbstverständliche und wünschenswerte Form politischer Partizipation in einer Einwanderungsgesellschaft gesehen werden. Im Gegenteil werden einige Organisationen mit wachsendem Misstrauen beobachtet und mit den Mitteln des Verfassungsschutzes unter potenziellem Strafverdacht observiert<sup>8</sup> (Schiffauer 2005).

Die ohnehin sehr bescheidenen Formen der institutionalisierten politischen Partizipation über Ausländerbeiräte und Integrationsbeiräte (Kelttek 2006) steht in einigen Bundesländern zur Disposition, und einige Kommunalpolitiker fordern deren Demontage. In Baden-Württemberg wird das mit dysfunktionalen Strukturen und der fehlenden kommunalpolitischen Professionalität vieler Beiräte begründet. Noch bedenklicher ist eine Forderung des Innenministers von Thüringen, Karl-Heinz Gasser, der in den Ausländerbeiräten seines Landes eine verfassungswidrige Machtaneignung der Ausländervertreter sieht<sup>9</sup>. Bei ohnehin nur vier Beiräten in Thüringen, die wie in allen anderen Bundesländern faktisch keine Entscheidungsbefugnisse haben, sondern lediglich beratend mit den Gemeinderäten kooperieren können, ist die Gefahr eines „Rollback“ in der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten angesichts innenpolitischer Dramatisierung nicht mehr auszuschließen<sup>10</sup>. Aus integrationspolitischer Perspektive verdienen diese Entwicklungen eine erhöhte Aufmerksamkeit, weil die öffentliche Wahrnehmung und das politische Klima interethnischer Beziehungen wesentlich von politischen Eliten mit geprägt wird (vgl. Hewstone 2004: 6).

<sup>7</sup> Meyer schlägt fünf Indikatoren für den empirischen Nachweis parallelgesellschaftlicher Strukturen in Migrantengemeinschaften vor: ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität; nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weitgehende Möglichkeiten der ökonomischen Segregation; nahezu komplette Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen; formal freiwillige Segregation; siedlungsräumliche Segregation. Erst wenn diese Indikatoren zusammen auftreten, lässt sich strukturell von parallelgesellschaftlichen Strukturen sprechen.

<sup>8</sup> Ein notorisch argwöhnisches Misstrauen gegenüber organisierten Zusammenschlüssen von Migranten hat in Deutschland eine lange Tradition, wie Jungk in ihrer Forschungsübersicht hervorhebt. So wurden beispielsweise kurdische Arbeitervereine schon in den 70er Jahren vielfach unter Kommunismusverdacht gestellt.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Artikel von André Paul in der ZEIT vom 28.7.2005, S. 11.

<sup>10</sup> Eine differenzierte und durchaus auch selbstkritische Analyse der politischen Partizipation von Migrantengemeinschaften liefert Kelttek (2006).

Ein Großteil der Forschungsarbeiten über Migrant\*innenorganisationen ist um eine kritische Analyse von lokalen Vereins- und Organisationsstrukturen bemüht, aber gleichzeitig auch einer normativ begründeten, zum Teil affirmativen Migrationsforschung verpflichtet mit dem Ziel, das Integrationspotenzial empirisch zu fassen (vgl. Diehl 2002; Fijalkowski 2004; Fijalkowski/Gillmeister 1997; Hunger 2002; Salentin 2005; Thränhardt 2000). Empirische Nachweise sind bislang aber nur punktuell und explorativ gelungen, und eine zunehmende Ausdifferenzierung der Vereins- und Organisationsformen macht generelle Aussagen zunehmend schwieriger. Zu den wichtigsten Erträgen der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Selbstorganisation von ethnischen Vereinigungen und Migrant\*innenorganisationen gehören denn auch die differenziertere Betrachtung der vielfältigen Organisationsformen und Zielsetzungen. Verschiedene Typologien zu den Vereinsformen (Fijalkowski/Gillmeister 1997; Hunger 2002; Lehmann 2001; Thränhardt 2000) zeigen, wie vielfältig Motive mittlerweile sind und dass die herkunftskulturelle Ausrichtung bzw. die ideelle und symbolische Bindung zu den Herkunftsländern der Einwanderergruppen nach wie vor deutliche Spuren in vielen Organisationsformen aufweisen.

Darüber hinaus gibt es allerdings noch zahlreiche weitere Aspekte, die sich nicht allein auf die Frage der herkunfts- und aufnahmegesellschaftlichen Orientierung reduzieren lassen. So thematisiert Uwe Hunger die Entstehung „ethnischer Öffentlichkeiten“<sup>11</sup> als logische Ausweichreaktion aufgrund verwehrteter Partizipationschancen am allgemeinen politischen Diskurs innerhalb der „inländischen Öffentlichkeit“ (Hunger 2006). Nicht etwa eine zunehmend ausgelebte eigenkulturelle Fixierung ist nach dieser Lesart maßgeblich für die Gruppenbildung, sondern vor allem die von den Migrant\*innen und Migranten wahrgenommenen Zugangsbarrieren zu einem bereits besetzten öffentlichen Diskursraum, die eine Hinwendung zu einem partikularen Nischenengagement attraktiver und auch funktionaler erscheinen lässt.

Die Politikwissenschaftlerin Ursula Birsl (2005) plädiert in einer Vergleichsuntersuchung zur Migrationspolitik in Deutschland, Großbritannien und Spanien für eine differenzierte Sicht auf die unterschiedlichen Chancenstrukturen einer „aufgespaltenen Staatsbürgerschaft“, bei der zwischen rechtlicher, politischer und sozialer Staatsbürgerschaft zu unterscheiden ist<sup>12</sup>. Diese Untergliederung sei wichtig, um die unterschiedlichen Partizipationstiefen genauer zu erfassen und auch Widersprüche zwischen hoher sozialer Integration bei gleichzeitiger rechtlicher Exklusion aufzudecken. Es wäre demnach zu fragen, auf welchen Ebenen und mit welchen intermediären Einrichtungen eine größere Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Partizipationsfeldern und Teilöffentlichkeiten hergestellt werden kann. Dabei ist zu prüfen, wie möglichst vielen Gruppen der Zugang zu den lebensweltlich relevanten politischen Aushandlungsarenen ermöglicht und verwehrt wird (vgl. Geiling 2004: 19). Dies gilt für die institutionellen Funktionsbereiche Politik und Bildung gleichermaßen, wenngleich hier natürlich Systemunterschiede zu bedenken sind.

<sup>11</sup> Ethnische Öffentlichkeiten sind dabei nicht unbedingt an bestimmte Herkunftskulturen geknüpft, sondern in erster Linie als Alternative und evtl. auch als „Gegenöffentlichkeit“ zum aufnahmegesellschaftlichen Mehrheitsdiskurs zu verstehen.

<sup>12</sup> Es besteht eine gewisse Ähnlichkeit zu den verschiedenen Integrationsebenen etwa bei Heckmann (2004) oder Esser (1986).

In der Mehrzahl der neueren Studien zu Migrantenorganisationen ist mittlerweile eine reflektierte Diskussion der erwartbaren und tatsächlichen Potenziale für den Integrationsprozess („Brückenbauer-These“) und eine Distanzierung zum wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs über integrationsgefährdende Segregationstendenzen („Abschottungs-These“) zu erkennen. So resümiert etwa der Sozialpädagoge Stefan Gaitanides (2001) in einem Vortrag die Relevanz von Migrantenorganisationen wie folgt: „Entgegen dem gängigen Klischee befördern Migrantenvereine und Selbstorganisationen nicht die Formierung von abgeschotteten Parallelgesellschaften, sie haben vielmehr eher eine ‚grenzauflösende‘ Brückenfunktion und entwickeln sich immer mehr zu Akteuren einer multikulturellen Zivilgesellschaft.“ Auch die engen Wechselwirkungen von gruppenorientierten Bindungen in ethnischen Vereinigungen und dem gleichzeitigen Engagement in anderen nicht-ethnischen Institutionen (vgl. Diehl 2002) finden heute stärkere Beachtung in den gebotenen Erklärungsmodellen zur migrantenspezifischen Vergemeinschaftung. Die Debatte der 1980er Jahre, in der sich Georg Ellwert (1982) und Hartmut Esser (1986) mit der Streitfrage „(Binnen) Integration vs. Isolation?“ gegenüberstanden, entspricht in dieser Form insofern nicht mehr dem Stand der aktuellen Fachdiskussion (vgl. dazu auch Jungk 2001: 9; Weiss/Thränhardt 2005a).

Aus der Vielzahl theoretischer Ansätze in Migrations-, Identitäts- und Integrationstheorien hat sich in den letzten Jahren der Sozialkapital-Ansatz des US-amerikanischen Sozialtheoretikers Robert D. Putnam (1993; 2001) und dessen Unterscheidung von „bonding“ und „bridging social capital“ (Putnam 2000) als eine fruchtbare konzeptionelle Grundlage für die theoretische und empirische Analyse politischer Partizipationsformen im Migrationskontext hervorgerufen. Hier sind wichtige Anregungen für die theoretische Modellbildung und die empirische Arbeit zu finden<sup>13</sup>. Der Ansatz schließt an die Argumentation einiger früherer Untersuchungen zu Migrantenorganisationen von Hunger (2002) und Jungk (2001) an und ist auch im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über das Integrationspotenzial zivilgesellschaftlicher Netzwerke (Weiss/Thränhardt 2005b) am besten anschlussfähig. Auf eine ausführliche Erläuterung des Sozialkapital-Konzepts soll an dieser Stelle mit dem Hinweis auf sehr gute einführende Darstellungen (Klein et al. 2004; Putnam/Goss 2001) verzichtet werden. Eine Darstellung unserer eigenen Adaption des Ansatzes findet sich im Kapitel 3.3 dieser Dokumentation.

<sup>13</sup> Zur Bedeutung des Sozialkapital-Ansatzes für die internationale Migrationsforschung siehe u.a. auch Faist (1997). Die Volkswagen-Stiftung fördert seit 2005 ein internationales Projekt, in dem das „Kulturelle Kapital im Migrationsprozess“ untersucht wird. Siehe dazu: [www.cultural-capital.net](http://www.cultural-capital.net) [Zugriff: 30.01.2008]

Wenn Migrantinnen und Migranten im Folgenden mit dem Sozialkapital-Konzept als kulturvermittelnde Akteure in den Blick genommen werden, interessiert weniger die Abschottungsthese und eher die Brückenbauer-These, dies gleichwohl in kritischer Perspektive<sup>14</sup>. Dabei soll es nicht um die „angepassten“ Migrantinnen und Migranten der ersten, zweiten und dritten Generation als „erfolgreiche Migranten“ gehen. Es wird vielmehr nach ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle und ihren Organisationen gefragt und ferner, inwieweit die individuelle Migrationserfahrung im Rahmen kollektiven Engagements als transkulturelles und ethnisches Sozialkapital in einer größeren Wirkungsbandbreite genutzt werden kann (Klein et al. 2004; Thränhardt 2000). Dabei kommt neben vielen anderen Faktoren auch der Identitätsstrategie der ethnischen Selbstverortung eine gewisse Bedeutung zu, wobei der jeweilige Stellenwert dieser Strategie nur kontextabhängig und gruppenbezogen im Einzelfall empirisch zu klären wäre<sup>15</sup>.

<sup>14</sup> Es ließen sich für beide Trends empirische Belege und Fallbeispiele finden, wobei der empirisch Nachweis explizit segregativer Wirkungen bestenfalls punktuell und nur für ganz spezielle Organisationsformen haltbar ist und die Behauptung einer „Parallelgesellschaft“ schon allein aus gesellschaftstheoretischen Gründen begrifflich fragwürdig ist. Aber auch die pauschale Behauptung, Migrantenvereine würden per se einen „wichtigen Beitrag zur Integration“ leisten, ist in dieser Generalisierung kritisch zu hinterfragen. Erstens ist selten geklärt, worin dieser spezifische Beitrag letztlich für die Einzelperson, das ethnische Kollektiv und/oder die Aufnahmegesellschaft besteht und zweitens, an welches Verständnis von Integration (Assimilation, Partizipation, empowerment) angeknüpft wird.

<sup>15</sup> Exemplarisch für die große Zahl von Studien zur Selbstethnisierung z.B. Sackmann et al. (2005) für türkische Migranten oder Wei-Han Leung (2004) für chinesische Migranten in Deutschland

### 3. Die Theorieentwicklung: Das Sozialkapital von Migrantinnen und Migranten und Wege der Netzwerkbildung zur gesellschaftlichen Partizipation

#### 3.1 Vorbemerkung zum „Wissenschaftsgespräch“

Ausgehend von dem oben dargestellten gesellschaftspolitischen und migrationswissenschaftlichem Hintergrund war eine Zielsetzung des Projekts, die aufgeworfenen Fragen und Problemperspektiven in einem theoriegeleiteten konzeptionellen Modell zu verorten. Aus der großen, allein im deutschsprachigen Raum vorliegenden Zahl unterschiedlicher Modelle zur sozialen und kulturellen Integration (vgl. u.a. Berger 2000; Büttner/Meyer 2002; Heckmann 2004; Kaufmann 2001; Pröhl 1998) haben wir uns letztlich für den Theorieansatz des Sozialkapitals entschieden, den wir zunächst projektintern und später im Austausch mit anderen diskutierten. Das Kernstück der Theorie-reflexion bildete ein Wissenschaftsgespräch am 25.04.2006 in der Staatskanzlei in Mainz.

Zu dem Wissenschaftsgespräch waren Kolleginnen und Kollegen aus der sozialwissenschaftlichen Migrations- und Stadtforschung eingeladen, die sich (durchaus auch praxisnah) in jüngerer Zeit mit Fragen der Partizipation befasst haben. Auf der Grundlage des gesellschaftstheoretischen Konzepts des „Sozialkapitals“ wurde insbesondere die Frage der individuellen und kollektiven Ressourcen von Migrantinnen und Migranten diskutiert, die im Zuge von Vernetzungsprozessen und durch die Selbstorganisation aktiviert werden. Dabei wurde auch die „Brauchbarkeit“ des konzeptionellen Ansatzes „Sozialkapital“ einer kritischen Prüfung unterzogen. Der Workshop diente auch der theoretischen Fundierung des zwei Monate später geplanten Praxisgesprächs (siehe dazu Kapitel 5.3. dieser Dokumentation). Alle Teilnehmenden hatten im Vorfeld einen kurzen Text zu ihrem Tätigkeitsbereich zur Verfügung gestellt. Zur Vorbereitung des Wissenschaftsgesprächs hatte die Landauer Projektgruppe eine Diskussionsvorlage „Sozialkapital und Netzwerkbildung von Migrantenorganisationen“ vorgelegt – die nachfolgend in Kapitel 3.3 noch einmal zusammenfassend dargestellt wird. In dem Wissenschaftsgespräch nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren Kurzbeiträgen kritisch zu diesem Ansatz Stellung.

Mit dem folgenden kurzen Sachstandbericht der Beauftragten für Migration und Integration wurden den beteiligten Fachwissenschaftlern die gegenwärtige Situation im Land, die bereits existierenden Netzwerke und laufende Aktivitäten vorgestellt, um im Diskussionsverlauf auf die Besonderheiten und konkreten Ansätze in Rheinland-Pfalz genauer eingehen zu können. Herausforderungen und fachpolitische Standpunkte aus Sicht der Beauftragten wurden anschließend in neun Thesen skizziert.



### 3.2 Sachstand der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration zu bestehenden Netzwerken und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz

Vorhandene Netzwerke in Rheinland-Pfalz:

- › Bildung des Arbeitskreises Asyl (1982)
- › Bildung des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik (1987)
- › Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGARP) erst nachdem eine kommunalverfassungsrechtliche Änderung die Direktwahl dieser Gremien unter bestimmten Voraussetzungen vorschrieb (1994).

Aktivitäten der Beauftragten der Landesregierung zur Beförderung von Vernetzungen:

- › Vernetzung der Landesbeauftragten mit den Beauftragten der anderen Länder (Länderkonferenzen) sowie mit dem Bund und den Kommunen bundesweit (Bundeskonferenz)
- › Vernetzung zwischen den kommunalen und kirchlichen Ausländerbeauftragten in RP
- › Gründung der Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration (RIFI) 2002: berufene Mitglieder aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen, Bestandsaufnahme unter Nutzung dieses Netzwerks, fünf Arbeitsgruppen zur Entwicklung von Empfehlungspapieren
- › Vernetzung „Islamforum in Rheinland-Pfalz“
- › Vernetzung im Rahmen von eigenen Pilotprojekten (Beispiele):
  - › Gesundheitstreff „BACI“ - Steuerungsgruppe
  - › interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung in der Gesundheitsbildung - Steuerungsgruppe und lokale Vernetzungen
- › Vernetzung im Rahmen von Förderprojekten (Beispiele):
  - › InPact - Trägerverbund
  - › Kindertheater International (vier Kommunen)
- › Vernetzung in Form öffentlicher Diskussionsangebote:
  - › Veranstaltung von Fachtagungen
  - › Durchführung von Integrationsforen
  - › Einberufung von ad hoc-Konferenzen und Fachgesprächen
  - › Beteiligung an Bürgerkongressen
  - › Beteiligung an örtlichen Netzwerken (Beispiel: Interreligiöser Dialog Mainz)
  - › Vernetzung mit den z. T. neuen Strukturen auf Bundes- und Länderebene: BAMF, Regionalkoordinatoren, Länderarbeitsgemeinschaft Fluchtaufnahme und Integration (Argeflü)

## Sachstand aus der Sicht der Beauftragten in Thesen

**These 1:** Was heute als erfolgreiches Ergebnis engagierter Netzwerkarbeit und -bildung präsentiert wird, ist nicht selten der Zwischenstand einer Entwicklung, die eher gegen die Widerstände von Teilen der Gesellschaft stattgefunden hat, als mit ihrer ausdrücklichen Unterstützung.

**These 2:** Da mit der Schaffung von Strukturen der Partizipation keineswegs die Anerkennung eines unumkehrbaren Entwicklungsprozesses hin zur Einwanderungsgesellschaft verbunden ist, kann die Illusion von der Befristung und Vorläufigkeit derartiger Maßnahmen aufrecht erhalten werden.

**These 3:** Vernetzung und die Stärkung bestehender Netzwerke werden als Mittel zur Stärkung eigener Positionen und Ressourcen sowie zur öffentlich wahrnehmbaren Einmischung entdeckt und schaffen Plattformen für die Professionellen in diesem Feld.

**These 4:** Netzwerkbildung und Netzwerkarbeit zwingt zur Reflexion der eigenen Rollen und Funktionen vor dem Hintergrund des Drucks zum Kompromiss nach innen und nach außen und induziert damit Identitätswandel. Netzwerkarbeit bietet Möglichkeiten zur Verständigung zwischen unterschiedlichen Akteuren innerhalb eines Feldes und erhöht damit die Chancen zur Zielerreichung, und sie wirkt zugleich auf diese Akteure und ihr Selbstverständnis zurück.

**These 5:** Erfolgreiche Netzwerkbildung hängt entscheidend vom Engagement Einzelner und von der Günstigkeit vorhandener Rahmenbedingungen ab.

**These 6:** Netzwerkarbeit zur Beförderung oder Verbesserung des Integrationsprozesses zwischen Migrantinnen und Migranten und Aufnahmegesellschaft kann auf die Einbeziehung aller der von diesem Prozess Betroffenen nicht verzichten, wenn sie glaubwürdig sein will.

**These 7:** Vernetzung zwischen Migrantenorganisationen unterscheidet sich im Ausmaß nach den jeweiligen Mitgliederkreisen (z. B. Migranten mit ausländischem Pass und Spätaussiedler), nach deren Zielsetzungen (die auch diametral entgegen gesetzt sein können) sowie nach dem Ausmaß der Professionalisierung des Führungspersonals.

**These 8:** Vernetzung mit einheimischen/deutschen Interessenvereinigungen findet systematisch nicht statt. Vereinzelt bemühen sich einheimische Organisationen auf örtlicher Ebene um Zugang zu Migrantinnen und Migranten und ihren Gemeinschaften, es gelingt ihnen in der Regel aber nur die Kooptierung von Einzelpersonen.

**These 9:** Migrantinnen und Migranten, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Zuwanderungsgrund, werden von einheimischen Organisationen weitgehend nur dann als Träger von nützlichem „Sozialkapital“ betrachtet, wenn diese Organisation bereits für spezifische Integrationsfragestellungen sensibilisiert sind und sie in konkreten Zusammenhängen positive Erfahrungen mit Migrantinnenorganisationen gemacht haben.

### 3.3 Das Theoriekonzept des „Sozialkapitals“ und die Netzwerkbildung von Migrantenorganisationen<sup>16</sup>

Ohne auf die bereits vorliegenden Untersuchungen zu Migrantenorganisationen im Einzelnen einzugehen (siehe dazu Kapitel 2), lassen sich die zentralen empirischen Teilbefunde und Diskurse in etwa wie folgt zusammenfassen:

- Die Vereins- und Organisationslandschaft im Kontext der Migrantenorganisationen ist mittlerweile weit ausdifferenziert und in ihrer migrationshistorischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute in den letzten Jahren relativ gut erforscht worden.
- Vereine mit einer eindeutig herkunftskulturellen Ausrichtung und einer monoethnischen/mononationalen Orientierung existieren weiterhin, verlieren aber zugunsten bi- und multikultureller Strukturen zunehmend an Bedeutung. Hinzu kommen ein allgemein festzustellender Rückgang dauerhafter Vereins- und Gruppenbindungen im Dritten Sektor und die Pluralisierung von Lebensstilen mit ihren Folgen für institutionelle Bindungen. Das betrifft Migrantenorganisationen genauso wie andere Vereine und zivilbürgerschaftliche Organisationsformen.
- Das Engagement und die Mitgliedschaft in ethnischen Organisationen gehen oft einher mit allgemeinem Engagement und der Mitgliedschaft auch in anderen Vereinen (aktivitätsorientierter Typus!) Die starre Polarität von Segregation vs. Integration der Elwert/Esler-Diskussion scheint damit widerlegt.
- Herkunftskulturelle und migrationshistorische Besonderheiten der verschiedenen ethnischen Gesellschaftsgruppen spiegeln sich in erkennbaren Unterschieden des Organisationsgrades und -schwerpunktes (und des Integrationserfolges, Beispiel: spanische Elternvereine).
- Es besteht ein relativ klarer Konsens über die Existenz bestimmter (meist nicht genauer spezifizierter) Sozialkapitalien in Migrantenorganisationen.
- In den gängigen fachwissenschaftlichen und migrationspolitischen Diskursen wird dieses Kapital als integrationsbedeutsam etikettiert. Damit es integrationsrelevante Wirkungen entfaltet, bedarf es bestimmter Strukturveränderungen, die gemeinhin als „Interkulturelle Öffnung“ bezeichnet werden.

Die Migrantenorganisationen, ihre Strukturen und Entwicklung können als relativ gut aufgearbeitet gelten. Es gibt aber darüber hinaus Problemausschnitte bei der Untersuchung von Partizipationsformen, zu denen immer noch wenige Erkenntnisse vorliegen:

- Was genau das spezifische Sozialkapital der Migrantenorganisationen ist und wodurch es sich von anderen Formen der selbsthilfeorientierten Vernetzung unterscheidet,
- wie das in den Organisationen gebündelte und zum Teil auch neu geschaffene Sozialkapital über die engen Grenzen der eigenen Organisation und Kulturgemeinschaft hinaus Eingang in die aufnahmegesellschaftlichen Institutionen und Strukturen findet, also öffentlich wird,

<sup>16</sup> Dieses Kapitel basiert auf der leicht geänderten Vortragspräsentation im Rahmen des Wissenschaftsgesprächs. Auf Quellenhinweise wird an dieser Stelle weitgehend verzichtet. Die entsprechende Literatur und die maßgeblichen Forschungshintergründe sowie die Autorinnen und Autoren zum Sozialkapital-Ansatz sind im Kapitel 2 erwähnt.

- › wie die verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen und die dort verantwortlichen Akteure dieses Kapital (an)erkennen und im Rahmen der regulären institutionellen Funktionen einbeziehen wollen und können. Anders formuliert: Wo und wie wird das spezifische Sozialkapital von Migrantinnen und Migranten jenseits der naheliegenden klientelistischen Selbsthilfe wirksam?

### 3.3.1 Sozialkapital im Migrationskontext: Eine metaphorische Adaption des Grundkonzepts

Mit Hilfe des Konzepts Sozialkapital können im Rahmen unseres Projekts Problemausschnitte und Dimensionen der Partizipation und Positionierung von Migrantenorganisationen auf der theoretischen Ebene einer konzeptionellen Modellierung identifiziert, abgegrenzt und bis zum gewissen Grad auch interpretiert werden. Wir verwenden das Konzept also primär als heuristischen Denk- und Diskussionsrahmen. Zur Pointierung einiger zentraler Gedanken wird im Folgenden die ja ohnehin metaphorisch gemeinte Idee des „Kapitals“ für unsere Zwecke mit dem Bild des „Finanzmarktes“ weiter ausgemalt. Damit wollen wir nicht der „Kapitalisierung“ der sozialen Lebenswelt das Wort reden, sondern zentrale Zusammenhänge bildhaft und durchaus in provokativer Absicht verdeutlichen.

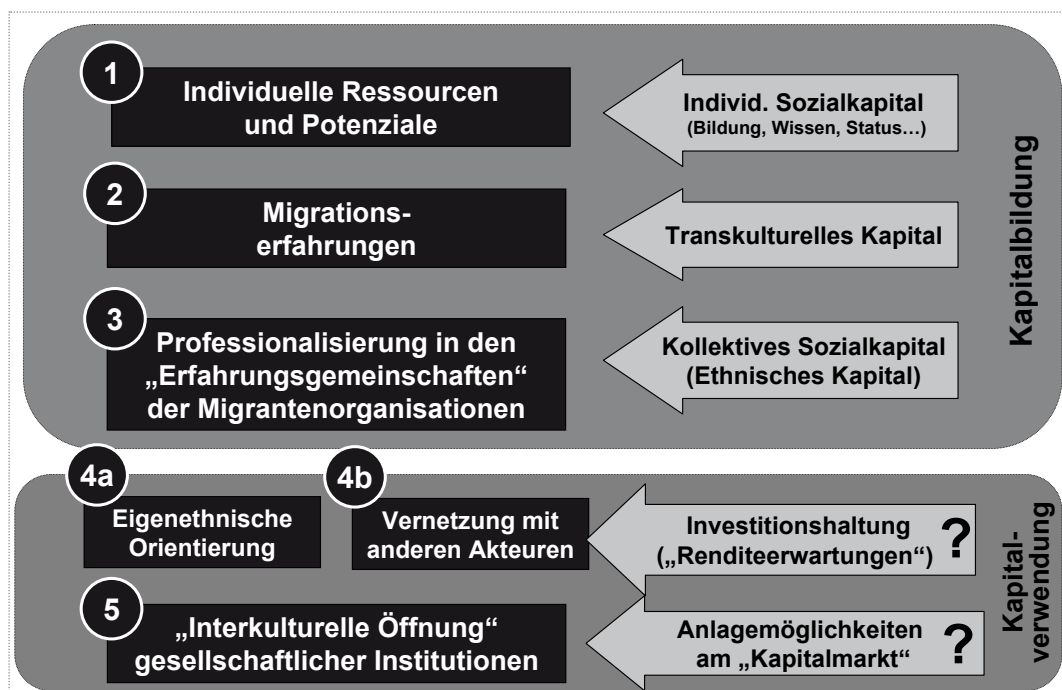


Abbildung 1: Entstehung und Verwendung von Sozialkapital im Migrationsprozess

Die Entstehung und die wertmäßige Aufladung des Sozialkapitals könnte man sich grob vereinfach in drei Stufen vorstellen: Zunächst ist da das individuelle Sozialkapital, über das jeder Mensch

mehr oder minder verfügt. Es handelt sich zum einen um den mit Bildung, Beruf und formalen Qualifikationen, also den durch institutionalisierte Kapitalzuweisung erworbenen Status gesellschaftlicher Platzierung. Zum anderen gehören dazu auch die persönlichen Ressourcen, Fähigkeiten, Neigungen und Potenziale bis hin zum „inkorporierten Kapital“ (Nohl et al. 2006). Das entspricht den von Bourdieu untersuchten Formen des „kulturellen Kapitals“ (Bourdieu 1987, 1993; Bourdieu/Passeron 1971). Zahlreiche Arbeiten, insbesondere zur Migration von Hochqualifizierten belegen, dass mit dem Migrationsprozess für viele Menschen auch eine Entwertung dieses Teils des individuellen Sozialkapitals im Zielland einher geht. Soziale Deprivation ist also eine hinlänglich bekannte, gleichwohl kaum gelöste Begleiterscheinung moderner Migration (vgl. Nohl et al. 2006).

Die eigentliche Migrationserfahrung an sich wäre abhängig von den jeweiligen Migrationsbedingungen und je nach Art und Weise der Reflexion und Verarbeitung als eine eigenständige Kapitaldimension zu betrachten. Erst dadurch ließe sich von einem ethnischen, genauer migrationsbedingten Sozialkapital sprechen. In unserer Darstellung sprechen wir hier von **transkulturellem Kapital**. Damit soll diese Ebene zum einen vom individuellen Sozialkapital (kulturellen Kapital) begrifflich unterscheidbar bleiben und zum anderen soll schon hier auf das angelegte Potenzial zur Kulturvermittlung und kulturellen Brückenbildung in gesellschaftlichen Strukturen hingewiesen werden. Das Modell geht also davon aus, dass die reflektierte Migrationserfahrung zusammen mit anderen persönlichen Ressourcen eine eigene Qualität im Sinne einer transkulturellen Kompetenz bilden kann. Wie und ob ein Mensch davon Gebrauch machen kann und will, ist eine andere Frage (dazu unten mehr).

Indem Migrantinnen und Migranten mit partiell vergleichbaren lebensweltlichen und biografischen Erfahrungen sich zu **Erfahrungsgemeinschaften** zusammenfinden, bilden sie die uns besonders interessierenden Formen des in Migrantenorganisationen gebundenen **kollektiven Sozialkapitals**. Mit dem Zusammenschluss zu einer Organisation geht eine gewisse Professionalisierung einher, die zur Interessendurchsetzung notwendig ist. Das bisher individuell betrachtete Sozialkapital erfährt dadurch eine weitere Aufwertung.

Die drei Ebenen können in ihrem strukturellen Zusammenspiel als Kontext der „Kapitalbildung“ bezeichnet werden. Doch was passiert nun mit diesem Kapital, wie wird es verwendet und investiert?

Prinzipiell lassen sich zwei verschiedene Investitionsformen unterscheiden. Sie müssen sich nicht gegenseitig ausschließen und treten womöglich auch oft zusammen auf. Gleichwohl sind mit ihnen im Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen unterschiedliche Konsequenzen zu erwarten. Mit der Kapitalmetapher gesprochen, liegen bei der Entscheidung und Wahl von Kooperationsnetzen bestimmte „Renditeerwartungen“ der „Kapitaleigner“ (Migrantinnen und Migranten) zugrunde. Aufgrund dieser Erwartungen wird entschieden, ob es sich für eine Organisation und die dort aktiven Menschen lohnt, sich mit anderen Institutionen zu vernetzen. Im Sozialka-

pitalansatz ist der Aspekt des „Vertrauens“ eine zentrale Kategorie. Insofern kann man die Investitionshaltung auch als Ausdruck von erfahrenen und wahrgenommenen Vertrauensbeziehungen zwischen den Akteuren verstehen.

Ein erster Investitionsweg wäre die Fokussierung auf die **eigenethnische Orientierung** (in der Abbildung 1 als Stufe 4a benannt) und die Stärkung des gruppeninternen Netzwerks. Dieser Weg wird andernorts großteils als Weg in die „Segregation“, als Beginn parallelgesellschaftlicher Strukturen und Verweigerung der letztlich eingeforderten Assimilation diskutiert (Esser 1986, 2004). In kritischer Distanz zu solchen Automatismen wäre darin allerdings zunächst nur eine normale, erwartbare und vor allem auch legitime Form der Selbstorganisation nach eigenen Präferenzen und Bedürfnissen zu sehen, wie zahlreiche Autoren es auch sehen.

Eine zweite Möglichkeit (in der Abbildung 1 die Stufe 4b) ist die **Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Akteuren** und Institutionen. Hier wäre die Organisation Mittel zum Zweck, um neben der Binnenvernetzung auch nach außen Vernetzungen zu ermöglichen. Ein Migrantenverein könnte beispielsweise mit der Kommune, im Bereich der Stadtentwicklung/Quartiermanagement oder zur Schaffung neuer Bildungsangebote mit Ganztagschulen kooperieren. Natürlich wäre auch die Kooperation verschiedener Migrantenvereine und Initiativen untereinander dazu zu zählen.

Der zweite Weg der **interorganisationalen Vernetzung** mit dem Ziel einer Investition des vorhandenen Sozialkapitals setzt voraus, dass es überhaupt kooperationswillige Partner gibt. Mit anderen Worten und im Sinne unserer gedanklichen Analogie: es bedarf der **Anlagemöglichkeiten am Kapitalmarkt**, also Partizipationsmöglichkeiten in der Sphäre der allgemeinen Öffentlichkeit. Dabei sind vor allem Institutionen im Bereich der lokalen Politik und der Bildung (Schulen) von Interesse. Diese beiden Felder haben eine besondere Relevanz für die demokratische Interessenvertretung und die Ermöglichung von Integrationsprozessen.

Die Stufen 4 und 5 spielen also auf die verschiedene Möglichkeiten der **Kapitalverwendung** an. Spätestens hier wird deutlich, dass die **zivilgesellschaftliche Wirksamkeit** von Sozialkapital nur zum Teil von den Entscheidungen und Neigungen der **Kapitaleigner** abhängt. Darüber hinaus muss ein Markt der Möglichkeiten existieren, der den Einsatz des Kapitals nahelegt und – wenn man so will – „verzinst“. Eine nachhaltige Investition mit gewissen sozialen Renditeaussichten für alle Beteiligten setzt voraus, dass erstens ein allgemeines Bewusstsein über das Vorhandensein und die Wertigkeit des Kapitals besteht und zweitens geeignete Anlageformen (Handlungsfelder, wirkungsvolle institutionelle Strukturen) gefunden oder entwickelt werden, die hinreichend attraktiv, vertrauenswürdig und zum gegenseitigen Nutzen sind.

### 3.3.2 Zur Wirkung des Sozialkapitals: Bonding- und Bridging-Effekte

Robert D. Putnam hat in seinem bekannten Konzept des Sozialkapitals in späteren Versionen die Unterscheidung von „bridging“ und „bonding social capital“ vorgenommen (Putnam 2000). Dieser Gedanke kommt auch in unseren Überlegungen zum Tragen, wenn wir die beiden verschiedenen Investitionsformen in ihren Rückwirkungen betrachten.

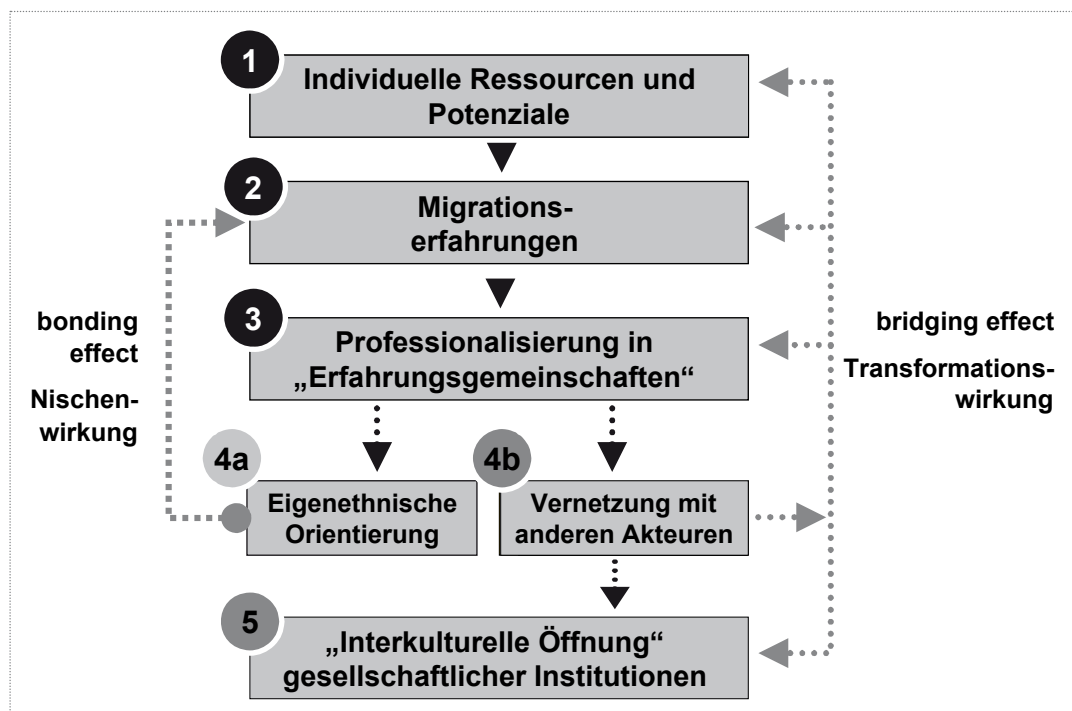


Abbildung 2: Bridging und Bonding: Effekte der Sozialkapitalverwendung

Bei einer überwiegenden Fokussierung auf die Binnenorientierung der Migrantenorganisation bzw. bei mangelnden Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Akteuren handelt es sich letztlich um eine Form des *bonding social capital*. Das Kapital wird zur Eigenstabilisierung verwendet und kann aus gesamtgesellschaftlicher Betrachtung wahrscheinlich nur eine gewisse Nischenwirkung entfalten, in dem sich die Organisation um „ihre Leute“ kümmert oder mit der Betreuung „ihrer“ Klientel betraut wird, aber ansonsten wenig allgemeine Beachtung findet. Solche eigenkulturellen Selbsthilfestrukturen haben ohne Zweifel eine wichtige Funktion im Migrations- und Integrationsprozess, wie zahlreiche Studien zeigen (siehe Kapitel 2). Gleichwohl wäre zu vermuten, dass damit nicht das volle Potenzial des Sozialkapitals ausgeschöpft wird, denn die Aktivitäten drehen sich unter Umständen zirkulär um die unmittelbaren Migrationserfahrungen, ohne dass sie andere gesellschaftliche Gruppen erreichen und von diesen zur Kenntnis genommen werden.

Bei einer funktionierenden Vernetzung mit anderen Akteuren wäre hingegen zu erwarten, dass der Zugang zu den institutionellen Funktionen leichter möglich ist und damit auch eine transformatorische Wirkung auf diese Strukturen selbst einsetzt. Im Sinne Putnams wäre das ein *bridging-*

Effekt. Die nunmehr gemeinsamen Erfahrungen aus den Aktivitäten würden nicht nur die geforderte „interkulturelle Öffnung“ von Schulen, Verwaltungen etc. befördern, sondern es wären auch stimulierende Rückwirkungen auf dem Prozess der Kapitalbildung (Stufe 1-3) selbst anzunehmen. Die reale Partizipation hätte wahrscheinlich eine andere Qualität für die reflexive Bearbeitung von Migrationenerfahrungen (Stichwort: Anerkennung) und darüber hinaus für die individuellen Ressourcen und Potenziale, ganz einfach dadurch, dass sie genutzt werden und nicht brachliegen. Der Fokussierung auf den bridging-Effekt hätte zudem den begrifflichen Vorzug, dass mit der metaphorischen Figur der Brücke einige Einwände seitens vieler Migrationsexpertinnen und –experten sowie Migrantenorganisationen gegen einen okkupierenden Integrationsbegriff ein Stück weit entkräftet werden könnte.

Mit diesen Überlegungen wird eine theoretisch und konzeptionell begründbare Argumentation für die stärkere Vernetzung unterschiedlicher Akteure und eine intensivere Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen zur Diskussion gestellt. Inwieweit die beiden Investitionsformen oder das Modell insgesamt sich in dieser Form auch empirisch begründen lassen, ist noch unklar und aufgrund der Schwierigkeiten einer sinnvollen Operationalisierung auch schwer zu überprüfen. Aus den Interviews mit Ausländerbeiräten und Vereinen gibt es zumindest Hinweise, dass eine wesentliche Hürde in den mangelnden bzw. in der Regel hochschwelligem Zugangsmöglichkeiten zu den öffentlichen Strukturen und Institutionen, also den Anlagemöglichkeiten, begründet liegt. Auch die Frage der Professionalisierung ist sicherlich ein wichtiges Scharnier, wenn es um Erklärungen geht, wie Migrantenorganisationen in den zumeist stark formalisierten Handlungsfeldern von Schulen, Behörden oder Sozialarbeit tatsächlich mitwirken können.

### 3.4 Erweiterungen und Kommentierungen zum Theoriekonzept im Wissenschaftsgespräch

Auf der Grundlage seiner bundesweiten Erhebungen zu Migrantenvereinen weist **Uwe Hunger**, Politikwissenschaftler an der Universität Münster, in der anschließenden Diskussion darauf hin, dass die Bewertung und die Integrationspotenziale von Migrantenorganisationen entscheidend von der Organisationsbildung in der jeweiligen Zuwanderergruppe abhängen. Er verdeutlicht dies am Beispiel der spanischen Elternvereine, deren Engagement mit vergleichsweise guten Schulabschlüssen spanischer Schülerinnen und Schülern korreliert. Im Gegensatz dazu fehlt dieses institutionalisierte Engagement bei den italienischen Einwanderern weitgehend, und die Schulabschlüsse der Kinder italienischer Migrantenfamilien sind deutlich schlechter als die spanischer Kinder oder als der Bundesdurchschnitt. Dabei handelt es sich bei beiden Gruppen um „privilegierte“ EU-Angehörige. Der ansonsten relevante Unterschied im Rechtsstatus zwischen EU-Bürgern und Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern kann hier folglich nicht als Erklärung gelten.

Vor diesem Hintergrund plädiert Hunger für einen demokratietheoretischen Zugang bei der Analyse der Bedeutung von Selbsthilfeorganisationen für gesellschaftliche Integrationsprozesse.



Im Mittelpunkt steht dabei das in allen westlichen Demokratien eingeführte Prinzip der Trennung zwischen privatem und öffentlichem Bereich. Dabei ist laut Hunger nicht zuletzt der Raum, den der öffentliche, respektive der private Bereich in einer Gesellschaft einnimmt, entscheidend für Konzepte von Integration und für die Wirkungsmöglichkeiten von Migrantenorganisationen. Er erläutert dies am Beispiel der unterschiedlichen Verfasstheit der USA und der Bundesrepublik Deutschland (liberale Demokratie = stärker privat organisiert vs. sozialstaatliche Demokratie = stärker öffentlich organisiert). Die Bildung und Einsatzmöglichkeiten von Sozialkapital und Netzwerken sieht Hunger in unmittelbarer Abhängigkeit von dieser gesellschaftlichen Verfasstheit und ihrer zukünftigen Entwicklung, die sich auch in Deutschland in Richtung zunehmender Privatisierung bewegt. Darin stecken Risiken und Chancen: Ein Risiko bestünde darin, dass sich ethnische Teilöffentlichkeiten (weiter) von der gesellschaftlichen Öffentlichkeit entkoppeln, da ein Rückzug des Staates allgemein die öffentliche Sphäre schwächen könnte. Der Rückzug öffentlicher Institutionen aus zivilgesellschaftlichen Feldern und der Wegfall von öffentlich verwalteten Verhandlungsarenen können in zunehmender ethnischer Segregation münden. Als Chance sieht Hunger allerdings auch, dass spezifische Ressourcen der einwandernden Personen in ihrer Bewertung steigen und nicht durch Dominanzstrukturen einer „Mehrheitsöffentlichkeit“ marginalisiert werden. Die Funktionsweise einer staatlich organisierten politischen Öffentlichkeit, die allen sozialen Gruppen vermeintlich eine gleiche Teilhabe einräumen soll, wird damit grundsätzlich in Frage gestellt, da sie sich in der Praxis vielfach als dysfunktional erweist. Inwieweit ein freies Spiel von tendenziell eher privat strukturierten Teilöffentlichkeiten für die ungehinderte Partizipation kultureller Gruppen funktionaler und mithin gar demokratischer sein könnte, wäre allerdings abzuwarten. Grundsätzlich sieht Hunger jedoch für die Zukunft eine zunehmend größere Bedeutung der Migrantenorganisationen. Auf der politischen Ebene plädiert er hier für eine Öffnung des Staatsbürgerschaftsrechts (kommunales Wahlrecht), auf der konzeptionellen und analytischen Ebene für eine Verknüpfung des Sozialkapital-Ansatzes mit der konkreten gesellschaftlichen Ausprägung von Öffentlichkeit und Privatheit.

**Christine Mussel**, Soziologin und Mitglied der Arbeitsgruppe Empirische Planungsforschung der Universität Kassel, skizziert das DFG-geförderte Forschungsprojekt „Offene Stadt – Migration als Ressource der Stadtentwicklung. Räumliche Bedingungen für einen produktiven Umgang mit Zuwanderung.“ Auf der Grundlage empirischer Forschungsergebnisse zu der kanadischen Stadt Toronto fragt sie, was es für eine Stadt bedeutet, wenn Migration als Ressource verstanden und dieses Verständnis in aktive Stadtpolitik und stadträumliche Entwicklungen umgesetzt wird. „Vielfalt ist unsere Stärke“ lautet das Leitbild der Stadt Toronto. Vor diesem Hintergrund gibt es wenig Vorbehalte gegen eine räumliche Homogenität ethnischer und kultureller Gruppen. Residenzielle Segregationen - Chinatown, Little Portugal oder Little India – werden nicht automatisch als Vorboten drohender Parallelgesellschaften verstanden oder, wie in der Diskussionsvorlage, als potenzielle „ethnische Nische“. Stadtteile mit einer starken ethnisch-kulturellen Identifizierungspraxis bergen im Gegenteil Potenzial zur Bindung, Stärkung und Vernetzung sozialen Kapitals ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Eine lokal verortete, ethnisch-kulturelle Identitätsarbeit steht hier nicht notwendigerweise im Widerspruch zu einer ausgeprägten Identifikation mit dem Leitbild ei-

ner ganzen Stadt. Voraussetzung dafür ist eine Politik der Anerkennung, die in Toronto auf verschiedenen Ebenen angesiedelt ist. Dazu gehört die Unterstützung starker Nachbarschaftsstrukturen unabhängig vom Grad ihrer ethnisch kulturellen Homogenität, die Förderung von Initiativen und Community-Einrichtungen und -projekten. Ein weiteres Instrument der Stadtentwicklung in Toronto bildet die Förderung sogenannter „business improvement areas“, die nicht zuletzt auch die ethnische Ökonomie stützen oder sich daraus speisen. Des Weiteren wird eine Vielfalt von Beteiligungsformen praktiziert, etwa in Planungsprozessen der Wohnungsgesellschaft. Ehrenamtliches Engagement der beteiligten Gruppen und Personen ist bei allen Aktivitäten ein fester Bestandteil. Durch das Leitbild „Vielfalt ist unsere Stärke“ bietet die Stadt eine breite Plattform zur Identifikation ohne Verzicht auf kulturelle Eigenart. Die Komponenten dieses Leitbildes – equity, respect, harmony, prosperity – und die Allgegenwart einer Politik der Antidiskriminierung signalisieren Anerkennung und offerieren zahlreiche Möglichkeiten zur praktischen Beteiligung und alltagsnahen Zugehörigkeit.

Der von Mussel vorgestellte Ansatz basiert wie das Diskussionsmodell auf dem Konzept des sozialen Kapitals. Im Fall Toronto wird dies allerdings als subjektive und kollektive Ressource vorausgesetzt, der Schwerpunkt liegt insofern stärker auf der Seite der Institutionen und ihrer Kapazität zur Anerkennung, Unterstützung und Förderung dieser Ressource zum Wohle der Stadt als Ganzem. Die integrationspolitische Stoßrichtung dokumentiert sich nicht so sehr in einer speziellen Zielgruppenförderung, sondern eher darin, dass die Stadt mit ihren Stadtteilen als positiv besetzter Identifikationsraum zur Verfügung gestellt wird. Ein prinzipieller Gegensatz zwischen eigenethnischer Orientierung und Vernetzung mit anderen Akteuren (im Modell der Abbildung 1 die Optionen 4a und 4b) wird dabei nicht gesehen.

**Olga Zitzelsberger** und **Patricia Latorre Pallares** von der Technischen Hochschule Darmstadt fokussieren ihr Forschungsinteresse auf die nach ihrer Beobachtung zunehmende Gründung von Selbstorganisationen von Migrantinnen und analysieren diesen Prozess in Darmstadt (140.000 Einw., 30% Migrantinnen, derzeit 14 Frauenorganisationen). Die Frage nach den Ursachen für die „Ausgründungen“ von Frauenorganisationen unter den Migrantinnen beantwortet Zitzelsberger mit den nach wie vor dominanten patriarchalischen Strukturen innerhalb vieler Migrantenorganisationen einerseits und der Exklusion von Fraueninteressen aus gemischten Organisationen andererseits. Das heißt, bestimmte gesellschaftliche Dominanzstrukturen erschweren Migrantinnen den Zugang in mehrfacher Weise.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage nach den Selbsthilferessourcen von Migrantinnen und deren Einsatz zur Überwindung von Benachteiligungsmechanismen und zur Erschließung von Partizipationsmöglichkeiten. Die persönlichen Ressourcen der Migrantinnen in den Organisationen schätzen die beiden Wissenschaftlerinnen sehr hoch ein, sie werden jedoch in der Gesellschaft zu wenig erkannt bzw. formal nicht anerkannt (z.B. Bildungsabschlüsse). Die individuellen Exklusionserfahrungen werden entsprechend in Engagement umgesetzt, in erster Linie für die Bildung und Fortbildung von Frauen selbst im Sinne eines self empowerment. Als kollektive

Ressource bezeichnet Lattore Pallares die Community der Migrantinnen, in der Vertrauen erfahrbar wird. Sie erkennt in dieser Entwicklung tendenziell einen Trend der Konkurrenz zu mehrheitsgesellschaftlichen Bildungsorganisationen.

Als Fazit aus ihrer Untersuchung zur Selbstorganisation von Migrantinnen in Darmstadt konstatieren Zitzelsberger und Latorre Pallares, dass sich *bridging*- und *bonding*-Effekte in diesem Fall eher ergänzen und gegenseitig stärken und nicht ausschließen. Damit bestätigen die Autorinnen die These, dass die Selbstorganisation in spezifischen eigenen Organisationen möglicherweise eine Voraussetzung ist, um von hier aus auch aktiv in mehrheitsgesellschaftlichen Strukturen teilzuhaben.

**Eva Stauf**, Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik der Universität Mainz, stellt in knappen Umrissen den Projektzusammenhang des Förderprogramms „in-pact. Leben und Arbeiten in Vielfalt“ vor<sup>17</sup>. Dieses landesweite Multiplikatorenprojekt macht sich in Rheinland-Pfalz für die Verbesserung der Chancengleichheit und der beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten stark. Migrantenorganisationen rückten im Laufe des Projekts zunehmend in ihrer Funktion als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Blick. Mit einer Untersuchung („Informationsgenerierte Befragung“) zu Voraussetzungen und Bedingungen für gelingende Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und anderen Akteuren bewegt sich das Projekt ebenso wie mit seinen anderen Angeboten (Empowerment, Fortbildung, Qualifizierung) sehr nah an der Praxis. Aus dem konkreten Erfahrungskontext des InPact Teilprojekts „Qualifiziert Partizipieren“ macht Stauf einige kritische Anmerkungen zum Untersuchungsdesign des Projektes „Partizipation von Migrantenorganisationen“. Sie stellt fest, dass für eine Kooperation mit Ganztagschulen die Anforderungen an Vereine und Verbände generell sehr hoch sind. Um diese Hürde für alle, aber insbesondere für Migrantenorganisationen, niedriger zu hängen, schlägt sie eine Öffnung der Schule in das Gemeinwesen hinein vor sowie eine Förderung von Kindertagesstätten in ihrer Vermittlungsfunktion. Bei öffentlichen Einrichtungen (Bibliothek, Verwaltung) sieht sie ganz klar den Auftrag, einen Prozess der Öffnung in Gang zu setzen und entsprechende Strukturen zu entwickeln.

Den Nutzen des Konzepts Sozialkapital als theoretische Rahmung betrachtet Stauf eher skeptisch. Sie empfiehlt neben einer generellen Prüfung im Blick auf empirische Fragen eine theoretische Ergänzung durch den Kapitalbegriff von Pierre Bourdieu, um damit auch eine machtkritische Komponente in die Analyse zu integrieren. Hinsichtlich der im Modell abgebildeten individuellen Ressourcen im Sozialkapital gibt sie zu bedenken, dass der „Brücken-Blick“ (*bridging*-Ansatz) tendenziell den Dualismus von „wir und die anderen“ fortschreibt, während interkulturelle Alltagsnormalität und Lebenspraxis bereits oft anders aussehen und der Migrationsstatus keine relevante Leitdifferenz mehr bildet. Sie empfiehlt abschließend die Fokussierung auf Exklusionsprozesse und mangelnde gesellschaftliche Partizipation von Menschen und sozialen Gruppen unabhängig von ihrem Migrationshintergrund zu richten. Damit könnten strukturelle Gemeinsamkeiten, sowohl was die Ausschlussmechanismen der Institutionen betrifft, als auch in Bezug auf die soziale Lage

<sup>17</sup> Siehe [www.inpact-rlp.de](http://www.inpact-rlp.de) [Zugriff: 30.01.2008].

von Personen mit und ohne Migrationshintergrund analysiert werden, ohne einer „Ethnisierung“ sozialer Probleme zu verfallen.

Im Fokus des Projektes „Politis – Europa aufbauen mit neuen Bürgern?“, vorgestellt von **Dita Vogel**, Politikwissenschaftlerin der Universität Oldenburg, stehen die Fragen nach dem politischen Engagement von nichteuropäischen Migrantinnen und Migranten (Nicht EU-Angehörige) in 25 EU-Ländern. Es wird in dieser europaweiten Interview-Studie gefragt, unter welchen Bedingungen Migrantinnen und Migranten aktiv werden, was die Wahl ihrer Aktivitäten beeinflusst und welche Faktoren für das Engagement förderlich und hinderlich sind. Empirische Grundlage des Projekts sind 25 Länderberichte über Zuwanderung und gesellschaftliches Engagement sowie 180 Interviews mit Zugewanderten, durchgeführt von einer internationalen Gruppe von Studierenden in ihren Studienländern. Das Projekt konzentriert sich auf Individuen und fragt, wie es konkret passiert, dass einzelne Menschen aktiv werden. Als einen zentralen positiven Faktor hebt Vogel dabei Beziehungsgeflechte hervor. Sozialkapital wird in dieser Untersuchung als individuelle Ressource gewertet, allerdings nicht als alleinige forschungsstrukturierende Komponente.

Im Gegensatz dazu sieht Vogel im eingangs präsentierten Ansatz der Landauer Forschungsgruppe die kollektiven Akteure im Mittelpunkt. Sie stellt ihn (positiv) in einen Kontext von anderen Untersuchungen, in denen neben den individuellen Ressourcen (Finanzkapital und individuelle Kompetenzen – „Humankapital“) auch das Beziehungsgeflecht als Sozialkapital einen zentralen Stellenwert einnimmt. Gleichzeitig nimmt auch Vogel die bipolare, tendenziell negative Wertung im Modell zur Kenntnis (Abschottung vs. Brückenfunktion, kompensatorisch vs. transitorisch), die wenig Raum lässt für positive Wertungen bezüglich Entstehung von (nach außen zunächst geschlossen anmutenden) Migrantinnenorganisationen. Sie weist weiter darauf hin, dass das Modell in Bezug auf Partizipationsprozesse zu wenig differenziert, weder nach unterschiedlichen Zuwanderergruppen noch in Bezug auf die konkreten Interessen (z.B. Frauen, Gewerkschaften). Bei einer solchen Differenzierung könnten Prozesse des „bridging“ und „bonding“ höchst unterschiedlich ausfallen.

**Thomas Geisen**, Soziologe und Politikwissenschaftler vom Pädagogischen Institut der Universität Zürich, fragt noch einmal nach dem (impliziten) Gesellschaftsmodell, in dessen Kontext Partizipation und Netzwerkbildung diskutiert wird. Das Konzept der „Mehrheitsgesellschaft“, so Geisen, schließt Migration und Migrantinnen regelmäßig aus bzw. positioniert sie außerhalb dieser Mehrheitsgesellschaft. Er schlägt deshalb vor, Migration als Vergesellschaftungsmodell und damit als einen integrativen Bestandteil von Vergesellschaftungsprozessen in Deutschland zu denken. Auf einer solchen Grundlage stellt sich auch die Frage nach Konzepten von Integration neu. Brauchen wir sie und wenn ja, welche?

Das Theoriekonzept Sozialkapital und im Zusammenhang damit das zur Diskussion vorgestellte Modell betrachtet Geisen aus mehreren Gründen als problematisch. Es transportiert zum einen schon allein aufgrund der Semantik eine starke Verwertungslogik (vgl. Konzepte wie „Humanka-

pital“), die spätestens in der Operationalisierung problematisch wird. Gleichzeitig bewirkten soziale Netzwerke in der Logik des Sozialkapitals letztlich wenig ohne entsprechende ökonomische Ressourcen (Kapital), d.h. es müssten in der Analyse auch alle anderen (Bourdieu'schen) Kapitalarten einbezogen werden. Weiter sieht Geisen in dem Modell einen Kommunitarismus-Ansatz, der politisch zivilgesellschaftliche und soziale Handlungsbereiche vermische und der den sozialen Wohlfahrtsstaat außen vor lasse. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff der Selbstorganisation problematisch. Politische Dimensionen werden verwischt oder dem Primat des ehrenamtlichen Engagements untergeordnet und so unter Umständen gar entpolitisiert. Die Frage nach Schließungs- und Ausgrenzungsprozessen sei zu verengt betrachtet, nicht zuletzt auch die Frage, wo Anerkennung womöglich auch Ausschluss produziere.

### 3.5 Diskussion der theoretischen Ansätze und ihrer Implikationen

Im Anschluss an die Kurzstatements der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler widmete sich die Diskussion unterschiedlichen Teilaspekten, die in den Einzelbeiträgen genannt wurden. Die Diskussion behandelte verschiedene Themenfelder, die hier zusammenfassend wiedergegeben werden.

#### 3.5.1 Sprache und Kommunikation

Wer partizipieren will, muss kommunizieren, dazu bedarf es der gemeinsamen Sprache. Im Konzept „Sozialkapital“ ist die Sprache in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: als wichtiger Bestandteil dieses Kapitals ebenso wie als Instrument der Vermittlung anderer Anteile individuellen Sozialkapitals. Sprachkompetenz in der Fremd- oder Zweitsprache Deutsch und deren subjektive Einschätzung hat unmittelbare Auswirkung auf das Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl und damit auch auf die Möglichkeiten zur Partizipation. Dem steht in der deutschen Gesellschaft eine tendenziell starke Gewichtung korrekten Sprachgebrauchs gegenüber, d.h. die Zuhörbereitschaft und die Wertschätzung des Gegenübers sinkt bei fehlerhaftem Deutsch oder bei ungewohntem Sprachduktus (z.B. auch bei Dialekteinfärbung), auch dies schränkt die Partizipationsmöglichkeiten ein.

Zugleich findet die herkunftssprachliche Kompetenz der Migrantinnen und Migranten in Deutschland in der Regel wenig Akzeptanz und Anerkennung. Hier unterscheidet sich Deutschland offenbar von anderen Einwanderungsländern. Hunger weist z.B. darauf hin, dass der fünftgrößte Sender in den USA spanisch-sprachig ist, und Mussel hat in ihrem Beitrag aufgezeigt, dass im Straßenraum von Toronto die offizielle Verwendung mehrerer Sprachen Teil des Konzeptes „Diversity is our Strength“ ist. In Deutschland dagegen wird problematisiert, welche Sprache(n) Schüler auf dem Pausenhof sprechen dürfen, und Sprachkurse werden als Integrationskurse „verkauft“.

Als Beleg für den schwierigen Umgang mit Sprache zeigt Vogel die Problematik der Sprachwahl in der Verschriftlichung von Interviewpassagen auf: soll der authentische Sprachduktus der/des Interviewten eins zu eins übernommen werden – auf die Gefahr hin, dass dies tendenziell diskriminierend wirkt – oder sollen die Passagen sprachlich geglättet werden auf die Gefahr hin, dass das Besondere der Person („Charisma“) und ihrer Ausdrucksweise dabei verloren geht.

Dies verweist noch einmal auf den Zusammenhang von Sprache und Wertschätzung: in Deutschland hängt letztere offenbar zu einem hohem Grad von einer korrekten Verwendung der deutschen Sprache ab. Gegenseitige Wertschätzung ist jedoch Voraussetzung für Kommunikation und Netzwerkbildung, insofern muss jeder politisch-praktische Ansatz beide Seiten im Blick haben: Verbesserung der Sprachkompetenz einerseits und Stärkung der Toleranz gegenüber Abweichungen von sprachlichen Normen andererseits.

### 3.5.2 Kapital und Ressourcen

Mit dem Einsatz des theoretischen Konzeptes „Sozialkapital“ fokussiert der Partizipationsdiskurs auf die Ressourcen von Migrantinnen und Migranten sowie ihren Organisationen. In der Diskussion unseres Modells führte dies zu zwei grundsätzlichen Einwänden: Erstens wurde die Frage nach anderen „Kapitalsorten“ und deren Bedeutung im Partizipationsdiskurs gestellt. Das ökonomische Kapital blieb bisher weitgehend ausgeblendet. Partizipation bedeutet aber nicht zuletzt auch Teilhabe an der Macht, insbesondere in einer demokratisch organisierten Gesellschaft, und hier kommt es unter Umständen entscheidend auf die Verfügung über ökonomische Ressourcen an. Zwar gab es aus dem Kreis der Teilnehmenden den Hinweis, dass sich „Profis“ in der vielfältigen Vereins- und Projektlandschaft der Migrantenorganisationen auch bis zu EU-Fördermitteln vorarbeiten, um ihre Arbeit zu finanzieren, dies sind jedoch jeweils nur projektgebundene Mittel und damit zeit- und auftragsgebunden. Symptomatisch für die gegenwärtige Diskussion um die Rolle der Migrantenorganisationen ist, dass sie fast ausschließlich im Zusammenhang mit Ehrenamt und freiwilligen Bürgerengagement verhandelt wird. Hier wäre zu fragen, ob die Anforderungen, Themen und Aufgabenfelder, die sich viele Organisationen mit Blick auf ihren möglichen Beitrag zur gesellschaftlichen Partizipation suchen, noch im Rahmen des Ehrenamtes leistbar sind. Das lässt sich am Beispiel der Partizipation im Bildungs- und Schulbereich (siehe dazu auch Kapitel 4) illustrieren. Ein Großteil der Kooperationen der Ganztagschulen wird mit außerschulischen Partnern eingegangen, die über professionelle und oft hauptamtliche Strukturen verfügen, wie sie nur in den wenigsten Migrantenorganisation vorfindbar sind. Entweder wäre hier eine Aufwertung und bessere Ausstattung erforderlich oder aber die Kooperationserwartungen müssten deutlich bescheidener formuliert und gestaltet werden, gerade dort, wo es um anspruchsvolle Aufgaben in der (schulischen) Bildung oder etwa die (rechtliche) Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden geht.

Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Hinweis auf kulturelles Kapital (z.B. Bildung), das häufig eine Voraussetzung ist für Organisationsfähigkeit und Vernetzungskompetenz, aber auch

den professionellen Umgang mit politischen Gremien und Strukturen sowie der Beherrschung von Strategien der Interessenspolitik. Ohne Erfahrungen in den hoch formalisierten Entscheidungs- und Gremienstrukturen der kommunalen Politik haben es die meisten ehrenamtlichen Initiativen und Projekte sehr schwer, Gehör, Förderung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu finden. Das gilt für Migrantenorganisationen oft noch mehr als für andere Vereine.

Die „Kapitalsorten“ sind also eng miteinander verflochten bzw. ergänzen einander. Daher ist es wichtig, keine Dimension auszublenden. Wichtig ist die Frage: wie funktioniert die Verwendung und Erzeugung sozialer Kapitalien aus vorhandenen individuellen und kollektiven Ressourcen konkret, wie wird das Kapital tatsächlich eingesetzt bzw. welche Möglichkeiten lässt die Gesellschaft zu? Allein die emphatische Feststellung, dass Migrantinnen und Migranten über Sozialkapital verfügen, reicht nicht aus, es bedarf auch entsprechender Opportunitätsstrukturen in der Gesellschaft, um diese wirksam werden zu lassen. In der Frage der integrationspraktischen Operationalisierung sahen alle Diskussionspartner eine Schwäche des Theoriekonzepts des Sozialkapitals.

An dieser Stelle steht auch der zweite grundsätzliche Einwand: ist das Konzept „Sozialkapital“ überhaupt für die integrationspolitische Praxis und innerhalb des Diskussionsmodells notwendig? Genügt nicht etwa der Ansatz der Netzwerkbildung allein? Vogel argumentiert vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen aus dem POLITIS-Projekt (siehe oben) für eine Akzentverschiebung in diese Richtung, und auch Eva Stauf merkt an, dass sie den ethnisch-differenzierenden Gedanken des Sozialkapital-Konzepts für hinderlich halte, um tatsächliche Praktiken im lokalen und kommunalen Raum wissenschaftlichen zu beschreiben und empirisch zu fassen. Welcher der beiden Konzeptansätze letztlich für die Praxisanalyse geeigneter ist, wäre auf empirischer Ebene nochmals zu prüfen. Hierzu wendet auch Mussel ein, dass im Prozess der Organisation von Gleichberechtigung das Konzept Sozialkapital nachrangig, aber durchaus hilfreich ist.

Insgesamt ergibt die Diskussion, dass die konzeptionelle Schwerpunktsetzung zugunsten der Vernetzungsdimension verschoben werden sollte.

### 3.5.3 Lokaler Raum und Netzwerke

Sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für die praktische Gestaltung und Vernetzung ist es notwendig, die Formen, Strukturen und Prozesse von Partizipation eindeutig zu verorten. Hier bietet insbesondere der von Mussel skizzierte Ansatz aus Toronto Anregungen, um die Rolle des Ortes und der Stadt, in der Migrantinnen und Migranten ihren Lebensmittelpunkt haben, stärker in den Blick zu nehmen. Die positiven Identifikationspotenziale, die Städte, zuweilen auch Stadtteile für ihre Bewohnerinnen und Bewohner bieten, werden in der Integrationsdiskussion in Deutschland bislang noch relativ wenig verfolgt<sup>18</sup>. Sie böten eine gute Alternative zu einer letztlich erzwungenen (und daher emotional wenig attraktiven) Entscheidung für oder gegen die national-

<sup>18</sup> Das viel diskutierte Integrationskonzept der Stadt Stuttgart und einige wenige ähnliche Beispiele sind noch die Ausnahmen und bislang auch nur rudimentär wissenschaftlich gestützt.

kulturelle Identifikation mit Deutschland per Einbürgerungsentscheidung. Das Beispiel von Toronto zeigt, dass eine sichtbare ethnische Identifikation und eine lokale Identität keinen Widerspruch bilden müssen. In dem Maße, wie die Thematiken der Partizipation und Zugehörigkeit von einer staatspolitischen Ebene auf eine lokale Zugehörigkeitsebene heruntergebrochen werden, eröffnen sich für kommunale Gebietskörperschaften neue Gestaltungs- und Handlungsräume zur praktizierten Anerkennung. Offen bleibt, inwieweit diese in verschiedenen Metropolen zu beobachtende Tendenz sich auch auf kleinere Städte und ländliche Regionen übertragen ließe. Letzteres ist gerade für Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang wäre auch das seit langem geforderte kommunale Wahlrecht für Ausländer weit mehr als nur ein (ohnehin überfälliges) politisches Demokratieinstrument. Es könnte vielmehr als sichtbares Zeugnis der Kommunen an ihre Bürgerinnen und Bürger wirken und insofern der eingeforderten gegenseitigen Veränderungsbereitschaft deutlich an Verbindlichkeit und Nachdruck verleihen.

Als Konsequenz aus der Diskussion wurden noch weitere konkrete Empfehlungen für Praxisansätze und Praxisbedarf formuliert, die insbesondere die institutionelle Öffnung betreffen: Öffnung der Schulen und Kindertagesstätten für mehr Beteiligungsformen, mit dem Auftrag, Schlüsselqualifikationen zu stärken, Öffnung der Bibliotheken und Kultureinrichtungen in ihrem Angebot, Öffnung der Verwaltung in der Besetzung von Stellen und anderes mehr. Damit verschiebt sich der Fokus von den Akteuren hin zu den Institutionen. Es wird allerdings auch zu bedenken gegeben, dass Öffnung unter Umständen gar nicht im Interesse von Migrantinnen und Migranten ist, wenn diese bereits erfolgreich eigenethnische Institutionen etabliert haben (z.B. griechische Gymnasien). Andere kritische Stimmen sehen mit einer Öffnung und daran gebundene Umverteilungen von Ressourcen auch neues Konfliktpotenzial (z.B. die Anschaffung fremdsprachiger Literatur in der deutschen Bibliothek). Öffnung ist also keine Zauberformel, sie bedarf der jeweiligen Definition, des politischen Willens und Handelns und der Konfliktfähigkeit.

### 3.6 Schlussfolgerungen zur Theorieentwicklung

Die zur Diskussion gestellten Überlegungen des Sozialkapitalansatzes wurden kritisch auf ihre theoretischen Bezüge und auf ihre praktischen Folgen hin befragt. Als Ergebnis wurde der Theorieansatz nicht per se verworfen und auch nicht abschließend in ein neues Modell transformiert. Vielmehr wurde der Ansatz vor allem durch weitere Perspektiven ergänzt und insofern in seiner migrationspolitischen Brauchbarkeit relativiert, als er ohne eine stärkere Betonung der Netzwerkbildung in und mit anderen Akteuren außerhalb des unmittelbaren Kontextes der Migrantenorganisationen weitgehend folgenlos und unkonkret bleibt. Weitgehend unbestritten ist, dass Migrantinnen und ihre Organisationen spezifische Ressourcen haben und dass sie einen Beitrag zur intensiveren gesellschaftlichen Partizipation leisten können. Relevanter für die weitere Forschungsarbeit und die Praxisreflexion ist indessen die Frage nach den konkreten Bedingungen, unter denen das (migrationsspezifische) Sozialkapital in der Gesellschaft anerkannt und im gegenseitigen Aushandlungsprozess mit anderen Akteuren für die lokalen Entwicklungsaufgaben besser verfügbar gemacht werden kann.



Im Hinblick auf die Theorieentwicklung und ihre Praxisbezüge lassen sich aus dem Wissenschaftsgespräch folgende Zwischenergebnisse zusammenfassend hervorheben:

- bipolares Denken in „wir-die“-Kategorien, wie es in der konzeptionellen Dichotomie von *bridging* vs. *bonding* angelegt ist, gilt es konzeptionell und praktisch zu überwinden. Wissenschaftliche Konzepte und öffentliche Diskurse, die lediglich in den Gegensätzen Mehrheitsgesellschaft vs. Parallelgesellschaft, Partizipation vs. Diskriminierung oder Integration vs. Segregation denken, greifen zu kurz und beschreiben den Alltag nicht hinreichend bzw. verzerrend. Sie nehmen die Gleichzeitigkeit der vermeintlichen Gegensätze nicht zur Kenntnis. So kann die Binnenorientierung von Migrant\*innenorganisationen ebenso als ein erster Schritt im Prozess der Partizipation gelesen werden.
- Problematisch ist auch die begriffliche Charakterisierung der aufnehmenden Gesellschaft als Zuwanderungsgesellschaft, Einwanderungsgesellschaft, Mehrheitsgesellschaft etc. Im Konzept der Mehrheitsgesellschaft, der oft gebraucht wird, wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund oft nicht mitgedacht – der wachsende Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (bundesweit derzeit 15,3%)<sup>19</sup> ist jedoch konstitutiver Teil der Mehrheitsgesellschaft. Womöglich ist der Begriff der Mehrheitsgesellschaft daher zu statisch. Er beschreibt zwar aktuelle Machtverhältnisse in Deutschland, spiegelt aber nicht die ganze gesellschaftliche Realität. Zuwanderungsgesellschaft geht von einer impliziten Gegenüberstellung von schon anwesenden etablierten Gruppen und hinzukommenden (zunächst) Außenseitern aus (Elias/Scotson 1990). Auch der Begriff Einwanderung ist nicht unumstritten, scheint sich aber am ehesten als alltagssprachlich gangbare Formulierung anzubieten.
- Eine genauere Differenzierung der heterogenen Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland kommt in den bisherigen Sozialkapital-Ansatz zu kurz, und auch die generelle Frage sozialer Ausgrenzung wird mit einer starken Fokussierung auf ethnische Gruppenbildung unzureichend einbezogen. Als Konsequenz wäre zu fragen, welchen Interessen und Themen (ggf. gemeinsame Problemlagen) Menschen überhaupt dazu veranlassen, sich zu organisieren und sich zu engagieren. Erst im zweiten Schritt wäre dann zu fragen, ob ethnisch-kulturelle Zugehörigkeitsmotive dabei eine Rolle spielen und was das für die Entfaltung des Engagements heißt; auch ob daraus bestimmte Erwartungshaltungen der sozialen Umwelt an die Organisationen erwachsen. Eine Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft könnte Migration als Vergesellschaftungsmodell in den Mittelpunkt stellen. Mit dieser Sichtweise würde Migration nicht als Ausnahmephänomen oder als Merkmal spezieller Zielgruppen beschrieben, sondern als konstitutives Merkmal einer pluralistischen Gesellschaft. Der bundesweite Integrationsgipfel vom 14. Juli 2006 nimmt diese Tatsache erstmals in dieser Klarheit zur Kenntnis, auch wenn damit noch lange kein Konsens erreicht ist.

<sup>19</sup> Siehe dazu den Migrationsbericht 2005.

Als Zwischenbilanz lässt sich Konzept des Sozialkapitals in seiner Brauchbarkeit folgendermaßen resümieren:

- Das gewählte Modell des Sozialkapitals erlaubt abstrakte Beschreibungen zur Entstehung und möglichen Verwendung individueller Ressourcen von Migrantinnen und Migranten. Inwieweit es für kollektive Prozesse sinnvoll und ausreichend ist, ist unklar.
- Die ausschließliche Beschränkung auf das Konstrukt des Sozialkapitals ohne eine Einbeziehung des ökonomischen und politisch-rechtlichen Kapitals birgt das Problem, die „harten“ Strukturmerkmale zu übersehen, die jedes soziale Engagement begleiten und – sofern sie fehlen – auch scheitern lassen können. Hierzu zählt die Absicherung der finanziellen und personellen Ausstattungssituation der Organisationen und ihrer Aufgabenwahrnehmungen ebenso wie die faktischen demokratischen Mitwirkungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. In den hier untersuchten Bereichen der Bildung und der politischen Partizipation sind die dort aktiven Migrantenorganisationen auf die wohlwollende Kooperationswilligkeit der jeweiligen Kerninstitutionen (also z.B. der Schulen oder der Kommune) und die formale Anerkennung durch Behörden und Ministerien angewiesen.
- Die von Putnam eingeführte Unterscheidung von *bridging* und *bonding capital* scheint zunächst plausibel, um mögliche Wirkrichtungen von Organisationen zu beschreiben. Die bipolare Analogie birgt allerdings auch die Gefahr der Fortschreibung von vermeintlichen Gegensätzen, die in dieser Form weder theoretisch noch empirisch zwingend sind. Offenbar handelt es sich hier in erster Linie um ein tradiertes Konstrukt einer polarisierenden Integrationsforschung, das den praktischen Absichten der Partizipation oft eher im Wege zu stehen scheint. Die beiden Wirkrichtungen sind eher komplementär denn als Gegensatz zu verstehen.
- Sozialkapital in Form spezifischer Wissens- und Kompetenzressourcen einzelner Migrantinnen und Migranten und innerhalb der Migrantenorganisationen müssen, damit sie wirksam werden können, in die institutionellen Denk- und Handlungslogiken von behördlicher Schulaufsicht und Schulsteuerung, von Kreis- und Gemeindeordnungen etc. übersetzt werden – und dies notwendigerweise in Einklang mit den Restriktionen des herrschenden Ausländerrechts.

Vor dem Hintergrund der Argumente aus dem Wissenschaftsgespräch stellt sich die Frage nach den verschiedenen Formen der Partizipation in der Praxis<sup>20</sup>.

In exemplarischen Fallstudien ließe sich zumindest in Ansätzen klären, wie es der Praxis in Projekten, Kooperationen und Netzwerken gelingt, die oben erwähnten (Denk-)Gegensätze zu umgehen bzw. sie produktiv für gemeinsame Entwicklung zu nutzen. Nachfolgend werden daher für zwei Gesellschaftsbereiche und kommunale Handlungsfelder (Politik und Bildung) explorative Erkundungen vorgenommen.

<sup>20</sup> Selbstkritisch wäre auch zu fragen, ob die Wissenschaft (und dieses Projekt) womöglich einer bereits existierenden vielfältigen Praxis ethnischer Selbstorganisation und Beteiligung stets ein Stück hinterher läuft.

## 4. Explorationsstudien zur Partizipation im Bildungsbereich

Die Teilstudie für den Bildungsbereich analysiert die gegenwärtigen Potenziale für Vernetzung von Migrantenorganisationen und Schul- und Bildungseinrichtungen im Handlungsfeld der (interkulturellen) Bildung. Die Teilstudie basiert wie das gesamte Forschungsprojekt auf dem Sozialkapital-Ansatz. Zunächst werden zwei Fallstudien vorgestellt, die exemplarisch aus der Perspektive von Verantwortlichen in Migrantenorganisationen mit Bildungsfokus die Chancen und Hindernisse der Partizipation aufzeigen. Die beiden Fallstudien betreffen unterschiedliche Zielsetzungen einer interkulturellen Bildungsarbeit, zum einen den Förderunterricht in eigener Regie und zum anderen die Etablierung von islamischem Religionsunterricht. Darüber hinaus gibt es zahlreiche andere Bereiche, in denen Migrantenorganisationen im Bildungssektor aktiv werden und ggf. auch mit Schulen kooperieren könnten (Siehe dazu die Schulbefragung in Kapitel 4.4). An den beiden hier gewählten Fallstudien lässt sich allerdings schon recht gut aufzeigen, dass allen Reden über Integration zum Trotz erhebliche Verhandlungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten ist, damit der Beitrag, den Migrantinnen und Migranten im Bildungsbereich leisten können, überhaupt wahrgenommen und ohne überzogene Vorbehalte wertgeschätzt wird.

Die Ergebnisse einer landesweiten Schulbefragung zur Kooperation ergänzen das Bild um die Sichtweisen der Schulleitungen. Einer recht positiven Grunderwartung der Schulen zur interkulturellen Bildung stehen bislang relativ wenig solide und bewährte Kooperationen mit Migrantenorganisationen gegenüber. Zudem hat es derzeit den Anschein, dass Schulen sich von zusätzlichen Aktivitäten zur interkulturellen Bildung vor allem kompensatorische Unterstützung für schulische Probleme der Kinder mit Migrationshintergrund erhoffen. Das mag verständlich und vielfach auch geboten sein. Gleichwohl wäre dies ein sehr eingeschränkter und verkürzter Blick auf die Möglichkeiten und Reichweiten einer interkulturellen Öffnung der Bildungs- und Schulsysteme, die nicht bei einzelnen Zielgruppen stehen bleiben kann. Eine derart erweiterte Perspektive ist an den Schulen und in der Praxislandschaft allerdings bisher kaum auszumachen. Zumindest ist uns im Zuge der Studie kein entsprechendes Beispiel begegnet.

### 4.1 Fallstudie: Der Lernzirkel Ludwigshafen e.V.<sup>21</sup>

Der Lernzirkel Ludwigshafen wurde im Jahre 2002 von türkischen Studierenden in Deutschland und türkischen Eltern gegründet<sup>22</sup>. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in der Hausaufgabenhilfe und in der gezielten Unterstützung der Schulkinder. „Ziel ist, den Jugendlichen und Familien eine Zukunftsperspektive hier zu geben.“, so die knappe Zusammenfassung des Vorsitzenden und Leiters der Einrichtung. Die hellen und freundlichen Unterrichtsräume befinden sich gut erreichbar

<sup>21</sup> Diese Fallstudie basiert auf einem Interview, das im Oktober 2005 mit Fatih Yilmaz, dem Vorsitzenden des Lernzirkel e.V. durchgeführt wurde. Fatih Yilmaz war im Rahmen des Projektes auch am Praxisgespräch beteiligt (siehe Kapitel 5.2).

<sup>22</sup> Ähnliche Vereine gibt es auch in anderen Städten in Deutschland, z.B. der Verein EKOL e.V. in Karlsruhe, Türkisch-deutscher Bildungsverein in Mannheim.

in der Ludwigshafener Innenstadt (Ludwigsplatz) im ersten Stockwerk eines Bürogebäudes. Zur Zeit des Interviews sind 155 Schüler und Schülerinnen neu angemeldet, im ersten Jahr waren es 170, im zweiten 160, zum Teil bleiben die Schülerinnen und Schüler auch mehrere Jahre. Eine Gruppe besteht in der Regel aus sechs Schülerinnen und Schülern. Das Ziel besteht darin, Lücken in Mathematik, Deutsch und Englisch zu füllen sowie sich über Literatur auszutauschen und somit den Schülerinnen und Schülern zu einem guten Start in die Ausbildung und in die Gesellschaft zu verhelfen. In einem Pilotprojekt „Aufsatz“ wurde zur Zeit des Interviews in zehn Unterrichtsmodulen das Thema „Satzbau“ schwerpunktmäßig behandelt.

Der Verein leistet auch Elternarbeit und bietet unter anderem muttersprachliche Seminare in Kooperation mit der Volkshochschule an. Der Verein ist bestrebt, enger mit Schulen zu kooperieren, dazu finden Besuche bei Schulleitungen und Lehrkräften statt, um das Angebot des Lernzirkels allgemein bekannter zu machen und spezielle Probleme einzelner Schüler und Schülerinnen (Mädchen sind deutlich in der Minderzahl) zu klären. Eine Berufs- und Bildungsmesse, die der Verein im Frühjahr 2006 organisierte und zu der alle Schulen zur Mitwirkung eingeladen waren, stieß aber auf geringe Resonanz bei den Schulen respektive den Schulverantwortlichen. Der Lernzirkel, so Fatih Yilmaz, Vorsitzender des Vereins, wünsche sich mehr Interesse der Ludwigshafener Lehrerinnen und Lehrer.

Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf dem Fach Deutsch, hier vor allem auch die Förderung von Lesefähigkeit und Textverständnis. „In der Regel lesen die Schüler ein Buch, sag ich mal, von Schiller, aber wissen diesen Background gar nicht. Was er sich vorgestellt hat oder das Leben von Schiller wissen sie nicht, weil die alle in Familie aufgewachsen sind, da gab's halt keine Bücher, Schiller etc.“

Der Unterricht in allen Fächern findet in deutscher Sprache statt, Lehrkräfte sind in der Regel Studierende der Universitäten in der Region („Deutsche oder Türken die hier studieren, oder Italiener, Ukrainer. Also das Lehrpersonal ist multikulturell hier, ...“). Für den Deutschunterricht werden allerdings bewusst Muttersprachlerinnen und Muttersprachler ausgewählt. Zum Lehrprogramm gehören über den Unterricht hinaus sportliche Aktivitäten, zum Beispiel Fußballturniere mit Schülern und Lehrkräften, aber auch eine jährliche Exkursion in den Europapark. Hier „gehen die Lehrkräfte mit und Ziel ist halt, den Spaßfaktor mit dem Kulturellen zu verbinden. Beim Europapark ist es ja so, dass da verschiedene Länder sich präsentieren, und von verschiedenen Ländern auch, sag ich mal, die wichtigen, herausragenden Sachen präsentiert werden. Da können Jugendliche auch diese kulturellen Ereignisse mitnehmen.“

In diesem Zusammenhang betont Yilmaz auch die Notwendigkeit einer gewissen Gemeinschaft unter den Schülerinnen und Schülern. Die Frage nach Religionsunterricht in diesem Zusammenhang beantwortet er so: „Im Lehrplan ist es nicht dabei, es gibt nur diese Teestunde, wo zum Beispiel mit den Schülern über allgemeine menschliche Werte geredet wird, zum Beispiel über die Liebe zur Mutter oder der Umgang mit den Schülern zusammen. Sonst wie gesagt, dieses Klas-

sische, wie in der Moschee und so, das gibt es hier nicht. Aber wie gesagt, es ist sehr wichtig, dass die Schüler gewisse Werte haben“.

Das Lernzentrum versteht seinen pädagogischen Auftrag aber auch auf die Eltern bezogen. In diesem Bereich gibt es eine enge Kooperation mit der Stadt Ludwigshafen (Sozialdezernat und Integrationsbeauftragte) und mit der örtlichen Volkshochschule. Ein spezielles Angebot sind Elternkurse, die in türkischer Sprache von eingeladenen Fachleuten, sogenannten psychologischen Beratern und Begleitern (PDR)<sup>23</sup> abgehalten werden. Hier geht es vor allem um Erziehungsfragen, aber auch um Wertevermittlung. „Von daher ist es wichtig, den Eltern so einen Anstoß zu geben, ...ein Thema war Jugendliche im pubertierenden Alter, dass Eltern besser damit umgehen können, oder auch Grundzüge der Erziehung, solche Themen werden da angesprochen. Dass die Eltern dann auch eine Hilfestellung haben, von daher kommen diese Seminare auch sehr gut an.“

Der selbst gestellte Bildungsauftrag des Lernzirkels ist ein ganzheitlicher, und er ist eindeutig weltanschaulich geprägt. Er umfasst die konkrete Verbesserung der Schulleistungen der Schülerinnen und Schüler, die Vermittlung positiver Werte und Gemeinschaftssinn, die Einbeziehung der Eltern und Förderung ihrer Bildungs- und Erziehungsfähigkeit. Ebenso wichtig ist jedoch die Verbindung zu den Schulen und Lehrkräften der Schülerinnen und Schüler, die den Lernzirkel besuchen. Diese Verbindung, das Gespräch zwischen den Lehrkräften, mit den Eltern und den Schülerinnen und Schülern, wenn nötig auch mit Unterstützung von Dolmetschern, die Begleitung zu Elternabenden, das Gespräch beim Übergang zum Gymnasium, Realschule oder Hauptschule. „Also den Lernzirkel kann man vielleicht wie so eine Schnittstelle sehen, Schule Eltern und Schüler und wir dazwischen als Schnittstelle und die diese Zusammenarbeit gestalten.“

Mit dieser Charakterisierung als Schnittstelle positioniert Yilmaz die Bildungseinrichtung Lernzirkel auch über den Bildungsbereich hinaus. Der selbst gestellte Bildungsauftrag wird gleichermaßen als gesellschaftlicher Auftrag verstanden und als solcher umgesetzt. Und er wird zugleich auch deutlich in der Kommune verortet. Auf die Frage nach Kontakten zum Land oder entsprechende Förderung antwortet Yilmaz „Wir haben Kontakt zur Stadt oder zu örtlichen Einrichtungen, aber auf Länderebene haben wir keinen Kontakt. ...Diese Basisarbeit ist in Ludwigshafen, also auch auf die Stadt fokussiert, weil unser Ziel ist, diese Schüler oder Eltern in diese Gesellschaft zu integrieren. Von daher ist natürlich von Natur aus der Dialogpartner die Stadt, die lokale Behörde, sag ich mal.“

Im Interview wird schließlich das Motiv der Arbeit des Lernzirkels, die „Verbesserung der Chancen zur gesellschaftlichen Partizipation“ deutlich formuliert: „Also wie gesagt, unser Ziel ist halt, hier den Leuten eine Chance zu geben. Also ich bin hier aufgewachsen und seit 79 in Deutsch-

<sup>23</sup> Das gesamte pädagogische Konzept des Lernzirkels orientiert sich offenbar an dem privaten Verband von Bildungseinrichtungen, Coskun, in der Türkei, der der Lehre des religiösen Führers Fethullah Gülen nahe steht. PDR (psikolojik danis,manlik ve rehberlik) ist laut Yilmaz eine Regeleinrichtung an türkischen Schulen, die private Gruppe Cos,kun legt auf die psychologische Beratung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler in ihren Schulen allerdings besonderen Wert, die Kinder und Jugendlichen unterliegen einer wöchentlichen Bewertung und Kontrolle.

land... Früher war dieser Gedanke die bleiben (fünf?) Jahre und gehen in die Türkei zurück und mittlerweile ist es so, dass auch die Großeltern schon hier verwurzelt sind und hier bleiben wollen oder werden, weil die Enkelkinder da sind. Und da muss man schon Basisarbeit machen, dass die hier auch wirklich in diese Gesellschaft reinkommen und nicht in 10, 20 Jahren zu einem Problemfall werden. Wenn die gebildet sind und eine Schulkarriere und Ausbildung haben, dann kommen sie auch in diese Gesellschaft rein. Von daher ist es wichtig, diese Basisarbeit zu machen. Ich denke mal, die Früchte werden sich in der Zukunft zeigen, wenn die Schüler in der Gesellschaft engagiert sind, in diese Gesellschaft integriert sind. Weil wenn jemand seine Ausbildung hat, kann er auch in die Gesellschaft reinkommen, selbst am Arbeitsplatz kann er auch Kontakte knüpfen. Manchmal sieht man schon, dass sich die Leute abgekapselt haben und sich nicht öffnen, von daher sollen die Jugendlichen hier sich öffnen können, und mit einer Ausbildung, Studium oder je nachdem haben sie diese Möglichkeit zu Kontakt. Ein Geben und Nehmen praktisch.“

In den Ausführungen von Fatih Yilmaz ist die Positionierung der Bildungseinrichtung eindeutig, er schreibt ihr eine wichtige Rolle für die Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund zu, darüber hinaus aber auch für die Erziehungskompetenz der Eltern und nicht zuletzt für die Integrationschancen aller Beteiligten. Er bezeichnet dies als „Basisarbeit“. Bildung ist in seiner Sicht ein wertvolles Gut, seine Definition lässt sich durchaus im Sinne unseres Ansatzes als individuelles und gesellschaftlich wertvolles Sozialkapital lesen, dessen Erwerb und Festigung die Einrichtung Lernzirkel maßgeblich unterstützt.

Gleichzeitig betont Yilmaz die Funktion des Lernzirkel als Schnittstelle, im Interesse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern gibt es Kooperationen mit Lehrkräften, vereinzelt auch mit Schulleitungen, Unterstützung und Kooperation mit der Volkshochschule und städtischen Einrichtungen, also eine Vernetzung auf lokaler Ebene, die - so klingt es im Interview deutlich heraus - an der einen oder anderen Stelle durchaus noch enger sein könnte und gewünscht wird. Im Sinne einer „Interkulturellen Öffnung“ übernimmt der Lernzirkel aber bereits jetzt eine wichtige Funktion in der Vermittlung zwischen eher auf die eigenethnische Gruppe orientierten Eltern, den Bedarfen der Schülerinnen und Schülern und den am Bildungs- und am Integrationserfolg der Migranten interessierten bzw. auch dafür zuständigen öffentlichen Einrichtungen. Und sich selbst und seinesgleichen sieht Yilmaz hier in der Verantwortung. „Ich habe hier studiert und Möglichkeit gehabt, sag ich mal, hier studieren zu dürfen. Und meine Einstellung ist, das Erlernte hier wiederzugeben an Jugendliche.“

#### **4.2 Fallstudie: Islamischer Religionsunterricht an der Grundschule Ludwigshafen/Pfingstweide**

„Jeder hat ja gesagt“. So charakterisiert eine Vertreterin der türkischen Frauenbildungsstätte IGRA die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in der Grundschule Ludwigshafen Pfingstweide und die Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen (auch dem Ministerium).<sup>24</sup> Ganz

<sup>24</sup> Eva Stauf: Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften und Probleme. Bericht über die Befragung ausgewählter Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz, Dez. 2004, S. 10

ähnlich liest sich die Quintessenz aus dem Interview mit Merdan Günes, Islamwissenschaftler und seit September 2004 Lehrer für den islamischen Religionsunterricht in der Grundschule Ludwigshafen/Pfingstweide.

Jeder hat ja gesagt, hinter dieser Aussage steht ein langer Prozess und stehen viele Beteiligte. Da war zunächst das Anliegen von türkischen Eltern im Stadtteil, eine Möglichkeit für die religiöse Unterweisung ihrer Kinder im Stadtteil zu schaffen. Zum Sprachrohr dieses Bedürfnisses wurde zum einen der Frauenverein bzw. die so genannte Frauenbildungsstätte IGRA, ein Zusammenschluss türkisch-muslimischer Frauen/Mütter im Stadtteil, zum anderen die AG Pfingstweide, eine Stadtteilinitiative, deren Vertreter zugleich den Kontakt zum Christlich-Islamischen Gesprächskreis und damit zu einer stadtweiten Lobby herstellte. Gemeinsam sprachen sie den Schulleiter an, auch ihn konnten sie schnell gewinnen – er hat ja gesagt, unter der Voraussetzung, dass das Ministerium zustimmt.

„Ja okay, wir haben mit Bläse [dem Vertreter der Stadtteilinitiative] gesprochen oder am Anfang diskutiert und dann mit der Schulleitung. Die Schulleitung hat gesagt „okay, wenn Ministerium ja sagt“. Die Eltern haben gesagt „wir haben keine Moschee im Ort und deswegen unsere Kinder bekommen überhaupt keine islamische Erziehung und wir wollen das in der Schule irgendwie haben, wenn das möglich ist. Das Ministerium hat ja gesagt und gefragt, wer wird das machen.“

Merdan Günes wurde gefunden und gefragt, ob er das machen könnte. „Dann sie haben mich persönlich gefragt, ob ich mitmachen kann. Ich hab gesagt ‚was soll ich machen?‘ Ja in der Grundschule soll man Islam unterrichten, das geht um die Basis des Islam, Grundsätze und so weiter. ich hab gesagt ‚okay, kein Problem‘.“

Die nächste Instanz war das Ministerium, das allerdings den Bedarf von einer breiten Basis artikuliert wissen wollte. Die Initiatoren des Vorhabens, insbesondere die Frauenbildungsstätte IGRA, startete eine Unterschriftensammlung unter den muslimischen Eltern im Stadtteil, und der Rücklauf mit über 50 % Unterstützung eines deutschsprachigen Islamunterrichts an der Grundschule überzeugte auch diese Instanz. Die Frage „wer macht’s“ war ebenfalls schnell beantwortet, denn der Lehrer, Merdan Günes, war ja bereits gefunden. Sein Vorschlag, den Lehrplan am österreichischen Vorbild zu orientieren, wurde allerdings nicht akzeptiert, ein eigener Rahmenplan musste her. „Ja, das war ein bisschen komisch für mich, weil, ich hab nie gedacht ich werde so etwas machen, sondern nur als Lehrer kommen und den Kindern etwas beibringen. Wir haben in einem Jahr unseren Rahmenplan entwickelt.“

Merdan Günes hat also auch zur Entwicklung des Lehrplans ja gesagt. Es kristallisierten sich fünf Fragen heraus, auf deren Grundlage er gemeinsam mit dem Ministerium schließlich einen Rahmenplan entwickelte, keine leichte Aufgabe angesichts gleichzeitig stattfindenden Unterrichts und auch angesichts des Medieninteresses, das dieses Projekt erweckte. Aber auch das ist gelun-

gen. Beim Start des Projekts waren die muslimischen Eltern noch skeptisch, am Anfang waren es 20 Schüler und Schülerinnen, zum Zeitpunkt des Interviews (Frühsommer 2006) waren es in allen vier Jahrgängen über hundert. Auch die Zusammensetzung hat sich deutlich geändert, zu Beginn waren es fast ausschließlich Kinder aus türkischen Familien, inzwischen ist der Anteil anderer Nationalitäten fast fünfzig Prozent. „Aber ich glaube, letztes Jahr war da ein bisschen Skepsis. Ja, das war normal. Einige islamische Familien oder türkische Familien haben gedacht ‚warum soll unser Kind auf deutsch Islam lernen?‘ aber jetzt haben die Eltern auch Vertrauen in mich und in das Projekt, jeder weiß was wie er machen soll, auch viele Interviews in der Zeitung man hat gelesen. Jetzt weiß jeder genau, was oder wie man in der Schule Islam unterrichtet.“

Vertrauen ist das zentrale Stichwort, das sich wie ein roter Faden durch das Interview mit Merdan Günes zieht, Vertrauen und die Bereitschaft, sich einzulassen. Dies gilt für alle Beteiligten. Das Vertrauen der muslimischen Eltern musste gewonnen werden, um das Projekt erfolgreich werden zu lassen. Aber auch das Vertrauen der öffentlichen Institutionen war notwendig, um das Projekt überhaupt auf den Weg bringen zu können. „Zum Beispiel von Anfang an hat man im Ministerium gesagt ‚okay, wir machen das mit dir‘. Wenn man von Anfang an gesagt hätte ‚ja wir sollen ein bisschen überlegen‘, wenn man nicht geholfen sondern gezögert hätte, würde ich auch sagen ‚ja, ich kann da nichts machen.‘ Warum? Weil, das ist immer so, wenn man nicht wirklich ein bisschen freie Hand hat, was man weiß wie man was machen soll, wenn man immer, wie kann man sagen, diktiert bekommt, das bringt nichts. Aber von Anfang an alle Seiten haben Vertrauen in den anderen gezeigt, deswegen haben wir Erfolg gehabt.“

Zum Vergleich beschreibt Günes Erfahrungen, die er in anderen Zusammenhängen gemacht hat. In einem Agenda 21 Projekt in Schifferstadt habe man über Monate und mit einem hohen Einsatz zeitlicher Ressourcen versucht, konkrete Vorschläge zu entwickeln und umzusetzen, aber dies sei an der Unbeweglichkeit der lokalen Verwaltung gescheitert. Hier beklagt Günes, dass es eben nicht immer nur die „Ausländer“ seien, sondern dass häufig auch die deutsche Seite wenig Bereitschaft zeige, sich zu öffnen. „...Dreimal mit den Deutschen zusammen Grillparty gemacht und so weiter. Aber dann am Ende haben wir gesehen, von politischer Seite sie waren nicht bereit. Weil das, was unsere deutschen Kollegen uns gesagt haben, nicht geholfen hat. Wir haben viele Vorschläge gemacht, wir haben viel gearbeitet. Aber wenn das Rathaus sagt oder der Bürgermeister sagt ‚leider das können wir nicht machen‘, wie kann man weiter arbeiten?“

Für Günes ist das Projekt Islamischer Religionsunterricht eine Investition in die Zukunft, er versteht den Prozess seiner Entstehung und Weiterentwicklung als einen Prozess der Partizipation und der Integration: „So alles wenn wir mit Partizipation auch Integration meinen, naja nicht unbedingt, aber das ist ein Teil davon, dann haben wir unser Ziel erreicht, kann man so sagen.“ Integration wiederum sieht er als einen beiderseitigen Prozess, nicht einseitig von den Muslimen bzw. Migrantinnen zu leisten, sondern von der Gesellschaft insgesamt. „Partizipation kommt von allen Seiten. Integration ist nicht nur für Muslime, sondern auch die anderen müssen auch bereit sein. Zum Beispiel, was wir in Frankreich jetzt heutzutage erleben, das ist



schrecklich aber warum? Soll man diese Frage auch stellen. In Deutschland haben wir das Gott sei Dank bis heute nicht. Aber wenn wir weiter vernachlässigen wenn wir weiter sagen ‚ja, okay, so und so fehlt‘, wer weiß, was passiert. Okay, diese Kinder werden nach 5 Jahren, 10 Jahren jüngere Leute ohne Perspektive für die Zukunft. Das darf nicht sein, deswegen, wirklich das ist sehr dringend, jetzt zu handeln, jetzt etwas zu machen“

Die beiden hier vorgestellten Fallstudien, der selbst organisierte Lernzirkel und das Modellprojekt Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, repräsentieren sehr unterschiedliche Projekte mit unterschiedlichen Akteuren, Reichweiten und Zielsetzungen. Beiden ist jedoch gemeinsam, dass sie um die Ressourcen und Potenziale junger Migrantinnen und Migranten wissen und diese unterstützen und fördern wollen, und dass sie hierbei auf institutionelle Unterstützung, Förderung und Vernetzung hoffen bzw. angewiesen sind. Ein zentraler Begriff ist in diesem Zusammenhang „Vertrauen“. Gemeint ist in erster Linie das Vertrauen auf Seiten der Politik und der Institutionen, der Schlüsselpersonen und Entscheidungsträger, in die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen. Gemeint ist nicht blindes Vertrauen, aber auch nicht paternalistisches Wohlwollen, sondern gegenseitiges Vertrauen im Sinne von Offenheit, Verbindlichkeit und Wertschätzung. Dies ist letztlich von den handelnden Personen abhängig, kann aber durch strukturelle Vorgaben behindert oder unterstützt und gefördert werden.

#### **4.3 Befragung der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz zur interkulturellen Bildung und Kooperation mit Migrantenorganisationen**

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurde der Ansatz des Sozialkapitals bisher nicht unter institutionellen Gesichtspunkten der pädagogischen Gestaltung (interkultureller) Bildungsaktivitäten in Schulen und insbesondere den aktuellen Entwicklungen der Ganztagschulen beleuchtet. Mit der Explorationsstudie sollen erstens das Potenzial für kooperative Aktivitäten zur interkulturellen Bildung an Ganztagschulen, zweitens die vorrangigen Themenbereiche für eine eventuelle Zusammenarbeit und drittens die entgegenstehenden Hindernisse identifiziert werden.

Die schulischen Bildungsstrukturen stehen derzeit in einem umfassenden Veränderungsprozess, der u.a. durch die Einführung der Ganztagschulen und die mahnenden Ergebnisse einschlägiger Bildungsforschung (u.a. PISA, IGLU, OECD) stimuliert wird. An die Ganztagschulen (GTS) werden hohe Erwartungen im Hinblick auf die Verbesserung der allgemeinen Bildungsqualität sowie die gesellschaftliche Öffnung und Neuausrichtung der Bildungsinstitutionen am lebensweltlichen Kontext der Schüler und Schülerinnen einer kulturpluralistischen Gesellschaft gestellt. In einer kürzlich erschienenen Dokumentation zum Kongress „Ganztagschule in Entwicklung“ wird dieser Anspruch mit Blick auf die Einbindung außerschulischer Partner wie folgt konkretisiert:

„Außerschulische Partner sollen nicht nur eine additive Erweiterung der schulischen Themen bieten, sondern sie sollen die Schule auch dabei unterstützen, das schulische Leben selbst grundlegend zu reformieren. Um Schule als schülerorientierten Lebens- und Erfahrungsraum und auch als Stätte der Freizeit neu erleben zu lassen, ist es wichtig, etwas von der Vielfalt von sozialen Beziehungen und kulturellen Angeboten, die bisher im außerschulischen Feld ihren Platz hatten, nach Möglichkeit mit in das schulische Leben hineinzuholen. Hier bieten gerade die Angebote außerschulischer Partner besondere Chancen, die Schule mit Anliegen des Gemeinwesens in Verbindung zu bringen und so neue Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Verankerung im regionalen Einzugsbereich der Schule zu schaffen“ (Ganztagsschule 2007: 65).

Dabei kommt auch der stärkeren Berücksichtigung der schulischen und außerschulischen Lernerfahrungen und -erfolge von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wie auch der gesamtschulischen Interkulturalität eine wachsende Bedeutung zu; und dies keineswegs nur unter den zweifelsohne wichtigen Perspektiven der Benachteiligten- und Sprachförderung. Es stellt sich dabei die Frage, inwieweit die lebensweltlichen Aspekte der primären oder sekundären Migrationserfahrungen großer Teile der Schülerschaft und ihrer Familien sowie die grundsätzliche Frage einer Förderung interkultureller Partizipation im Schul- und Lernumfeld einen spezifischen Leitauspekt der gegenwärtigen Bildungspraxis, insbesondere der Ganztagsbildung darstellen. Als ganztägige Bildungseinrichtungen werden im Allgemeinen Institutionen verstanden, „die formelle und nicht-formelle Bildung durch die komplementären Kernelemente Schulunterricht und Jugendarbeit unter Beibehaltung ihrer institutionellen Eigenheiten zu einem kooperativen Ganzen gestalten“ (Coelen 2006: 269). Die Verzahnung der komplementären Bildungsaufgaben kann, aber muss nicht strukturell getrennt erfolgen. Entscheidend ist vielmehr, dass die Kooperation arbeitsteilig erfolgt und nicht vom Schulsystem einseitig und zu Lasten des außerschulischen Partners inkorporiert wird<sup>25</sup>.

Geht man davon aus, dass Schulen die Herausforderungen zur Verknüpfung von Bildung und Sozialisation nicht allein bearbeiten können und, ähnlich wie etwa in der künstlerischen, musischen, sportorientierten Bildungsarbeit, auf kompetente Unterstützung von Fachleuten aus diesen Lebenswelten angewiesen sind (Behr-Heintze/Lipski 2005; Coelen 2006), dann müsste dies konsequenterweise auch für die interkulturelle Bildung gelten – oder geltend gemacht werden.

Aus den bislang vorliegenden Informationen, die von verschiedenen Fachstellen (Ministerien, Pädagogische Zentren, Bildungsforschungseinrichtungen) publiziert werden, sowie aus der recht guten Dokumentationslage verschiedener (Online)Plattformen, die sich eingehend mit der Entwicklung der Ganztagschulen beschäftigen<sup>26</sup>, ist derzeit noch nicht zu erkennen, dass die oben

<sup>25</sup> Coelen selbst argumentiert in kritischer Haltung zu einer letztlich immer leistungs- und bildungselektiven Schulbildung, die am Primat der „Qualifikation“ orientiert ist, für eine genuine Eigenstellung der außerschulischen Bildung, die primär dem Bildungsprimat der „Partizipation“ verpflichtet ist. Allerdings dürften diese beiden Bildungsziele, und damit die Institutionen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

genannte Perspektive explizite Aufmerksamkeit erfährt. Zwar werden neue Paradigmen zur Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern in den Bildungs- und Erziehungswissenschaften diskutiert (vgl. Otto/Coelen 2004) und in der Praxis erprobt. So gibt es auch in Rheinland-Pfalz mittlerweile 24 Rahmenvereinbarungen zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen, die sich an der Bereitstellung von Angeboten im ganztägigen Lernumfeld beteiligen<sup>27</sup>. Für die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen existiert eine solche Vereinbarung bislang allerdings nicht. Mitwirkungen von Migrantenorganisationen finden derzeit nur in wenigen Einzelfällen und eher zufällig statt, ohne dass es dafür eine systematische Strategie oder Förderungspolitik gäbe.

Eine mögliche Erklärung für die erstaunlich geringe Vernetzung von GTS und Migrantenorganisationen könnte darin liegen, dass die GTS und die Bildungsverantwortlichen sich bewusst von einer besonderen Hervorhebung der Migrationserfahrungen und ethnisch-kultureller Herkunft im erweiterten Schulalltag abwenden, um nicht einer fragwürdigen Ethnisierung des Schulalltags Vorschub zu leisten. Dem widerspräche allerdings die an vielen Schulen postulierte Leitidee der „Interkulturellen Öffnung“, des „Diversity Managements“ bzw. der „individuellen Förderung“ (Doris Ahnen) von Kindern und Jugendlichen unter Achtung kulturpluralistischer Lebenswelten. Verschiedene Projekte und Anstrengungen, die im Auftrag und mit Unterstützung der Landesbeauftragten für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz zur Stärkung der Partizipation von Migranten(organisationen) in Bildung und Gesellschaft initiiert wurden, wären vor dem Hintergrund dieses Erklärungsversuchs auch gar nicht nachvollziehbar. Im Übrigen kann von einem bereits abgeschlossenen „cultural mainstreaming“ und einem systematisch reflektierten Umgang mit Heterogenitätsphänomenen im Bildungsbereich (grundlegend hierzu Boller et al. 2007; Norberg 2000; Northedge 2003) ebenso wenig ausgegangen werden, wie in anderen Institutionen, etwa der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung (vgl. Becker/Seidel 2006; Bissels et al. 2001; Vertovec/Wessendorf 2005). Zu dieser Einschätzung gelangte letztlich auch die Abschlussdiskussion der Fachtagung „Bildung macht reich“ Anfang 2004 in Mainz.

Auch über die Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz hinweg sind in Medien und pädagogischen Fachkreisen nur sehr vereinzelt Beispiele und deskriptive „Erfolgsgeschichten“ über (interkulturelle) Bildungsprojekte an Schulen zu finden (so etwa Engin/Walter 2005). Zuweilen sind dabei auch Migrantinnen und Migranten in Vorbildfunktionen, als pädagogische Multiplikatoren oder Initiatoren solcher Projekte beteiligt. So berichtete etwa die Süddeutsche Zeitung am 6.1.2007<sup>28</sup> über die Arbeit des Interkulturellen Bildungs- und Fördervereins für Schüler und Studenten e.V. (ibfs e.V.) mit Sitz in Castrop-Rauxel. Mit diesem mehrfach mit Preisen für Bürgerengagement ausgezeichneten Verein setzen sich überwiegend türkische Akademikerinnen und Akademiker für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in ihrer schulischen Entwicklung ein<sup>29</sup>. In der Selbstdarstellung des Vereins auf der Homepage heißt es dazu:

<sup>26</sup> Exemplarisch: das Portal Ganztagschule ([www.ganztagschulen.org](http://www.ganztagschulen.org)), die Datenbank „Schule und Partner“ des Deutschen Jugendinstituts (<http://213.133.108.158/cgi-bin/db/default.php?db=16>)

<sup>27</sup> Vgl. [www.ganztagschule.rlp.de/templates/bib?overview?chrono.php?ubershift=1&rubid=64](http://www.ganztagschule.rlp.de/templates/bib?overview?chrono.php?ubershift=1&rubid=64) [Zugriff: 30.01.2008]

<sup>28</sup> Bezeichnenderweise wurde der Bericht als Teil einer längeren Serie über „die Wohltäter“ der Gesellschaft veröffentlicht, was einmal mehr bestätigt, dass bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten entweder ignoriert oder normativ überhöht als schillernde Wohltat präsentiert wird. Wenn überhaupt, taucht es in öffentlichen Diskurs als Ausnahmephänomen, nicht etwa als erwartbare Normalität auf.

<sup>29</sup> Vgl. [www.ibfs-ev.org](http://www.ibfs-ev.org) [Zugriff: 30.01.2008]

„Zahlreiche künftige Akademiker von Gastarbeiter-Familien haben in ihrem Leben die Erfahrung gemacht, viele Hürden überwinden zu müssen. Eltern konnten aufgrund ihrer mangelnden Bildung nicht die erforderliche Hilfestellung leisten, die ihre Kinder im Rahmen ihres Schullebens benötigt hätten. Trotz der bedürftigen Situation waren sie auch nicht im Stande Hilfe in Anspruch zu nehmen, da sie sich zum einen über die Möglichkeiten nicht bewusst waren oder aufgrund der sprachlichen Barriere eine Hemmschwelle zu überwinden galt, die oft nicht gewagt wurde. Aufgrund der derzeitigen Entwicklung sind Schüler vielmehr bereit Wissen aufzunehmen und auch Wissen umzusetzen. Deshalb wollen wir, IBFS, als eine Brücke zwischen der Familie, den Schülern und der Schule sowie anderen gesellschaftlichen Institutionen das interkulturelle Verständnis fördern.“

Solche Beispiele einer aktiven Partizipation von Migranten im Bildungsalltag nehmen in Deutschland zu, und es gibt in vielen anderen Orten ähnliche Vereine und Initiativen<sup>30</sup>. Dennoch stehen sie nach wie vor im überlangen Schatten der täglichen Negativberichterstattung über den Bildungsmisserfolg vieler Kinder und Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Kooperationen von Schulen mit anderen Ressourceträgern aus dem weiten Feld der Migrantenorganisationen im Dienste der interkulturellen Bildung scheinen trotz naheliegender Synergieoptionen bislang kein wirkliches Thema der praktischen Schulentwicklung und der Ganztagschule zu sein.

Die geringe Einbeziehung von Migrantenorganisationen in die Entwicklungen der GTS verwundert insofern, als ihre Rolle und ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Partizipation und Integration ansonsten seit einigen Jahren intensiv diskutiert wird. Viele Migrantenorganisationen haben sich als so genannte herkunftsbezogene „Elternvereine“ gebildet, und zwar mit dem dezidierten Ziel, sich bei der Förderung und Verbesserung der Bildungsbeteiligung „ihrer“ Kinder und Jugendlichen in den aufnahmegesellschaftlichen Bildungsstrukturen einzubringen. Dass dies funktioniert und langfristig Erfolge zeigt, wurde mehrfach für die Arbeit der spanischen Elternvereine nachgewiesen (Thränhardt 2005), und im Gegenzug lassen sich die differenzierten Ursachen und Folgen unzureichender und dysfunktionaler Selbstorganisation von Eltern- und Migrantenorganisationen am Beispiel der italienischen Zuwanderer aufzeigen (Martini 2001; Rieker 2005). Neben den Elternvereinen gibt es weitere institutionalisierte Formen ethnisch-kultureller Selbstorganisation, in denen sich Migrantinnen und Migranten mehr oder minder explizit zu einem selbst gesetzten „Bildungsauftrag“ bekennen. Darunter fallen z.B. Vereine zur allgemeinen und beruflichen Sprachförderung oder solche, die den selbst organisierten religiösen Unterricht in Moscheevereinen anstreben (siehe dazu auch die Fallstudie zum Projekt „Pfungstweide“ weiter unten)<sup>31</sup>.

Neben der organisierten Partizipation in Form von Selbsthilfeorganisationen und Netzwerken sind auch die weitgehend ungenutzten Potenziale von Einzelpersonen mit Migrationserfahrungen

<sup>30</sup> Siehe dazu auch die aufschlussreiche Diskussion um den von Aylin Selcuk gegründeten Verein „die Deukische Generation e.V.“, der sich mit der Andeutung der Doppelten Identität dem Abbau von Vorurteilen gegenüber türkischen Jugendlichen widmet (zur Debatte etwa die Forenbeiträge unter: [www.tagesspiegel.de/berlin/archiv/11.04.2007/3179891.asp](http://www.tagesspiegel.de/berlin/archiv/11.04.2007/3179891.asp)). [Zugriff: 30.01.2008]

<sup>31</sup> Es geht an dieser Stelle nicht darum zu erörtern, inwieweit mit solchen Bestrebungen im Einzelfall auch fragwürdige, indoktrinative Intentionen verbunden sein können. Das Erfordernis einer religionspädagogischen Arbeit auf der Basis der geltenden grundgesetzlichen und schulrechtlichen Rahmenbedingungen ist unstrittig.

anzusprechen<sup>32</sup>. Es geht in der Studie zwar vor allem um die Migrantenorganisationen, aber gerade im Bildungsbereich ist auch die individuelle Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten ein Schlüsselthema. Es ist seit langem bekannt, dass berufliche und fachliche Qualifikationen von zugewanderten Personen in Deutschland durch ein restriktives Aufenthalts- und Arbeitsrecht auf eklatante Weise entwertet werden, gerade auch für pädagogische Berufe (Nohl et al. 2006). In der Alltagspraxis spiegelt sich das in einer geradezu schon symbolischen Paradoxie wider: Die ukrainische Erzieherin, deren Ausbildung in Deutschland als nicht äquivalent eingestuft wurde, ist an der Ganztagschule am Nachmittag zwar als Reinigungskraft oder Küchenhilfe gefragt, aber nicht als Pädagogin im Ganztagsunterricht. Ähnliche Beispiele ließen sich für einen sudanesischen Ingenieur oder eine iranische Ärztin finden<sup>33</sup>. Eine vielversprechende erste Antwort auf dieses Problem bietet ein neuer Bachelor-Studiengang „Interkulturelle Bildung und Beratung“, der zum Wintersemester 2006/07 an der Universität Oldenburg eingerichtet wurde<sup>34</sup>. Zielgruppe und Zielsetzung dieses Studiengangs werden folgendermaßen dargestellt:

„Zielgruppe sind höher qualifizierte Zugewanderte – deutsche und ausländische Staatsangehörige – mit festem Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland, die das deutsche Bildungssystem nicht durchlaufen haben (individueller Migrationshintergrund). Der Studiengang richtet sich insbesondere an folgende Personengruppen:

- › Arbeitsmigrantinnen und -migranten
- › Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
- › Familienangehörige von Spätaussiedlern
- › Flüchtlinge mit Bleiberecht
- › Jüdische Immigrantinnen und Immigranten.

Ziel des Studiums ist es, Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Aufbau interkultureller Handlungskompetenzen in pädagogischen Berufsfeldern zu erwerben. Die Studierenden lernen, komplexe Probleme zu beschreiben und zu analysieren und dabei theoretisches Grundlagenwissen mit Handlungswissen zu verknüpfen.

Die Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs sollen in der Lage sein, selbstständig und auf wissenschaftlicher Grundlage an theoretischen und praktischen Problemen zu Interkulturalität, Integration und Rassismusprävention zu arbeiten und entsprechende Bezüge zu verschiedenen Tätigkeitsfeldern herzustellen.“

<sup>32</sup> In der allgemeinen Ganztagschulstudie für Rheinland-Pfalz (vgl. 2007: 70) wird zwischen institutionellen Mitarbeitern und freien Mitarbeitern unterschieden. In der Erhebung waren bei den Kooperationen mit außerschulischen Partnern 2/3 institutionelle Fachkräfte und 1/3 freie Mitarbeiter in den Projekten beteiligt.

<sup>33</sup> Zur Situation einer anderen Gruppe hochqualifizierter Ausländerinnen und Ausländer, die im Rahmen der internationalen Aktivitäten großer multinationaler Unternehmen als impatriates und berufliche Transmigranten temporär in Deutschland leben, siehe exemplarisch Freund (2001) oder die Beiträge des IMIS Themenheftes 22/2003.

<sup>34</sup> Nähere Informationen unter: [www.uni-oldenburg.de/ibkm/19186.html](http://www.uni-oldenburg.de/ibkm/19186.html) [Zugriff: 30.01.2008]

Ähnliche Ziele und Ansätze verfolgt auch das Qualifizierungsangebot EUROMIR im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität Mainz<sup>35</sup>. Die Einrichtung spezieller Studiengänge, die einen zügigen Übergang von bereits fachlich vorqualifizierten Personen mit Migrationshintergrund in professionelle Bildungs- und Beratungsberufe ermöglichen soll, eröffnet auch für Schulen neue Möglichkeiten zur interkulturellen Bildung. Selbst wenn eingeräumt werden muss, dass solche Modellstudiengänge relativ neu sind und nur eine kleine Zahl von Absolventinnen und Absolventen hervorbringen werden, ist im Erfolgsfall dieser Konzepte mittelfristig nicht mehr zu begründen, warum Schulen und anderen Institutionen dieses Bildungskapital ignorieren könnten.

Angesichts der skizzierten Sachlage ist der Öffnungsprozess der Bildungsinstitutionen und der Ganztagschulen noch zu wenig geklärt und auch aus praktischer Sicht noch unzureichend erschlossen. Die vorliegende Studie soll dazu beitragen, die Chancen und Hindernisse in diesem Feld genauer zu erkunden und erste Anregungen zur Verbesserung der Vernetzungsmöglichkeiten zu liefern.

## 4.4 Ergebnisse der landesweiten Schulbefragung

### 4.4.1 Erhebungsstrategie und Stichprobenrücklauf

Mit dem Ziel einer landesweiten Bestandsaufnahme der Kooperationen und Aktivitätspotenziale zur interkulturellen Bildung an Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz wurde im Sommer 2006 eine schriftliche Kurzbefragung aller 405 bis dahin existierenden Ganztagschulen durchgeführt<sup>36</sup>. Ganz überwiegend handelt es sich um GTS in Angebotsform, und lediglich im Bereich der Förderschulen ist auch zunehmend die gebundene Form zu finden. Neben den Ganztagschulen wurden auch die Berufsbildenden Schulen befragt, auf deren Analyse hier jedoch nicht näher eingegangen wird. Eine parallele schriftliche Befragung von Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz auf der Basis eines Adressverzeichnisses der Beauftragten für Migration und Integration wurde ebenfalls initiiert; hier war der Rücklauf allerdings so gering, dass keine befriedigenden Interpretationen möglich sind, und im Weiteren insofern nur Aussagen zur Sichtweise der Schulen vorgenommen werden können.

Die Befragung wurde im Vorfeld mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur abgestimmt und durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes (ADD) genehmigt. Sie umfasst in bewusst strenger Knappheit lediglich sieben Einzelfragen, die sich auf folgende Schwerpunkte beziehen<sup>37</sup>:

<sup>35</sup> Näheres dazu unter: [www.zww.uni-mainz.de/135.php](http://www.zww.uni-mainz.de/135.php) [Zugriff: 30.01.2008]

<sup>36</sup> Ein geringerer Teil der Schulen existiert schon seit längerem als Ganztagschule, während die Mehrzahl im Zuge der Ganztagschulinitiative des Landes Rheinland-Pfalz seit 2001 hinzugekommen ist. Zum aktuellen Stand siehe [www.ganztagschule.rlp.de](http://www.ganztagschule.rlp.de) [Zugriff: 30.01.2008].

<sup>37</sup> Die Beschränkung auf wenige zentrale Frage, aus der letztlich auch eine gewisse Unschärfe und Interpretationsgrenzen für die Analyse resultieren, wurde vor allem deshalb vorgenommen, weil in Vorfeld bereits erkennbar war, dass derzeit mehrere Studien zur Ganztagschulentwicklung laufen und die Auskunftsbereitschaft der Schulleitungen daher nicht überstrapaziert werden sollte.

- › Die allgemeine Wichtigkeitseinschätzung von Aktivitäten zur interkulturellen Bildung,
- › bereits existierende Aktivitäten und die Frage, inwieweit diese in Kooperation mit externen Partnern durchgeführt werden,
- › der Wunsch der Schulen, derartige Aktivitäten – so noch nicht vorhanden – in Kooperation mit außerschulischen Partnern einzurichten/auszubauen
- › und Hindernisse, die einer Initiierung von Kooperationen und Aktivitäten im Wege stehen.

Der Fragebogen wurde auf postalischem Wege im Mai 2006 mit einem kurzen Anschreiben zur Erläuterung des Forschungsziels verschickt. Ferner wurde den Schulen die Möglichkeit gegeben, den Fragebogen auch online<sup>38</sup> auszufüllen. Von der Online-Befragung machten lediglich 44 Schulen Gebrauch, so dass dieser Weg zwar eine leichte Verbesserung des Stichprobenrücklaufs ermöglichte, aber insgesamt eher kritisch in der Eignung für Schulbefragungen einzuschätzen ist. Angeschrieben wurde jeweils die Schulleitung. Dies geschah unter der Annahme, dass die Fragen durch die Schulleitung selbst am ehesten kompetent beantwortet werden können oder zumindest an eine zuständige Person aus dem Kollegium weitergeleitet wird. Nach Aussendung der Fragebögen wurde für den Rücklauf ein Zeitraum von vier Wochen eingeräumt. Schulen, die sich bis Ende Juni 2006 noch nicht an der Befragung beteiligt hatten, wurden nochmals telefonisch kontaktiert und um Rückantwort gebeten, letztlich allerdings mit sehr geringen Erfolg zur Steigerung des Rücklaufs. Aus den ausgefüllten Bögen ist nicht ersichtlich, wer die Beantwortung der Fragen übernommen hat (Schulleitung, Sekretärin, Lehrerin), somit können keine Rückschlüsse auf die Meinungsbildung getroffen werden. Die Antworten müssen zunächst als ‚offizielle‘ Gesamteinschätzung der Schule gelten, wenngleich im Einzelfall persönliche Wertsetzungen der ausfüllenden Person ebenso wenig wie Fehlinformationen völlig ausgeschlossen werden können. In die Auswertung wurde der Rücklauf von insgesamt 150 Ganztageschulen (Rücklaufquote von 37%) im Bereich der Primar- und Sekundarstufe in Rheinland-Pfalz einbezogen. Aussagen beziehen sich im Folgenden auf diese 150 Ganztageschulen<sup>39</sup>.

#### 4.4.2 Statistische Verteilungen nach Schularten, Schulgröße und Ausländeranteil

Für einen ersten Überblick der Schulstrukturen der in der vorliegenden Untersuchung einbezogenen Ganztageschulen werden zunächst Verteilungsmuster im Hinblick auf die Schularten, die Schulgröße (bezogen auf die Gesamtschülerzahl) und den Anteil ausländischer Schüler dargestellt. Grundlage für die Kategorienbildung war das Schulverzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz für das Schuljahr 2005/2006 (hg. durch Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Bad Ems 2006). Der Rücklauf der Schulen im Primar- und Sekundarbereich gliedert sich folgendermaßen auf: (Siehe nächste Seite)

<sup>38</sup> Dazu wurde über einen Online-Survey Dienst ([www.surveymonkey.com](http://www.surveymonkey.com)) eine temporäre Website eingerichtet.

<sup>39</sup> Gymnasien und Berufsbildenden Schulen wurden in einer getrennten Auswertung separat analysiert und sind nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts.

|  | Häufigkeit | Prozent      | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|--|------------|--------------|---------------------|------------------------|
| Öffentliche Förderschulen und private Förderschulen (FS) | 27         | 18,0         | 18,0                | 18,0                   |
| Grundschulen (GS)  | 55         | 36,7         | 36,7                | 54,7                   |
| Hauptschulen (HS)  | 27         | 18,0         | 18,0                | 72,7                   |
| Grund-/Hauptschulen (GHS)                                | 14         | 9,3          | 9,3                 | 82,0                   |
| Gesamtschulen (inkl. reg. Schule, RS, IGS, GesS)         | 27         | 18,0         | 18,0                | 100,0                  |
| <b>Gesamt</b>  | <b>150</b> | <b>100,0</b> | <b>100,0</b>        |                        |

Tabelle 1: Verteilung der an der Befragung teilnehmenden Schulen nach Schultypen

Von den Förderschulen verfolgen die meisten gebundene Ganztagschulkonzepte, während die Mehrzahl der anderen allgemeinbildenden Schulen als Angebotsform und offene Ganztagschule arbeiten. Abbildung 3 zeigt auf, wie sich die Schularten nach Schulgröße verteilen. Deutlich zu sehen ist, dass in den Förderschulen meistens weniger als 100 Kinder und max. bis zu 200 Kinder unterrichtet werden. Diese Schulart gehört also überwiegend zu den „kleineren Schulen“. Der überwiegende Teil der Schulen, die an der Befragung teilnahmen, unterrichten maximal 500 Schülerinnen und Schüler. Nur 12 Schulen der rückläufigen Stichprobe haben mehr als 500 Schülerinnen und Schüler.

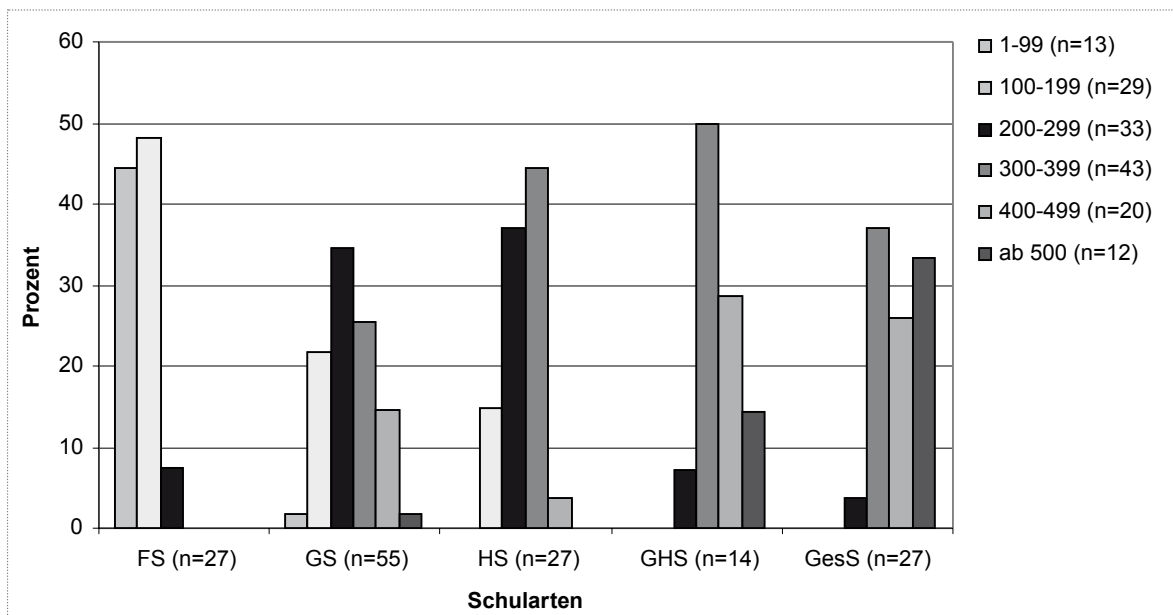


Abbildung 3: Verteilung von Schulgrößen (Anzahl der Schülerinnen und Schüler) nach Schularten (N=150)

Über alle Schularten hinweg liegt bei rund der Hälfte der Schulen der Anteil von Migranten- oder Ausländerschülern<sup>40</sup> unter 10%. Rund 20% der Schulen jeder Schulart haben einen Migrantenanteil von 10-20%. Da der Migrationshintergrund erst vor kurzem als statistisches Merkmal in die Schulstatistiken des Landes aufgenommen wurde und zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht in den offiziellen Datensätzen verfügbar war, können die Angaben hier nur auf ausländische Kinder



bezogen werden. Im Fragebogen selbst wurde zwar auch an die Schulleitung die Frage gerichtet, wie hoch der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler sei, diese Daten weichen allerdings zum Teil erheblich von den offiziellen Schulstatistiken ab. Inwieweit es sich hier um ein Resultat des unterschiedlichen Begriffsverständnisses (Ausländer im aufenthaltsrechtlichen Sinne vs. Schüler mit Migrationshintergrund) handelt oder ob es tatsächlich eine erhebliche Unklarheit über den Ausländeranteil in der Schülerschaft bei den Schulleitungen gibt, ist nicht zu beantworten. Es gibt keinen statistischen Zusammenhang zwischen dem Ausländeranteil und der Schulgröße. Bei etwa Zweidrittel aller Schulen liegt der Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schüler unter 10%.

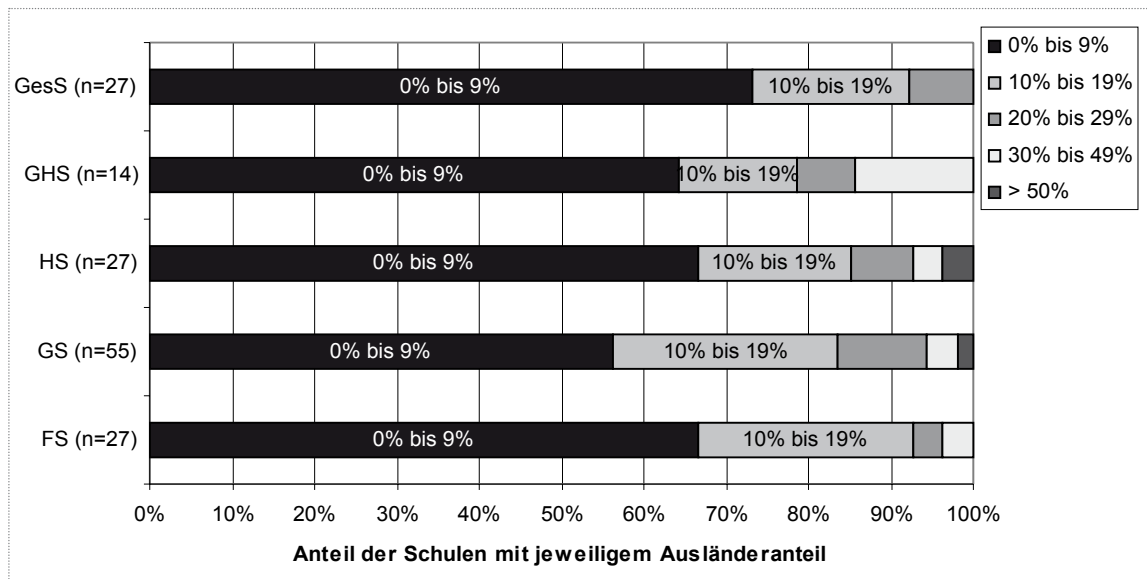


Abbildung 4: Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an den verschiedenen Schultypen (N=150)

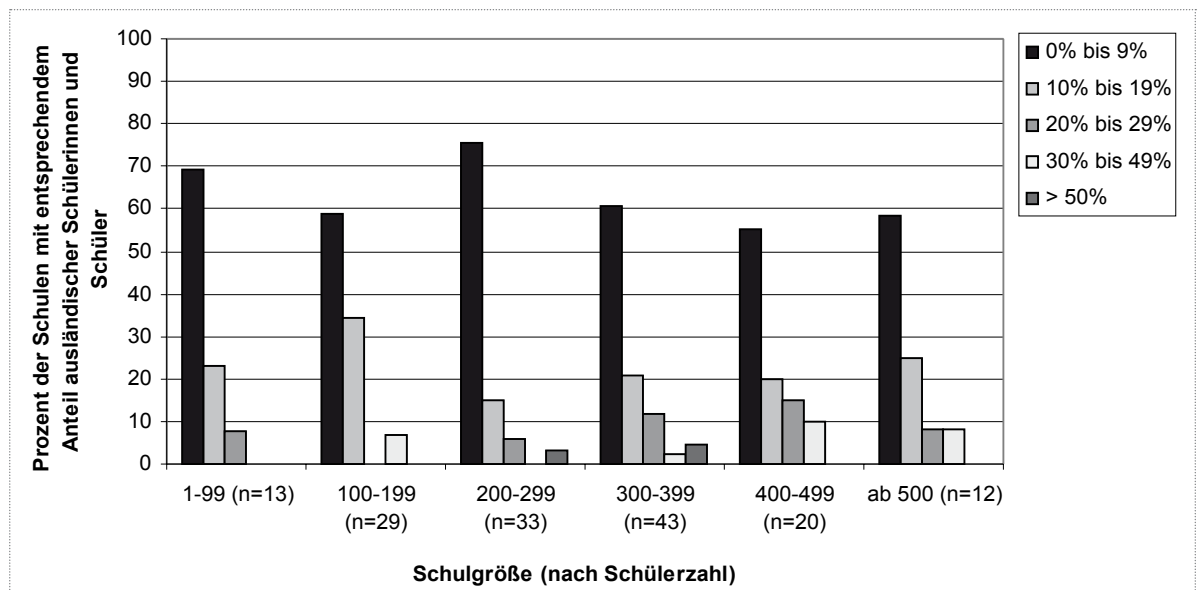


Abbildung 5: Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler nach Schulgröße (N=150)

<sup>40</sup> Schüler mit Migrationshintergrund und Ausländer werden im Folgenden nicht explizit unterschieden, da die Konzeption des Fragebogens Interpretationsmöglichkeiten diesbezüglich offenließ und davon ausgegangen werden muss, dass die befragten Schulen oftmals keine Unterscheidung zwischen Ausländern und Schülern mit Migrationshintergrund machten. In Zukunft sollen die Schulmeldestatistiken genauer zwischen ausländischer Herkunft und Migrationshintergrund differenzieren, diese Änderung wurde allerdings erst nach Aussendung der Befragung initiiert, so dass die vorliegende Untersuchung nach wie vor mit den alten Bezugsgrößen rechnen muss.

#### 4.4.3 Einschätzung der Wichtigkeit interkultureller Aktivitäten und Projekte

Die zentrale Frage der Explorationserhebung lautete „Wie wichtig sind Aktivitäten zur Interkulturellen Bildung und zur Integration im Schulalltag Ihrer Schule?“ Bezogen auf diese allgemeine Wichtigkeitseinschätzung wurde zunächst untersucht, ob es einen Unterschied in der Einschätzung der verschiedenen Schularten und Schulgrößen in der Wichtigkeit von Projekten/Aktivitäten zur interkulturellen Bildung und Integration gibt. In einer anderen rheinland-pfälzischen Studie (Ganztagsschule 2007) wurde zwar festgestellt, dass die Ganztagsschule in der Wahrnehmung des Lehrpersonals einen positiven Effekt auf das soziale und interkulturelle Lernen der Kinder habe. Wie dies zustande kommt und zu erklären ist, wird allerdings nicht näher untersucht (vgl. 2007: 28).

Die Schulleitung sollte die subjektive Wichtigkeit interkultureller Bildungsaktivitäten auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 10 (sehr wichtig) einschätzen. Die Grundverteilung zeigt, dass es hier durchaus unterschiedliche Einschätzung gibt:

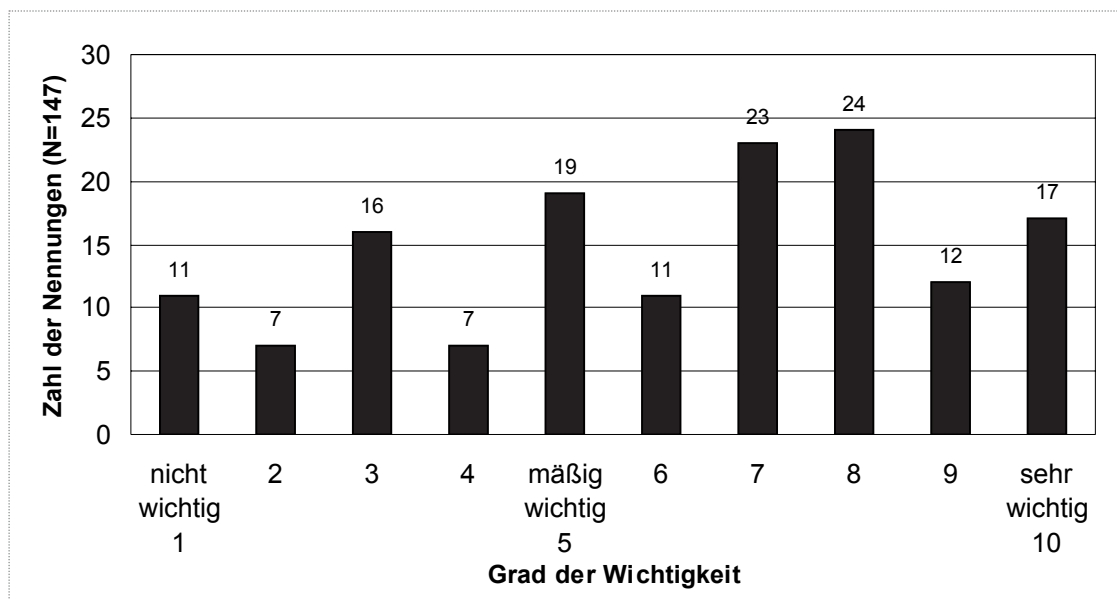


Abbildung 6: Wichtigkeitsbeurteilung interkultureller Bildungsaktivitäten bei 147 Ganztagsschulen

Nun sagt diese grobe allgemeine Einschätzung noch wenig darüber aus, was hinter den relativen Einschätzungen steht. Deutlich wird allerdings bereits hier, dass interkulturelle Aktivitäten keineswegs pauschal als bedeutsam erachtet werden. Um eine klarere Kontrastierung zu erreichen zwischen jenen Schulen, die solchen Aktivitäten **eindeutig** eine Wichtigkeit beimessen und jenen, die das **eindeutig nicht** so sehen, wurde die Einteilung in zwei Lager (wichtig / unwichtig) zugespitzt. Dabei wurden die mittleren, ambivalenten Werte 5 und 6 nicht einbezogen, um tatsächlich nur jene Schulen zu berücksichtigen, die sich zur Globalfrage „Wie wichtig erachten Sie Aktivitäten zur interkulturellen Bildung und Integration an Ihrer Schule?“ eindeutig äußern. Das sind letztlich 117 Schulen. Aufgefächert nach unterschiedlichen Schultypen stellt sich die Wichtigkeitsbeurteilung nunmehr folgendermaßen dar (siehe Abbildung 7):

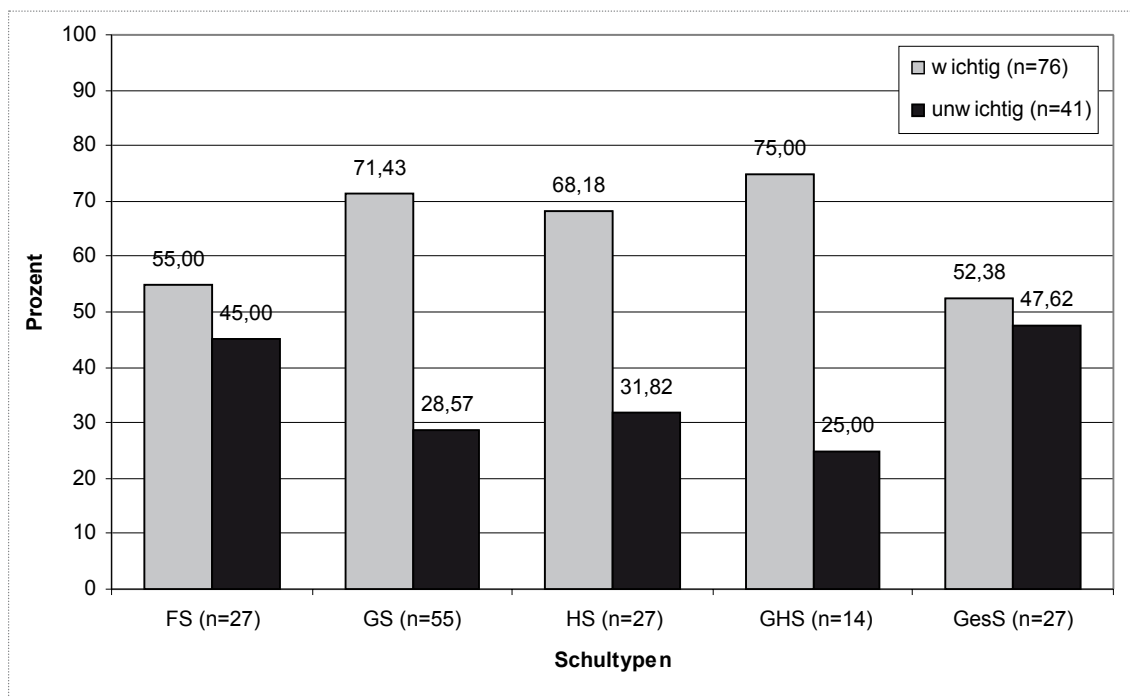


Abbildung 7: Wichtigkeitsempfinden von interkultureller Bildung nach Schultypen (N=117)

Über alle Schultypen hinweg werden spezifische Aktivitäten zur interkulturellen Bildung mit über 50% als wichtig beurteilt. Am stärksten ist das bei den Grundschulen und Hauptschulen (in getrennter und gemeinsamer Organisationsform) ausgeprägt, die solche Aktivitäten zu mehr als zwei Drittel für wichtig erachten. An Förderschulen und Gesamtschulen wird das nur in der Hälfte der Schulen so gesehen. Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, dass die Wichtigkeit interkultureller Aktivitäten vor allem bei jüngeren Schulkindern gesehen wird und in höheren Jahrgangsstufen abgeschwächt wird. Das spiegelt auch die allgemeine Forderung nach einem möglichst frühen Beginn interkultureller Bildung wider.

Rund zwei Drittel der Schulen mit 100-500 Schülern erachten interkulturelle Aktivitäten als wichtig, und in den größeren Schulen mit mehr als 500 Schülern sind es ebenfalls mehr als 50%. Dagegen werden Aktivitäten zur interkulturellen Bildung und Integration an kleinen Schulen mit unter 100 Schülern weniger wichtig eingeschätzt, wie Abbildung 8 zeigt. In Abbildung 1 wurde bereits festgestellt, dass in der Teilgruppe der „kleinen Schulen“ rund die Hälfte Förderschulen sind. Bei diesem Schultyp gibt es offenbar eine geringere Wichtigkeitsbeurteilung für interkulturelle Projekte und Aktivitäten, als an anderen (größeren) Schulen. Dies ließe sich damit erklären, dass andere förderpädagogische Schwerpunktsetzungen wichtiger sind als die Interkulturalitätsthematik. Die zurückhaltendere Wichtigkeitsbeurteilung bei den Förderschulen ist vermutlich anderen pädagogischen Zielprioritäten und der vergleichsweise geringen Schülerzahl an den Schulen zuzuschreiben, die eine intensivere Einzelbetreuung zulassen und aufgrund des förderpädagogischen Ziels auch nahelegen.

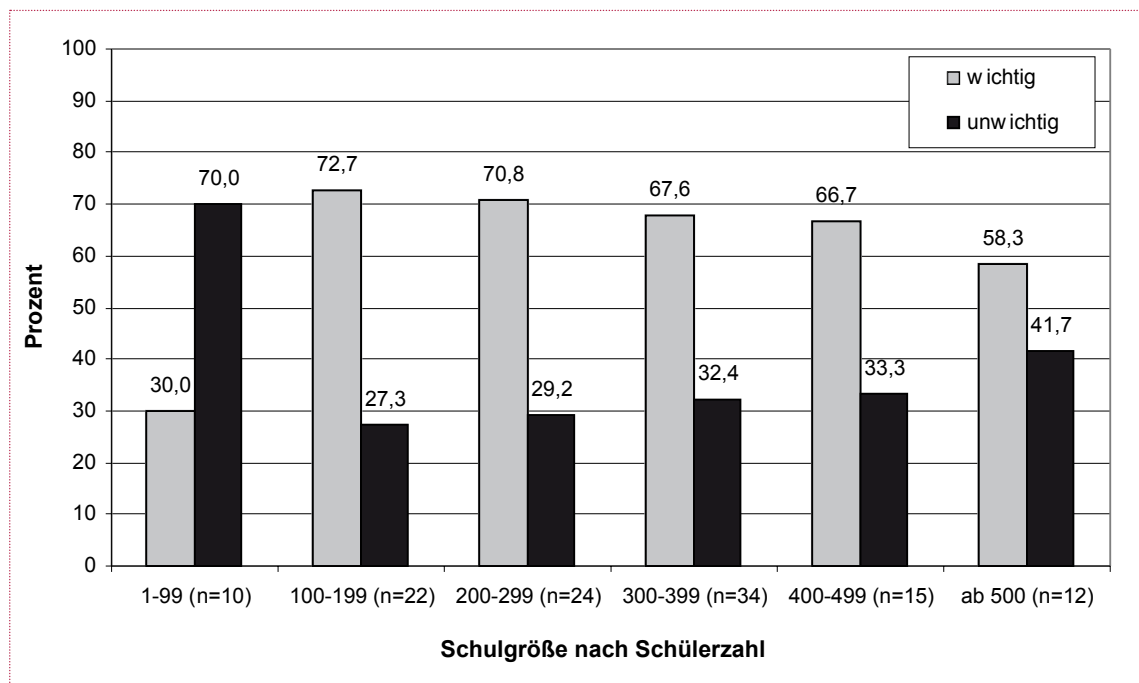


Abbildung 8: Wichtigkeitsempfinden von Aktivitäten zur interkulturellen Bildung und Integration nach Schulgröße (N = 117)

Es lässt sich nun weiter fragen, wodurch sich die insgesamt relativ hohe Wichtigkeitseinschätzung interkultureller Aktivitäten und Projekte an Ganztageschulen erklären lässt. Zunächst soll geklärt werden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Ausländeranteil unter den Schülerinnen und Schülern und der Beurteilung der Wichtigkeit von Projekten besteht. Dieser Zusammenhang begründet sich zunächst einmal aus der Vermutung, dass an Schulen mit geringem Anteil ausländischer Schülerinnen und Schülern auch eine geringere Sensibilität für interkulturelle Bildungsfragen besteht oder diese ganz einfach nicht als relevant wahrgenommen werden. Auch wenn man in der interkulturellen Pädagogik heute zwar nicht mehr von einer „speziellen Zielgruppenproblematik“ spricht, ist dieser Zusammenhang in der Alltagswahrnehmung dennoch latent vorhanden und insofern zu überprüfen. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die Einschätzung der Wichtigkeit mit wachsendem Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler zunimmt (Abbildung 9). Von den Schulen mit unter 10% Ausländeranteil unter allen Schülern beurteilen mehr als die Hälfte der Schulen interkulturelle Aktivitäten als wichtig. Bei Schulen mit 20% und mehr Ausländeranteil ist das sogar bei rund 80% der Fälle so. Diese insgesamt hohe Wichtigkeitsbeurteilung ist allerdings nicht so zu interpretieren, dass interkulturelle Aktivitäten erst mit einem hohen Anteil ausländischer Schülerinnen und Schülern in das Blickfeld rücken, sondern dass diese offenbar unabhängig von der Schülerzusammensetzung bereits grundsätzlich eine hohe Relevanz besitzen. In einer optimistischen Interpretation ließe sich schlussfolgern, dass Schulen den allgemeinbildenden Kern interkultureller Bildungsaktivitäten weitgehend unabhängig von der quantifizierbaren Ausländerpräsenz erkannt haben und nicht ausschließlich als zielgruppenspezifische Pädagogik sehen. Damit wären diese Schulen der öffentlichen Diskussion, die interkulturelle Bildungsarbeit überwiegend noch als „Brennpunktbildung an Migrantenschulen“ versteht, womöglich sogar ein Stück voraus.

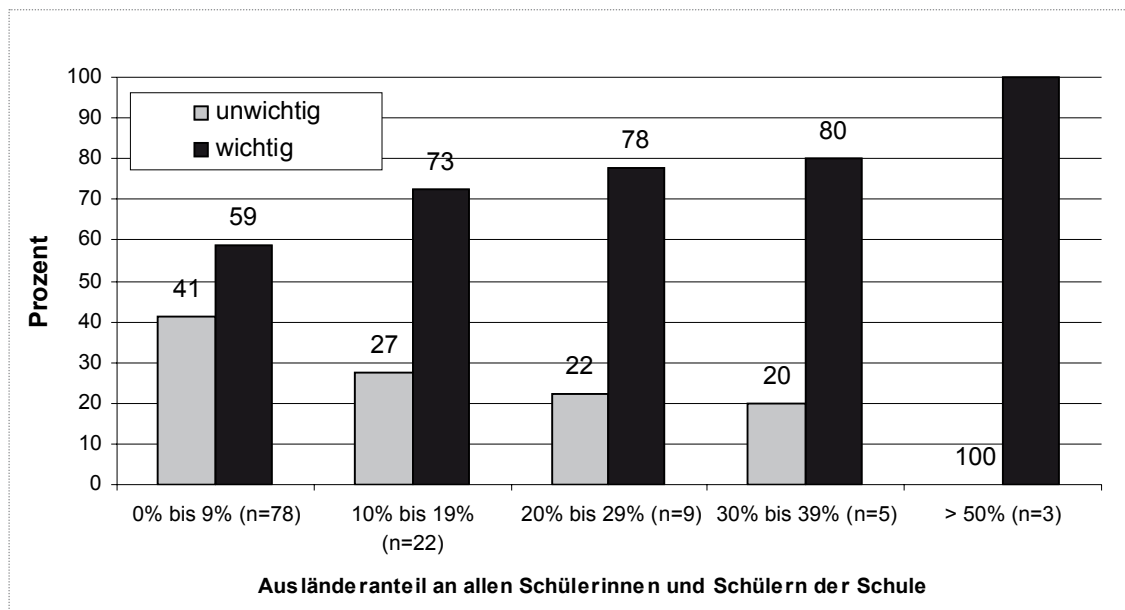


Abbildung 9: Wichtigkeitsempfinden von interkultureller Bildung nach Ausländeranteil (N = 117)

#### 4.4.4 Realisierung und Erwünschtheit verschiedener Aktivitätsfelder der interkulturellen Bildung

Wenn Schulen interkulturelle Projekte mehrheitlich als wichtig empfinden, kann davon ausgegangen werden, dass diese Schulen solche Projekte auch schon durchführen oder es zumindest für erstrebenswert halten, solche zu initiieren. Es wurde daher in der Studie genauer untersucht, in welchen Bereichen bereits Aktivitäten zur interkulturellen Bildung durchgeführt und/oder wo sie als wünschenswert erachtet werden. Es konnten Mehrfachnennungen abgegeben werden, so dass an einer Schule unter Umständen schon mehrere Aktivitäten in verschiedenen Bereichen laufen und andere Projekte erwünscht sind<sup>41</sup>. Es ist davon auszugehen, dass dort, wo Aktivitäten bereits stattfinden, diese seitens der Schule auch prinzipiell erwünscht sind. Wenn zum betreffenden Bereich keine Antwort gegeben wurde, heißt das, dass hier keine Aktivitäten stattfinden und auch nicht angestrebt werden.

Insgesamt gaben 98 der 150 antwortenden Schulen an, dass sie spezifische Aktivitäten im Bereich der interkulturellen Bildung durchführen. Unter Berücksichtigung der Mehrfachnennungen werden insgesamt 395 schon existierende Aktivitäten benannt. In weiteren 394 Nennungen werden Wünsche nach entsprechenden Projekten genannt.

<sup>41</sup> Aufgrund der Erhebungsmethode kann nicht eindeutig analysiert werden, ob Schulen, die in einem bestimmten Bereich bereits Aktivitäten durchführen womöglich noch weitere Aktivitäten im gleichen Bereich wünschen. Das wäre prinzipiell möglich. Es wurde hier jedoch davon ausgegangen, dass entweder schon Aktivitäten in einem bestimmten Bereich bestehen oder nicht, und nur im letzteren Fall solche Aktivitäten grundsätzlich aber als wünschenswert benannt werden konnten.

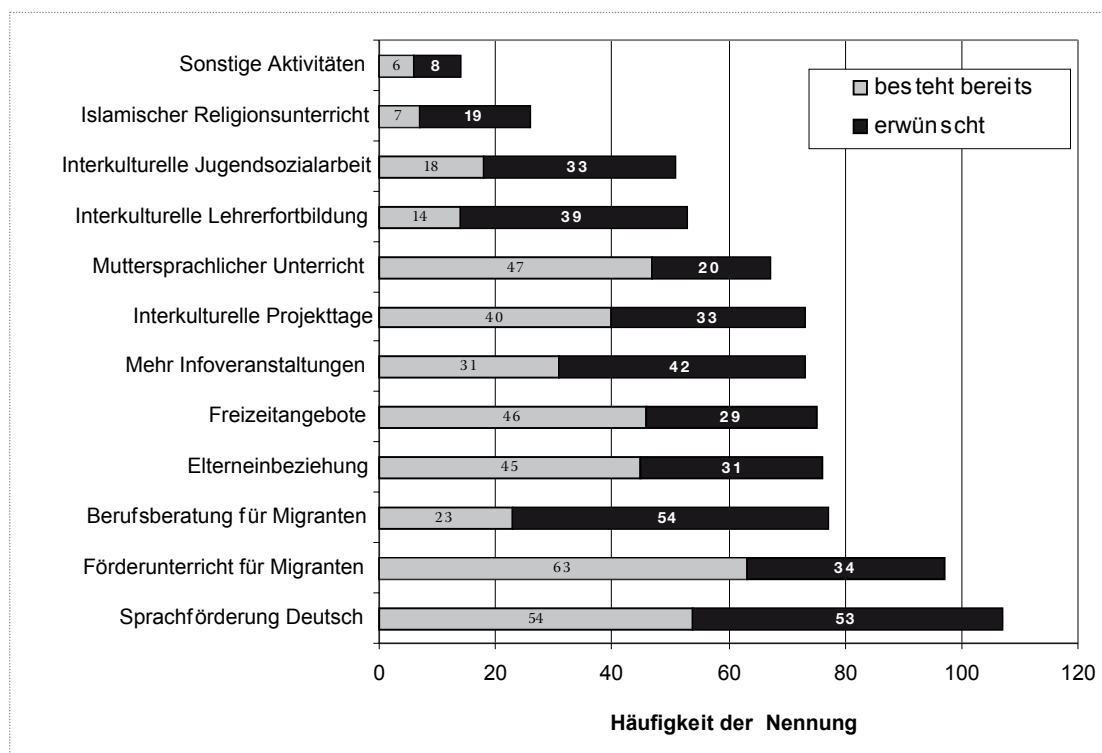


Abbildung 10: Existierende und erwünschte Aktivitäten zur interkulturellen Bildung (Mehrfachnennungen insgesamt 789 Nennungen, davon 395 für existierende und 394 für erwünschte Aktivitäten)

Abbildung 10 zeigt, in welchen Bereichen derzeit interkulturelle Bildungsprojekte bereits durchgeführt werden und in welchen sie von den Schulen erwünscht sind. Die meisten Bereiche betreffen interkulturelle Bildungsaktivitäten und Projekte für Schülerinnen und Schüler. Andere Handlungsbereiche beziehen sich eher auf Aktivitäten im Schulsystem im weiteren Sinne, wozu beispielsweise interkulturelle Fortbildungsangebote für Lehrpersonal oder eine aktivierende Elternarbeit gehören.

Um die absoluten Häufigkeiten besser beurteilen zu können, wurden sie zum Gesamtrücklauf der antwortenden Schulen in Bezug gesetzt (Abbildung 11). Daraus ergibt sich ein genaueres Bild, wie hoch die Relevanz bestimmter Aktivitäten unter allen Schulen eingeschätzt wird. Je nach Anzahl der Schulen, die in einem bestimmten Bereich schon Aktivitäten durchführen oder diese wünschen, kann der Realisierungsgrad bzw. der Erwünschtheitsgrad höher oder niedriger ausfallen. So entsprechen beispielsweise Aktivitäten zur „Sprachförderung in Deutsch“ mit 54 Nennungen einem Realisierungsgrad von 36%. Ein weiteres Drittel bzw. 53 Schulen wünschen in diesem Bereich Aktivitäten, was einem Erwünschtheitsgrad von 35,8% entspricht. Das heißt also, dass insgesamt rund 70% aller antwortenden Schulen in diesem Bereich Aktivitäten unterhalten oder wünschen. Die Aktivitäten sind aufsteigend geordnet. Die hellen linksbündigen Balken betreffen den Realisierungsgrad, also den Anteil an Schulen, die in dem betreffenden Bereich schon Aktivitäten durchführen. Die sich rechts anschließenden dunklen Balken bezeichnen den Erwünschtheitsgrad, also den Anteil der Schulen, die sich hier Aktivitäten wünschen würden.

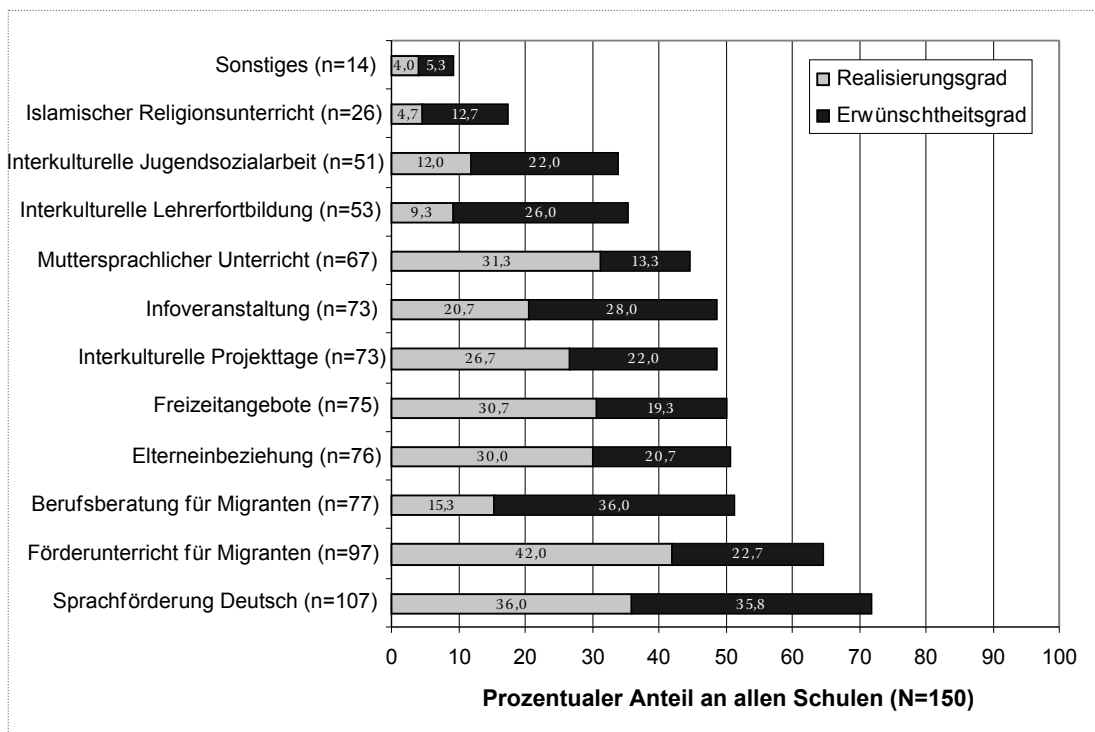


Abbildung 11: Anteile der bestehenden und gewünschten Aktivitäten zur interkulturellen Bildung an allen Schulen

Beim Förderunterricht für Migranten ist der Realisierungsgrad im Vergleich zu den anderen Kategorien mit 42% am höchsten. Der größte Bedarf an interkulturellen Bildungsprojekten (nach tatsächlichem Bestehen und Erwünschtheitsgrad) wird allerdings in der Förderung der deutschen Sprache gesehen. D.h. von den 150 Schulen messen 70% (107 Schulen) diesem Bereich eine hohe Bedeutung bei, während er für die restlichen 30% der Schulen nicht explizit genannt wird. Abgesehen vom islamischen Religionsunterricht, der im Gegensatz zur großen öffentlichen Aufmerksamkeit dieser Thematik an den Ganztagessschulen in Rheinland-Pfalz nur wenig praktiziert und auch nicht als besonders stark erwünscht beurteilt wird, weisen alle anderen Bereiche Erwünschtheitsgrade von rund 20% und mehr auf. Mit anderen Worten: Alle erfragten Bereiche interkultureller Bildungsaktivitäten haben ein großes Bereitschaftsreservoir an noch nicht realisierter interkultureller Bildung, was als Hinweis auf die Ausbaufähigkeit (und -notwendigkeit) dieses pädagogischen Handlungsfeldes interpretiert werden kann. Besonders stark fällt das bei dem hohen Bedarf an Berufsberatungsangeboten für jugendliche Migranten und Ausländer auf<sup>42</sup>. Ferner sind im Bereich der interkulturellen Jugendsozialarbeit mit 12% bislang wenige Aktivitäten vorzufinden, während der Wunsch nach solchen Angeboten deutlich höher liegt (22%). Auch für die interkulturelle Fortbildung von Lehrkräften ist der Wunsch nach mehr Angeboten (26%) deutlich höher als der Realisierungsgrad (9%).

<sup>42</sup> Hier ist auf die zunächst paradoxe Situation hinzuweisen, dass nicht nur für Hauptschulen, sondern auch für Grundschulen eine relativ hoher Erwünschtheitsgrad für Berufsberatungsangebote vorliegt. Da Grundschüler jedoch kaum als Zielgruppe von Berufsberatungsangeboten gelten können, ist dieser Wert nur so zu interpretieren, dass die Schulleitungen bei der Frage nach der Erwünschtheit solcher Aktivitäten nicht (nur) an die konkrete Situation ihrer eigenen Schule denken, sondern offenbar allgemeine Bedarfseinschätzungen für das Schulsystem insgesamt vornehmen.

Bei der Untersuchung der Aktivitäten bezogen auf die Schultypen wird deutlich, dass die Grundschulen besonders starken Wunsch nach Durchführung und Ausbau von interkulturellen Projekten äußern. Hier liegen die Grund- und Hauptschulen mit 75% vor den der Grundschulen (71%). Grundschulen legen vor allem Wert auf den Einbezug der Eltern (46,1%), Förderunterricht (47,4%). An den Hauptschulen sind Angebote zur Berufsberatung und Freizeitangebote mit interkultureller Ausrichtung besonders erwünscht und an Gesamtschulen werden bei 20% der Schulen Lehrerfortbildungen besonders betont.

Insgesamt lassen sich – abgesehen von den genannten Tendenzen – keine eindeutigen statistischen Unterschiede in den Präferenzen zwischen den verschiedenen Schultypen erkennen. In der Gesamtbetrachtung kann man allerdings davon ausgehen, dass an den Förder- und Grundschulen eher schülerbezogene und curriculare Aktivitäten betont werden. Bei den Schultypen mit älterer Schülerschaft (Hauptschulen, Gesamtschulen) stehen eher solche Aktivitäten im Vordergrund, die sich stärker auf das Gesamtsystem „Schule“ und die außerschulische Lebenswelt beziehen, etwa die Kooperation mit der Jugendsozialarbeit oder die interkulturelle Fortbildung der Lehrkräfte.

#### 4.4.5 Kooperationen mit außerschulischen Partnern im Bereich der interkulturellen Bildung

Rund die Hälfte der Schulen, die Aktivitäten im Bereich der interkulturellen Bildung durchführen, kooperieren dabei auch mit anderen Organisationen, und teilweise haben Schulen dabei mehrere Kooperationspartner<sup>43</sup>. Verteilt auf die verschiedenen Schularten unterhalten 48 Schulen insgesamt 67 Einzelkooperationen. Die getrennten Grundschulen und Hauptschulen haben oft Kooperationspartner für interkulturelle Bildungsaktivitäten, während das bei den Förderschulen und kombinierten Grund- und Hauptschulen seltener der Fall ist.

| Schultyp                                   | Kooperation |           | Gesamt     |
|--|-------------|-----------|------------|
|  | nein        | ja        |            |
| Förderschulen staatlich und privat         | 22          | 5         | 27         |
| Grundschulen                               | 35          | 20        | 55         |
| Hauptschulen                               | 14          | 13        | 27         |
| Grund- und Hauptschulen                    | 12          | 2         | 14         |
| Gesamtschulen (inkl. reg. Schule, RS, IGS) | 19          | 8         | 27         |
| <b>Gesamt</b>                              | <b>102</b>  | <b>48</b> | <b>150</b> |

Tabelle 2: Kooperationen für interkulturelle Aktivitäten in den verschiedenen Schultypen

<sup>43</sup> 49% entsprechen 48 Schulen bzw. einem Anteil von 32% aller befragten Schulen.



Es sind überwiegend die großen Schulen mit 300 und mehr Schülern, die ihre Aktivitäten im Rahmen von Kooperationen durchführen, es gibt aber keinen direkten statistischen Zusammenhang zwischen Schulgröße und den Kooperationen. Es gibt indessen einen kaum überraschenden signifikanten Zusammenhang (Pearson 0.442) zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Kooperationsbereitschaft. Schulen, die Kooperationen unterhalten, erachten Aktivitäten zur interkulturellen Bildung in der Regel als wichtig, während an Schulen mit geringerer Wichtigkeitseinschätzung auch seltener Kooperationen zu finden sind. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass immerhin 40 Schulen, die bisher keine Kooperationen unterhalten, Aktivitäten zur interkulturellen Bildung als wichtig/sehr wichtig erachten; hier wäre möglicherweise ein Potenzial für die Initiierung weiterer Kooperationen zu sehen.

| Wichtigkeit Interkultureller Bildung | Kooperation |    | Gesamt |
|--------------------------------------|-------------|----|--------|
|                                      | nein        | ja |        |
| nicht wichtig                        | 18          | 0  | 18     |
| weniger wichtig                      | 18          | 5  | 23     |
| teils teils                          | 23          | 7  | 30     |
| wichtig                              | 31          | 16 | 47     |
| sehr wichtig                         | 9           | 20 | 29     |
| <b>Gesamt</b>                        | 99          | 48 | 147    |

Tabelle 3: Wichtigkeitseinschätzung interkultureller Bildung in Abhängigkeit von Kooperationen

Knapp 60% der Kooperationen, die an den Schulen durchgeführt werden, wurden von den Schulen selbst initiiert, ihr Kooperationswille ist demnach als hoch einzuschätzen. Bei differenzierter Betrachtung der verschiedenen Aktivitätsbereiche interkultureller Bildung scheint es keine eindeutigen Unterschiede zu geben, was die Kooperationsneigung betrifft. In allen Bereichen werden die Aktivitäten etwa zur Hälfte aller Nennungen allein und zur Hälfte in Kooperation mit außerschulischen Partnern durchgeführt.

Es wurde auch untersucht, mit welchen Partnern die Kooperationen erfolgen. Die nicht so seltenen Kooperationsaktivitäten zur interkulturellen Bildung werden allerdings nur zu einem geringen Teil (22%) tatsächlich mit Migrantenorganisationen im engeren Sinne (wozu hier auch Ausländerbeiräte gezählt werden) durchgeführt, sondern überwiegend mit etablierten freien und öffentlichen Trägern der Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe. Migrantenorganisation werden von den Schulen offenkundig nicht als erste Adresse für interkulturelle Bildungsaktivitäten wahrgenommen.

Es kann zwar zu einem gewissen Maße davon ausgegangen werden, dass auch bei den anderen außerschulischen Kooperationspartnern gelegentlich Fachkräfte mit Migrationshintergrund einbezogen werden. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass auch die meisten etablierten Träger der

Jugendarbeit und Wohlfahrt noch ein gutes Stück von einer umfassenden interkulturellen Öffnung entfernt sind und gerade unter den haupt- und ehrenamtlichen pädagogischen Fachkräften der Anteil von Migrantinnen eher gering sein dürfte, kann davon ausgegangen werden, dass hier überwiegend deutsche Fachkräfte aktiv sind und nur in Einzelfällen auch Personen mit Migrationshintergrund. Unter dem Gesichtspunkt der Partizipation von Migrantinnen und Migranten kann die Zusammenarbeit mit etablierten deutschen Trägern also nur bedingt als partizipatives Kooperationsmodell gesehen werden.

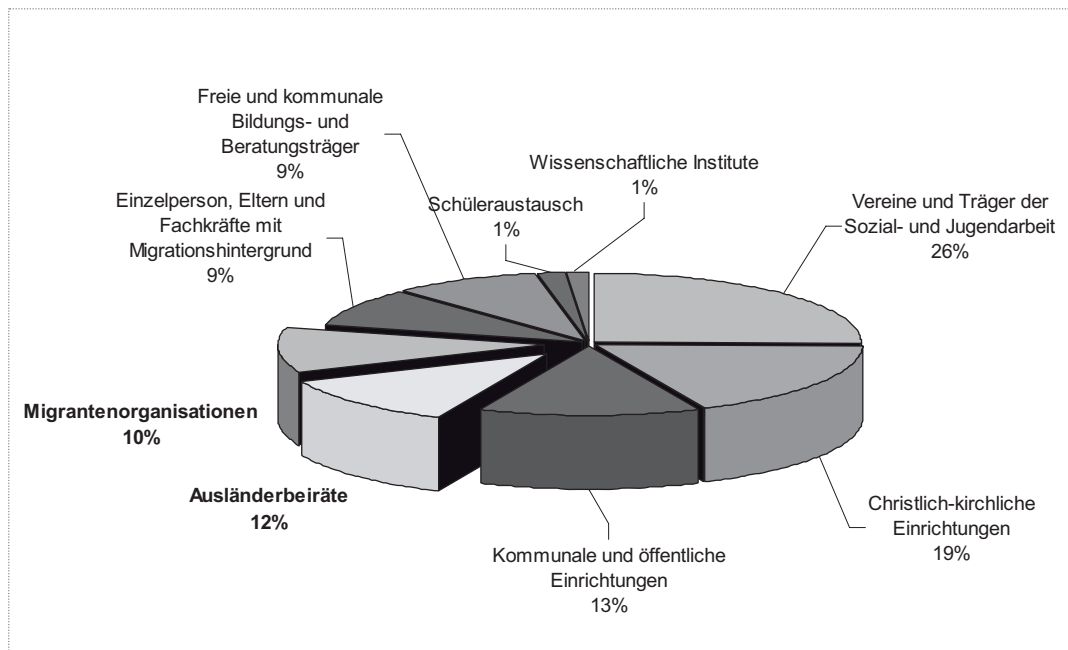


Abbildung 12: Die verschiedenen Kooperationspartner der Ganztagschulen (= 182 Kooperationen)

Die Kooperationsstrukturen der Ganztagschulen im speziellen Handlungsfeld der interkulturellen Bildung lassen sich zusammenfassend nur schwer interpretieren: Zunächst bleibt festzustellen, dass die uns besonders interessierenden Migrantenorganisationen, von denen viele sich einem interkulturellen Bildungsziel verpflichtet fühlen, bisher nur relativ selten und wenn, dann eher zufällig von den Schulen als Partner einbezogen werden. Von etablierten kooperativen Strukturen kann jedenfalls nicht ausgegangen werden. Die Kooperationsneigung ist an jenen Schulen am ausgeprägtesten, die der Wichtigkeit interkultureller Bildung eine hohe Bedeutung beimessen und dazu auch proaktiv selbst Kooperationen initiieren.

#### 4.4.6 Realisierungshindernisse für Kooperationsprojekte

Die Initiierung und dauerhafte Durchführung spezifischer interkultureller Aktivitäten ist also voraussetzungsreich, gerade wenn dies auch in Kooperation mit außerschulischen Partnern erfolgen soll. Selbst wenn man mit der Mehrzahl der Expertinnen und Experten der interkulturellen Pädagogik dafür plädiert, dass der gesamte Schulprozess unter einer interkulturellen Perspektive zu betrachten und zu gestalten ist (Boller et al. 2007), muss doch wohl konstatiert werden, dass interkulturelle Aktivitäten derzeit noch eher als spezifische, mehr oder minder stark curricular integrierte Zusatzaktivitäten organisiert sind.

Sofern man in der Einrichtung interkultureller Aktivitäten im Ganztagschulgeschehen zunächst also eine Aufgaben- und Handlungsfelderweiterung der Schulen sieht, muss auch untersucht werden, welche Gründe und Hindernisse aus Sicht der Schulen möglicherweise der Implementierung im Wege stehen. Besondere Erschwernisse oder gar Verhinderungsgründe können zum einen in der regelmäßig beklagten Ressourcen- und Kapazitätsknappheit liegen. Darüber hinaus wäre auch nach inhaltlichen Passungsproblemen zu fragen und schließlich auch nach motivationalen Hindernissen, sei es auf Seite des Lehrpersonals oder auf Seite der Adressaten der Bildung, der Schülerschaft und ihrer Eltern. In der Explorationsstudie wurden die Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz gefragt, welche Hindernisse aus institutioneller Sicht der Schulen derzeit die Initiierung von Kooperationen zur interkulturellen Aktivitäten verhindern oder die Umsetzung erschweren.

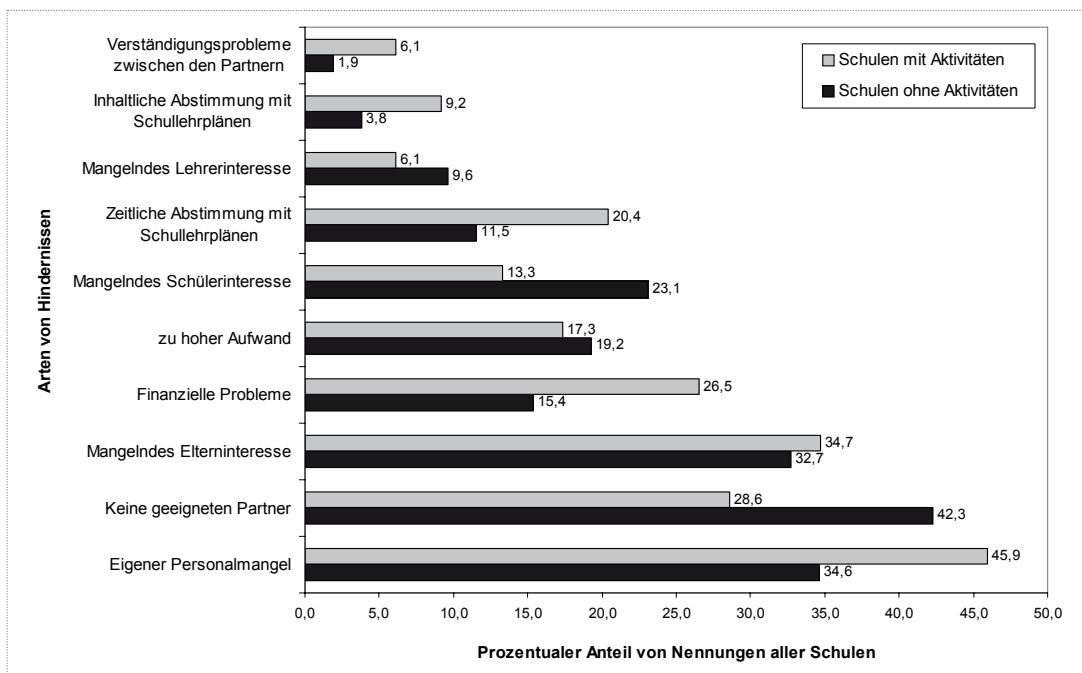


Abbildung 13: Hindernisse bei der Initiierung und Durchführung interkultureller Aktivitäten (N = 147)

Bei den 98 Schulen, die laut Selbstauskunft interkulturelle Aktivitäten durchführen, ist der Personalmangel in 46% der Fälle das größte Hindernis. Mangelndes Elterninteresse, das Fehlen geeigneter Partner und Finanzierungsprobleme rangieren ebenfalls bei vielen Schulen als erhebliches Hindernis. Bei den Schulen, die keine interkulturellen Aktivitäten durchführen (52), geben über 40% Prozent an, keine geeigneten Partner für solche Aktivitäten zu haben. Auch bei diesen Schulen kommen ferner Personal- und Geldmangel als Hinderungsgründe hinzu. Neben diesen durchaus erwartbaren Ressourcen- und Kontaktproblemen ist ein Blick auf die schulinterne Verankerung und diesbezügliche Probleme aufschlussreich. Rund ein Viertel (23 %) der Schulen, die keine Aktivitäten unterhalten, begründen dies u.a. mit mangelndem Schülerinteresse (wobei unklar ist, wie die Schulen diesen Interessenmangel selbst feststellen und erheben), das ebenfalls erforderliche Engagement und Interesse des Lehrpersonals wird hingegen kaum als ein Hindernis problematisiert. Schulen mit interkulturellen Aktivitäten haben gelegentlich Schwierigkeiten, solche Aktivitäten zeitlich in die regulären Lehrpläne einzubetten, denn das wird immerhin in 20% der Fälle als Problem benannt. Die inhaltliche Einbettung scheint indessen kein besonders großes Hindernis darzustellen.

#### 4.5 Gesamtbetrachtung zur Partizipation im Bildungsbereich

Die Zahl der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz und die initiierten Kooperationen mit außerschulischen Partnern sind insgesamt auf einem hohen Niveau und entwickeln sich rasch fort. Während die Beteiligung der Jugendsozialarbeit oder die Mitwirkung der großen Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Ganztagsschulprozess weithin akzeptiert scheint und dazu der Fachwelt regelmäßig Modellprojekte und Praxisbeispiele vorgestellt werden, gibt es zur Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und zum Stellenwert spezifisch interkulturell orientierter Aktivitäten an den Ganztagschulen bisher kaum fundierte Erkenntnisse.

Der Stellenwert interkultureller Bildungsaktivitäten im Allgemeinen kann als hoch eingeschätzt werden, das zeigen die hohen Wichtigkeitswerte aus der Schulbefragung. Auch die Migrantenorganisationen sehen in der Bildung eines ihrer wichtigen Handlungs- und Betätigungsfelder. Die beiden Fallstudien machen allerdings auch deutlich, dass viele Migrantenorganisationen oft mit einer geringen Flexibilität oder gar Widerständen etablierter Bildungsakteure rechnen müssen, insbesondere dann, wenn mit dem Engagement nicht nur kompensatorische Dienste wie zusätzlicher Förder- und Sprachunterricht angeboten werden soll, sondern auch kulturspezifische Identitätsarbeit wie z.B. der Religionsunterricht.

Über alle Schultypen hinweg wird interkulturellen Aktivitäten, seien sie curricular verankert oder ergänzend zum Schulunterricht angeboten, eine hohe Wichtigkeit beigemessen. Deutlich geringere Wichtigkeit wird interkulturellen Aktivitäten an kleinen Schulen mit weniger als 100 Schülern eingeräumt, von denen viele Förderschulen sind. Hier scheint entweder die pädagogische Zielbestimmung anders ausgerichtet zu sein, oder die relativ kleine Schülerzahl erlaubt einen Unterricht, der nach Ansicht der Schulen möglicherweise keiner zusätzlichen Betonung der interkulturellen Dimension bedarf. Ein weiterer Grund könnte darin bestehen, dass die Kooperation mit außerschulischen Partnern für Förderschulen aufgrund der besonderen Bedürfnisse der Schüler schwieriger umzusetzen ist als an Regelschulen.

Die Realisierung von interkulturellen Aktivitäten ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während viele Schulen (durchschnittlich etwa 50%) bereits kompensatorische Maßnahmen in Form von ergänzendem Sprachunterricht in deutscher Sprache und Förderunterricht anbieten, sind andere Aktivitätsbereiche, etwa interkulturelle Projektetage oder Veranstaltungen zur interkulturellen Lehrerbildung schon seltener zu finden. Bemerkenswert ist der ausgeprägte Wunsch der Ganztagschulen, mehr interkulturelle Aktivitäten anzubieten. Hier ist ein großes, ungenutztes Potenzial für die Förderung und Intensivierung interkultureller Bildung zu erkennen, das sich auf alle Aktivitätsbereiche beziehen lässt. Besonders hoch ist die Diskrepanz zwischen der geringen Zahl bereits bestehender Aktivitäten und einem vergleichsweise hohen Erwünschtheitsgrad für interkulturell orientierte Berufsberatung, interkulturelle Jugendsozialarbeit und interkulturelle Lehrerbildung. In diesen Feldern wäre der Mehrwert durch eine Ausweitung von kooperativer Umsetzung interkultureller Bildungsaktivitäten sicher am stärksten zu erwarten. Landesweite Projekte wie InPact haben dazu in den letzten Jahren Ansätze entwickelt, so dass zu hoffen wäre, dass Beispiele und Erfahrungen zur Kooperation mit Schulen zukünftig noch bekannter werden.

Von insgesamt fast 400 interkulturellen Bildungsaktivitäten an den Schulen findet etwa die Hälfte in Kooperation mit außerschulischen Partnern statt. Dabei handelt es sich allerdings nur selten um Migrantenorganisationen im engeren Sinne, sondern überwiegend um etablierte Träger der freien und öffentlichen Jugendarbeit und Jugendhilfe. Inwieweit dabei auch Migrantinnen und Migranten als Multiplikatoren beteiligt sind, lässt sich nur schwer abschätzen. Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen überraschend schwach ausgebildet. Die häufige Nennung von fehlenden Partnern für Kooperationen als eines der Haupthindernisse weist darauf hin, dass die Schulen offenbar nur sehr geringe Kenntnis und Information über vorhandene Migrantenorganisationen und deren Mitwirkungsbereitschaft haben. Das drückt sich auch in der Fallstudie zum Lernzirkel Ludwigshafen aus, wo der Initiator einer Bildungsmesse von der geringen Resonanz der Schulen spricht. Bedenkt man weiterhin, dass viele Migrantenorganisationen dezidiert die Bildungsarbeit als ihre Kernaufgabe betrachten (siehe Kapitel 4.1.), aber von den Schulen ganz offenkundig (noch) nicht als Partner entdeckt worden sind, ist ein Realisierungshindernis schon in dieser frühen Phase bei der Partnerschaftsanbahnung zu konstatieren. Hier könnte eine systematische Information über Angebote und Bedarfe und eine professionelle Begleitung der Kooperationsgestaltung sicherlich zu mehr Kooperationen im interkulturellen Bereich führen.

Die Kooperation mit außerschulischen Partnern mag im Einzelfall helfen, um ressourcenbezogene Engpässe der Schulen kurzfristig abzumildern. Aber es wäre zweifelsohne naiv und eine überzogene Erwartung, über den Weg der Kooperationen bestehende finanzielle und personelle Kapazitätslücken an den Schulen kompensieren zu wollen. Das Instrument der Kooperationen im Ganztagschulkontext sollte nicht für Kompensation von Strukturdefiziten missbraucht werden. Besonders relevant und nicht zwingend mit hohen Kosten verbunden sind Kooperationen hingegen, wenn es um den Zugang und die Motivation von Eltern geht, denn vielfach können Migrantenorganisationen eher oder leichter Kontakte zu den Migrantenfamilien herstellen, als die Schulen bzw. die Lehrerinnen und Lehrer.

Wie könnte nun eine konkrete Vermittlung von „Anbietern“ und „Nachfragern“ interkultureller Bildungsarbeit aussehen? Auch wenn die Vereinslandschaft der Migrantenorganisationen ebenso wie die beruflichen und gesellschaftlichen Partizipationsbedingungen der individuellen Ressourceträger mit Migrationshintergrund in Deutschland äußerst unübersichtlich sind und keine vergleichbar etablierten Verbandsstrukturen wie bei den etablierten Trägern der freien Wohlfahrtspflege existieren, gäbe es in den meisten Bundesländern durchaus Vernetzungsformen, die als zentrale Ansprechpartner auf Landesebene fungieren könnten (in Rheinland-Pfalz z.B. die Beauftragte für Migration und Integration, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz AGARP, der Landesbeirat für Migration und Integration oder die Projektgruppe InPact). Insbesondere die in den letzten Jahren entstandenen Strukturen im Bereich der beruflichen Bildung und Qualifizierung unter Beteiligung von Migrantenorganisationen könnten als Impuls dienen, um die Partizipation von Migrantenorganisationen auch in anderen Bildungsstrukturen weiter zu stärken. Bezüglich der pädagogischen Qualifizierung für die Arbeit in Schulen unterhalb des Niveaus einer Lehramtsausbildung oder eines sozialpädagogischen Studiums gibt es mittlerweile Ansätze etwa an den Universitäten Oldenburg oder Mainz (siehe auch Kapitel 6 und 7). Etwaige Bedenken der Schulleitungen könnten insofern also entkräftet werden.

## 5. Explorationsstudien zur politischen Partizipation

Insgesamt befindet sich die Institutionalisierung politischer Partizipation von Migrantinnen und Migranten derzeit in Deutschland in einem Prozess der Neudefinition und Restrukturierung von Aufgaben und Selbstverständnissen. Dieser Prozess birgt Chancen und Herausforderungen. Zu den Chancen gehört, dass die Themen Migration, Integration und Partizipation stärker in das Zentrum kommunalpolitischer Aufmerksamkeit rücken und von den kommunalpolitisch Verantwortlichen in der Regel zunehmend als Querschnittsaufgabe begriffen werden. Das hat unter anderem damit zu tun, dass den Kommunen mit dem neuen Zuwanderungsgesetz<sup>44</sup> neue und umfangreichere Aufgaben zukommen, für die es teilweise neue Strukturen zu schaffen und Expertise aufzubauen gilt (zur kommunalpolitischen Aufgabenstellung vgl. u.a. Schliesky 2005).

62

Die Herausforderungen liegen in den gewachsenen Professionalisierungserfordernissen, der Absicherung von Kontinuität und Einarbeitung in neue kommunal- und ausländerrechtliche Problemstellungen bei einem gleichzeitigen Generationswechsel in Gremien der Migrantenorganisationen sowie in der Aushandlung von Zuständigkeiten und Ressourcen für Integrationsthemen. Dabei stehen sich ehrenamtliches, projektbezogenes Engagement für integrationspolitische Initiativen einerseits und die Wahrnehmung kommunaler Pflichtaufgaben durch hauptamtliches Verwaltungspersonal gegenüber und müssen zu kontinuierlichen und tragfähigen Kooperationsformen vernetzt werden.

Neben der weiterhin ungeklärten Frage des schon lange geforderten kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer<sup>45</sup> (vgl. dazu Bauböck 2002; Birsl 2005), betreffen die derzeitigen praktischen Überlegungen zur Verbesserung der politischen Partizipation insbesondere

- › neue Gremienstrukturen wie etwa die Integrationsbeiräte, die sich mit veränderter personeller Zusammensetzung auf Grundlage von zeitlich befristeter Ernennung statt durch Wahl konstituieren und bei denen Migranten und Migrantinnen, Gemeinderatsmitglieder und andere beratende Mitglieder zusammenarbeiten,
- › veränderte, über die reine Migrationsthematik hinausreichende Aufgabenzuschitte und Zuständigkeiten im Spannungsfeld von politischer Repräsentation einerseits und praktischer sozialintegrativer Problembearbeitung drängender Handlungsfelder andererseits (z.B. Soziales, Bildung und Arbeitsmarkt, Stadtteilentwicklung) und

<sup>44</sup> In der Bundesrepublik Deutschland sind die gesetzlichen Grundlagen, die die Einreise und den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland betreffen, seit dem 01. Januar 2005 im Aufenthaltsgesetz und für Unionsbürger im Freizügigkeitsgesetz geregelt. Beide Gesetze wurden als Bestandteile des „Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ mit der amtlichen Kurzbezeichnung „Zuwanderungsgesetz“ erlassen.

<sup>45</sup> In Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer dürfen – sofern sie nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen - bei Kommunalwahlen nicht an die Urnen. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am 31. Oktober 1990 einstimmig. Die Karlsruher Verfassungsrichter erklärten damit das ehemals vorgesehene Kommunalwahlrecht für Ausländer in Schleswig-Holstein und Hamburg für mit dem Grundgesetz unvereinbar und damit bundesweit für ungültig.

- › stärkere Gewichtung neuer projektbezogener Arbeitsformen, oft in trägerübergreifender Form, anstelle von institutioneller „Bestandspolitik“ einzelner Vereine und Interessengruppen (dies betrifft auch die deutschen Wohlfahrtsverbände in ihren traditionellen arbeitsteiligen migrationsbezogenen Handlungsfeldern)<sup>46</sup>

In diesem Kapitel der Dokumentation werden die Ergebnisse aus verschiedenen Teilanalysen zur politischen Partizipation in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Zunächst wird auf zentrale Ergebnisse einer Explorationsstudie über die Rolle und Arbeit der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz eingegangen. Dazu wurden Anfang 2005, also kurz nach den Wahlen zu den Ausländerbeiräten (ABR) im November 2004, mit Mitgliedern aus sieben Beiräten im Kreis Bad Dürkheim, in den Orten Grünstadt, Hassloch, Koblenz (Einzelinterview), Neustadt, Neuwied und Speyer Gruppeninterviews geführt. Gefragt wurde u.a. nach den Aufgaben/Aktivitäten, der Selbstwahrnehmung und Erfolgseinschätzung, der Zusammenarbeit innerhalb des Beirats und mit Gemeinderäten, Bürgermeistern und anderen Organisationen sowie nach dem allgemeinen politischen Integrationsverständnis der Beiratsmitglieder. Anschließend wird eine Fallstudie lokaler Integrationspolitik aus Bad Kreuznach eingehender vorgestellt<sup>47</sup>. Sie repräsentiert exemplarisch gegenwärtige Strukturveränderungen und verdeutlicht daher nach unserer Einschätzung in besonderer Weise die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen integrationspolitischer Neuorientierung.

### 5.1 Migrantenorganisationen als kommunalpolitische Akteure und Partner

Die politische Partizipation wurde in der Vergangenheit zwar schon in mehreren Studien zur Migrantenorganisation partiell untersucht, allerdings kaum in speziellem Bezug auf die Rolle und Funktion von Ausländerbeiräten, die sich konstitutionell in mehrfacher Hinsicht von anderen Migrantenorganisationen, auch solchen mit politischem Vereinszweck, unterscheiden. Sie sind nicht an einer bestimmter Herkunftskultur ausgerichtet, sondern multikulturell konstituiert und per Definition ein kommunalpolitisches Gremium, das zumindest formal nicht ohne Weiteres durch die aufnahmegesellschaftlichen Akteure ignoriert werden kann. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Netzwerktypen, die sich eher an der Bindung zur Herkunftskultur oder an der Vernetzung mit der Aufnahmegesellschaft ausrichten können, gehören Ausländerbeiräte und Integrationsbeiräte eindeutig zum zweiten Typus, wenngleich auch Aspekte des ersten Typs eine Rolle für die praktische Arbeit spielt. Anders als der Großteil einzelethnischer oder deutsch-ausländischer Vereinigungen, die als „kulturspezifisch sozialisierende Instanzen“ (Lattore Pallares 2003: 49) fungieren, sind ABR eher als Instanzen allgemeinpolitischer Sozialisation zu verstehen; gleichwohl mit einem Fokus auf

<sup>46</sup> Diese präferierte kommunalpolitische Zugangsweise spiegelt sich auch in den Grundsätzen zur Förderung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wieder.

<sup>47</sup> Auf die Darstellung und Kommentierung einer zweiten Fallstudie für das Integrationskonzept der Stadt Koblenz wurde hier verzichtet, da dieses Konzept im Rahmen des IV. Integrationsforums am 20.03.2007 in Mainz präsentiert und diskutiert wurde und auch in der Dokumentation der Stadt Koblenz vom Mai 2007 sowie in der Zeitschrift der Beauftragten für Migration und Integration „Treffpunkt“ 2/2007 dargestellt wurde. Es sei daher auf diese Veröffentlichungen verwiesen. Die Erfahrungen des Koblenzer Modells fließen in diesen Forschungsbericht bei der Reflexion der Ausländerbeiräte und bei den abschließenden Handlungsempfehlungen (Kapitel 6) mit ein.

migrations- und ausländerspezifische Anliegen, die in der Aufnahmegesellschaft vertreten und repräsentiert werden sollen. Mit dieser Hinwendung zur Gesamtgesellschaft ist also ein spezifischer Typus von Migrantenorganisation gemeint, der repräsentativ ist für einen Entwicklungstrend von einer Binnen- zur Außenorientierung des funktionalen Organisationszwecks (vgl. Innovation 2007: 35ff). Ausländerbeiräte bilden also eine spezifische Arena der Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene.

### 5.1.1 Interessenformulierung und Motive in den Ausländerbeiräten

Ausländerbeiräte wurden in den 1990er Jahren in verschiedenen deutschen Bundesländern als Gremium der (stark eingeschränkten) politischen Mitwirkung auf kommunaler Ebene eingerichtet. Sie entstanden vielfach aus dem lokalen Spektrum bereits existierender Ausländervereine und Migranteninitiativen, die mit der Verstetigung des Aufenthalts in Deutschland auch entsprechende Mitspracherechte anstrebten. Der Rückbezug auf eine lange Migrationsvorgeschichte und der in Deutschland längst etablierte Lebensmittelpunkt bilden oft den (zuweilen auch emotional aufgeladenen) narrativen Ausgangspunkt im Selbstverständnis der eigenen Arbeit vieler Mitglieder in den Beiräten: „Ob Deutschland, ob wir hier jetzt ein, wie heißt's, Immigrationsland sind oder nicht, ist nicht die Frage, denn ich kann nicht die Leute seit 1960 mit einem Fragezeichen markieren und ausblenden, das geht doch gar nicht“ [ABR Neustadt].

Die engagierte Forderung, nach mehreren Jahrzehnten in Deutschland endlich mehr Wertschätzung, Teilhabe und Anerkennung als aktive Gesellschaftsmitglieder zu erfahren, ist ein zentraler politischer Topos, der in allen Interviews klar benannt wird. Wenngleich langsame Fortschritte und ein Umdenken in der Öffentlichkeit, in den Verwaltungen und Gemeinderäten durch die Beiräte wahrgenommen werden, sehen sich die Beiräte letztlich doch noch nicht am Ziel ihres Engagements, dem vollen demokratischen Wahlrecht auf kommunaler Ebene, angekommen:<sup>48</sup>

P5: „Ich bin (xxx) schon seit vierzig Jahre, meine Kinder in [X-Ort] geboren, studiert, Schule gegangen, geheiratet, wohnen hier. Sie haben auch Staatsangehörigkeit türkisch, sie dürfen auch nicht wählen, ich darf auch nicht wählen. Jetzt gucken Sie mal, in [X-Ort] bin ich vierzig Jahre Bürger und Verwaltungsstellen in [X-Ort] können darüber bestimmen. Ich darf auch nicht wählen bei Bürgermeisterwahl oder Kommunalwahl, das kann ich nicht. Wenn Leute über mich bestimmen können, dann muss ich auch Recht haben, dass die Leute wählen können ((allgemeine Zustimmung)). Wir haben schon, also das ist nicht (xxx) Verwaltungssache, das ist Regierungssache natürlich. Aber, das ist schon ganz (xxx) Jahre lang in diese Problem auf den Tisch gebracht (xxx) verschiedene Organisationen, Ausländerbeirat und so, aber, und Recht haben wir noch nicht bekommen(...). Aber überhaupt nix, überhaupt nix, wenn die Ausländer kommen, weder Staatsangehörigkeit ... P3: Das ist das, was ich immer sage, dieser fade Beigeschmack bei der ganzen Geschichte. [ABR Speyer]

<sup>48</sup> Stellvertretend für die Sicht vieler verschiedener Migrantenorganisationen sei hier auch auf die Forderungen im Positionspapier der Türkischen Gemeinde in Deutschland zum Integrationsgipfel hingewiesen (TGD 2005).



Frühere Befürchtungen, dass Migrantenorganisationen im Wege der politischen Partizipation in Deutschland auch politische Probleme der Herkunftsländer „importieren“ könnten, spielen in der heutigen Diskussion keine Rolle mehr, was auch empirisch belegt wurde (Berger et al. 2004). Im Gegenteil ist eine sehr deutliche und explizite Hinwendung zur Mitgestaltung der deutschen Aufnahmegesellschaft zu erkennen, die als zentrales Motiv und Selbstanspruch in allen Interviews betont wird. Dies ist unabhängig davon, ob die Beiratsmitglieder zu ersten Einwanderungsgeneration gehören oder erst vor kurzem nach Deutschland kamen. Trotz der großen Unterschiede in der persönlichen Migrationsgeschichte und den jeweils unterschiedlichen ausländerpolitischen Bedingungen, unter denen die Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kommen und hier leben, bildet die Forderung nach einer aktiven Teilhabe an den lokalen Entwicklungen und Entscheidungen des jetzigen Wohnortes den zentralen gemeinsamen Interessenskern aller politisch aktiven Migrantinnen und Migranten (EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger). Dies deckt sich mit den Ergebnissen einer ähnlichen Studie, in der die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten in Paderborn untersucht wurde (vgl. Innovation 2007: 36f). Die Autoren dieser Studie weisen dabei für die Vereine auch auf die komplementäre Verschränkung von Binnen- und Außenorientierung hin, die in modifizierter Form und indirekter Wirkungsweise auch in den Ausländerbeiräten wieder zu erkennen ist:

„Die Diskussionsverläufe um die Frage, warum und zu welchem Zeitpunkt sich ein Verein öffnen sollte, wiesen immer wieder die folgende Hypothese auf: Je mehr ein Verein und seine Mitglieder sich selbst etabliert haben und je mehr Gründungsinteressen befriedigt sind, desto mehr Energie kann entwickelt werden, sich mit anderen auszutauschen und zu vernetzen, mit anderen gemeinsame Interessen zu finden und zu verfolgen. Je mehr jedoch die binnenorientierten Aufgaben des Vereins von seinen Mitgliedern in Anspruch genommen werden oder je mehr interne Probleme im Verein existieren, desto weniger attraktiv erscheint es und desto weniger gelingt der Blick über den eigenen Tellerrand.“ (Innovation 2007: 38)

Trotz der strukturellen Öffnung und eines gemeinsamen Motivs verschiedener Migrantengruppen ist die gemeinsame politische Interessenwahrnehmung keineswegs unproblematisch. Die Legitimität der Ausländerbeiräte wird sowohl von innenpolitischen Entscheidungsträgern als auch von Migrantenvertretern selbst häufiger in Frage gestellt und zuweilen sogar als „Auslaufmodell“ betrachtet<sup>49</sup>. Begründet wird das zum einen mit der geringen Wahlbeteiligung, die ein gewisses Desinteresse seitens vieler wahlberechtigter Ausländerinnen und Ausländer dokumentiert und die demokratische Legitimierung in Frage stellt (Caballero 2003). Zum anderen wird manchen gewählten Beiräten mangelnde politische Professionalität und dysfunktionale Arbeitsstruktur nachgesagt; ein Einwand, den man allerdings auch anderen ehrenamtlichen Gremien vorhalten kann. Einen erheblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat auch das veränderte Einbürgerungsrecht in Deutschland, das dazu führt, dass viele ehemals wahlberechtigte Personen aufgrund der Einbürgerung nicht mehr für den Beirat kandidieren können und ihn auch nicht mehr wählen. Zwar mag man das einerseits als sozialstrukturellen Integrationsfortschritt deuten, andererseits führt diese

<sup>49</sup> Siehe dazu die Pressemeldung der Stabstelle des Ausländerbeauftragten von Baden-Württemberg vom 7. Juli 2005.

Entwicklung faktisch aber auch zu einer professionellen Ausdünnung der Gremien. Mit ihrer Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft stehen gerade die erfahrenen, im politischen Geschäft gut integrierten und aktiven Personen der aktiven Migrationspolitik (allein aufgrund der Wahlordnung) mit ihrer Erfahrung nicht mehr zur Verfügung. Auf strukturelle Veränderungen im Zusammenspiel von politischer Vertretung und professionellem Verwaltungshandeln wird weiter unten noch näher eingegangen.

Abgrenzungen einzelner Gruppen und Kulturgemeinschaften, die innere Einflussnahme und Machtfragen zwischen verschiedenen Migrantengruppen in der Gremienarbeit spielen auch bei den Ausländerbeiräten eine wichtige Rolle. So wird in mehreren Interviews auf Schwierigkeiten hingewiesen, bestimmte ethnische Gruppen zu erreichen und für die politische Beteiligung zu interessieren, wie die folgende Interviewpassage verdeutlicht:

66

I1: Uns würde es interessieren, was für Gruppen es hier gibt und wie das die Arbeit vom Ausländerbeirat vielleicht auch beeinflusst und wie der Kontakt zu Gruppen aus den einzelnen Staaten aussieht?

P2: Also sehr schwierig. Z.B. mit den Asiaten haben wir gar keinen Kontakt. Wir haben viele aus den ehemaligen Ostblockstaaten. Aber wie ich gehört habe, betrachten die sich auch nicht als Ausländer, aber Sprachförderung müssten die schon haben. Also ich kenne paar, die (lacht)

P1: Ja, paar sind merkwürdige Zeitgenossen (lacht)

P2: Also ich glaub', diese Isolation ist auch Angst, Angst sich einzumischen und teilzuhaben. Da bildet man sich so eine Glocke, die Sicherheit bietet. Also ich weiß es nicht, was da ist.

P1: Also mit den Mittelmeeranrainerstaaten haben wir keine Probleme, da sind auch ziemlich viele im Beirat vertreten. [ABR Neustadt]

Diese exemplarische Schilderung soll lediglich das allgemeine Problemverständnis vieler Beiräte bezüglich ihrer Vertretungsreichweite veranschaulichen. In anderen Interviews werden andere ethnische Gruppen als „schwer zugänglich“ beschrieben. In der Gesamtbetrachtung aller Gruppeninterviews finden sich jedoch keine Hinweise, dass eine bestimmte ethnische Gruppe oder eine bestimmte Nationalitätengruppe landesweit besonders auffällig die lokale Politik dominiert oder sich davon distanziert. Welche Personen bzw. welche ethnischen Gruppen sich stärker in die politische Partizipation einbringen, sei es durch die Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten bei der Erstellung der Wahllisten oder später durch die Teilnahme an Aktivitäten und Veranstaltungen, stellt sich örtlich recht unterschiedlich dar. Erklären lassen sich die Unterschiede eher mit der wahrgenommenen Repräsentanzfunktion und mit der allgemeinen Politikorientierung der Beiratsmitglieder. Ein gewähltes Mitglied kann sich – letztlich auch unabhängig von der ursprünglichen Listenzugehörigkeit<sup>50</sup> – als Mandatsträger „seiner“ nationalen Gruppe oder als Vertretung allgemeiner Migrationsinteressen gegenüber der Kommune sehen. Letzteres scheint zumindest in den dauerhaft funktionsfähigen Beiräten die verbreitete Praxis zu sein und belegt auch hier, dass

<sup>50</sup> Zur Erklärung: Bei den Wahlen zu den Ausländerbeiräten konnten sowohl landes- oder kulturspezifische Listen (z.B. spanische Liste) als auch „bunte“ Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Nationalität aufgestellt werden.

Tendenzen zur Segregation bestimmter Gruppen zwar im Einzelfall möglich sind, aber keineswegs einen Trend bilden. Ein pluralistisches Meinungsspektrum in den Beiräten entsteht weniger aufgrund unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeiten, sondern in erster Linie - wie in anderen demokratischen Gremien auch – aufgrund unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Präferenzen der Mitglieder:

„Ich würde sagen, natürlich gibt es verschiedene Meinungen. Wir sind Ausländer, aber bleiben (XXX) jeder seine Länder, seine Nationalität. Aber ich muss sagen, dieses Jahr ist ziemlich homogen. Aber die politische Spektrum spielt sicher auch eine Rolle. Der eine is ä bissl mehr links, Mitte, rechts, aber wenig, wenig. Ich bin auch froh, dass andere Meinungen da sind. Wir können nicht so Ja und Amen und da sind wir /, Die einen sind ein bisschen mehr politisch engagiert, andere sind ein bisschen mehr für den Kindergarten engagiert, andere mehr für die Ausländer. Find ich auch gut, dass es bisschen Unterschied zwischen einen gibt.“ [ABR Grünstadt]

Die Binnenstrukturen der Ausländerbeiräte sind ebenso wie die vieler Vereine und anderer Migrantenorganisationen vielerorts in Bewegung geraten. In mehreren interviewten Beiräten wurde ausdrücklich betont, dass neue und jüngere Mitglieder erwünscht und gebraucht würden, nicht zuletzt, um die traditionellen Diskurse der stark vertretenen ersten Einwanderergeneration (meist auch Gründergeneration der Ausländerbeiräte) um neue Perspektiven zu erweitern. Die Aktivierung jüngerer Migrantinnen und Migranten für die politische Arbeit stellt eine große Herausforderung für die Partizipationspraxis dar<sup>51</sup> und dort wo sie gelingt, wird das von den Beiräten bereits als erster Erfolg gewertet. In einem Beispiel formulieren das zwei Gesprächspartner eines Beirats, die unterschiedlichen Zuwanderungsgenerationen angehören, folgendermaßen:

„Es war dann eine glückliche Konstellation bei uns im Beirat. Da warst Du [an ein anderes Mitglied gerichtet] mit Deiner langen Erfahrung und ich kam ja erst 1998 nach Deutschland und konnte da dann ganz anders dran gehen, weniger emotional so.“ [ABR Koblenz]

Von Ort zu Ort gibt es Besonderheiten und strukturellen Zufälligkeiten bei der Zusammensetzung, Entstehungsgeschichte und der Akzeptanz des Ausländerbeirats und seiner Mitglieder, die sich dann auch in der öffentlichen Wahrnehmung des Gremiums niederschlägt. Dazu zählt zum Beispiel:

- Ob die jeweiligen ethnischen communities bereits über eigene Strukturen der Interessens- und Selbstorganisation im jeweiligen Ort verfügen. Diese können entweder im Sinne einer „Vorstufe“ der politischen Mobilisierung förderlich sein oder auch hemmend wirken, z.B. in dem sich bestimmte Personengruppen über eigene Vereine besser als durch die Ausländerbeiräte vertreten fühlen und sich daher nicht in den Prozess einbringen,
- ob Beiratsmitglieder in der Lage sind, überzeugend als Sprachrohr aller ethnischen Gruppen zu agieren und dadurch nicht in Verdacht geraten, einseitig Interessen einer bestimmter Gruppen zu vertreten und

<sup>51</sup> Siehe dazu auch den kritischen Beitrag „Der Politik fremd geblieben“ von Jeannette Goddar in „Das Parlament“, Goddar (2005).

- › ob Beiratsmitglieder neben ihrem politischen Mandat im Beirat auch in anderen Feldern (Vereinen, Parteien, Initiativen, sichtbaren beruflichen Tätigkeiten) zivilgesellschaftlich engagiert sind und dadurch über einen gewissen lokalen Bekanntheitsgrad verfügen.

Dass die gewählten Mitglieder der Beiräte in großer Mehrheit ein allgemeines Mandat wahrnehmen, zeigt sich besonders bei der Frage nach den persönlichen Motiven für diese Form des politischen Engagements. Besonders Personen, die sich zur ersten Einwanderungsgeneration zählen, verweisen auf ihre schwierige Anfangssituation in Deutschland, die sie nun – quasi als „Integrationspioniere“ - anderen erleichtern wollen: „Jetzt - Gott sei Dank - ist viel besser geworden, aber trotzdem will ich meine Erfahrung, die ich damals hatte, an die Leute weitergeben. Vielleicht, wo ich auch helfen kann. Das sind auch Erfahrungen, weil wir sind, sag ich mal erste Generation [ABR Hassloch].

In allen Gesprächen wurde betont, dass es den Beiratsmitgliedern vor allem darum gehe, praktische Unterstützung, Rat und Hilfe für Migrantinnen und Migranten zu organisieren und ggf. auch selbst anzubieten.

„Also, der entscheidende Grund war, dass diese Gremien weiter gefüllt werden sollte oder musste. Und ja (ich bin schon eine Legislaturperiode, zwei, also ist das) Kontinuität bewahrt werden. (XXX) Also, wenn ich, ich hab' schon vor Jahren gesagt, ich wäre froh, wenn für jemand, die in Not ist als Wasserträger fungiert, wie eben gesagt wurde (XXX) Kleinigkeit aber die sind sehr hilfreich. Formulare ausfüllen, eine Arzt oder eine Schule irgendwelche Tipps geben an die Leute. Das ist glaube ich eine gute Tätigkeit. Außerdem die netten Kollegen, die ich hier treffe.“ [ARB Speyer]

„So, ok, also, ich hab ma (mir) so gedacht, weil ich so gerne kommunizieren tue (lacht) und Gespräche führe, mir gefällt's sehr, ehm, ja, ich hätte gern, dass Frauen mehr informiert sind. Egal welche Nationalitäten. Sag ich mal, dass ma informiert sind, dass es Gesetze gibt, Rechte, sag ich mal, dass sich trauen. Sie müssen nicht gegen wem gehen, nein, aber sie sollen auch wissen, dass Rechte gibt, und auch wegen Jugend, Schule und so Sachen, also Kommunikation. Mir gefällt, also mir würd gefallen, dass mehr Kommunikation zwischen uns Ausländer wär, organisieren, zusammen sein“ [ABR Grünstadt].

Insgesamt läßt im Hinblick auf die Interessenkonstitution von Ausländerbeiräten feststellen, dass diese sich in den meisten Kommunen, in denen sie über mehrere Jahre hinweg als funktionierendes Gremium bestehen, mit gewisser Hartnäckigkeit den Respekt und die konstruktive Kooperation mit den Räten und Verwaltungen erarbeitet haben. Die Tatsache, dass zentrale Forderungen, mit denen viele Personen ihre Mitarbeit in den Beiräten in den 90er Jahren begonnen hatten, (noch) nicht erfüllt sind, wird dabei jedoch nicht verschwiegen.

Die Arbeit vieler Beiräte scheint heute durch eine pragmatische Herangehensweise geprägt, die vor allem auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren und dem kontinuierlichen Werben in der Öffentlichkeit basiert. Welche Ressourcen den Beiräten dabei zur Verfügung stehen, wie sie von außen wahrgenommen werden und wie es beiräten gelingt, "politische Öffentlichkeit" im Sinne von Uwe Hunger zu erzeugen, wird im folgenden Abschnitt beleuchtet.

## 5.1.2 Ressourcen, Aktivitäten und Akzeptanz politischer Partizipation

### Professionelle Gremienarbeit und kommunalpolitische Partner

Ausländerbeiräte stellen öffentliche „Orte“ dar, an denen das Sozialkapitel, auch das der ethnischen Zugehörigkeit, eingesetzt werden kann, an denen kulturelle An- und Aberkennungsprozesse symbolisch repräsentiert und aktiv verhandelt werden und an denen die Beteiligten als kulturvermittelnde Akteure agieren (Rauer 2004: 214). Wenngleich diese Charakterisierung auf den ersten Blick selbstverständlich klingt, zeigt sich in den Interviews, dass diese Rolle keineswegs allen Akteuren so präsent ist. Sowohl gegenüber der lokalen Öffentlichkeit und hier insbesondere der ausländischen Bevölkerung, die vertreten werden soll, sowie gegenüber den institutionellen Partnern im Gemeinderat, in den Verbänden und in der Verwaltung müssen die Beiräte intensiv für die Akzeptanz und Sichtbarkeit kämpfen. Mit anderen Worten: Die Fähigkeit, politischen Themen und Anliegen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund auf die lokale Agenda zu bringen, ist einerseits davon abhängig, ob Zielgruppen mit den Aktivitäten und politischen Forderungen überhaupt erreicht werden und zum anderen, ob die Adressaten politischer Forderungen, also primär die Gemeinderäte und Bürgermeister, ferner die kommunalen Verwaltungseinrichtungen und ggf. andere Institutionen (Schulen, Verbände, Kirchen) kooperationswillig sind und die Beiräte als Partner wahrnehmen. In der Fachliteratur wird auf die hohen Professionalisierungserwartungen hingewiesen (Arslan 2005), die sich auch in den Interviews wiederfinden. In dem Interview mit dem ABR Neustadt wird zum Beispiel darauf hingewiesen, dass ein Ausländerbeirat sich überhaupt erst den Rang eines ‚Partners der Verwaltung‘ erkämpfen mussten und innerhalb der Verwaltungsstrukturen vielfach kaum Wissen über dieses neue Gremium vorlag:

„...seit 1994 is es erstmalig, dass die Leute von der Bevölkerung gewählt werden können, mit dieser 10%-Hürde, ähm dann aber auch auf der anderen Seite die Leute, die in der Verwaltung drin sind /, wenn ich oftmals nur von einheimischen Leuten ausgehen darf, dann is es eben so, dass manchmal auch hier Entwicklungs- und Weiterbildungsbedarf war, im Umgang letzten Endes auch, mit diesen „Wo steck ich diese Ausländerbeiräte letztendlich hin, was machen die eigentlich?“ [ABR Neustadt].

Die vertrauensbildende Arbeit der Beiräte basiert auf verschiedenen Strategien, die von Ort zu Ort unterschiedlich gewichtet sind. In der Regel bedarf es einer verantwortlichen Ansprechperson, die sowohl im ABR als auch gegenüber den politischen Partnern das Vertrauen und die Kompetenz besitzt, politische Themen zu platzieren und zu verfolgen. Daher überrascht es nicht, dass in den Vorständen der ABR oft versierte Vereins- und Gremienprofis sitzen, die auch über die Beiratstätigkeit hinaus lokal als „Macher und Macherinnen“ in Vereinen und Initiativen bekannt sind. Hier bestätigt sich ein Befund der empirischen Forschung, dass politisch aktive Personen meistens auch anderweitig ehrenamtlich aktiv sind<sup>52</sup> (Diehl 2002; Gensicke et al. 2006; Rosenblatt 2001; Türkei-studien 2005). Diese Personen sind naturgemäß dann wiederum in der Situation, dass sich bei ihnen sehr viel Erfahrungswissen und Beziehungskapital anstaut und die Grenzen des Ehrenamtes oft strapaziert werden. Der Aufbau von tragfähigen Beziehungen zur lokalen Politik und Verwaltung stellt besonders für die neu gewählten Beiräte bzw. jene, in denen viele neue Mandatsträger sind, eine Herausforderung dar, die ohne Vorerfahrungen und ein gewisses Standing kaum möglich ist, wie der bereits zitierte Gesprächspartner im ABR Neustadt es formuliert<sup>53</sup>:

„Wenn ich irgendwas angehen möchte, irgendein Projekt, was die Arbeit voranbringt, dann scheitert das oftmals, hab ich schon oft gesehen, an Personen, ob sie's jetzt wissen oder nicht, oder beabsichtigt war oder unbeabsichtigt war, ohne Wertung einfach, sag' ich mal, allein schon an dem Standing, was gefehlt hat. Das hat dazu geführt, dass der andere garnimmer zugehört hat, und wenn ich den anderen, wenn der andere mir gar net zuhört, kann ich ihn auch nicht erreichen.“ [ABR Neustadt].

In manchen Interviews zeigte sich, dass die allgemeinen Ziele und der Wunsch, sich persönlich für die Belange der Migrantinnen und Migranten zu engagieren, zuweilen sehr diffus bleiben. Gerade bei einigen neugewählten Beiräten scheint zu Beginn eine gewisse Ratlosigkeit über die konkreten Aufgaben und Ziele zu bestehen. Auf die Frage, was im Beirat konkret als Forderung gegenüber der Stadt zu vertreten und anzugehen sei, zeigt sich zum Beispiel im Ausländerbeirats Neustadt, dass die Mitglieder dazu kaum Vorstellungen haben und sich überhaupt erstmal informieren müssen, was die Wählerinnen und Wähler von ihnen erwarten:

„Solche Bedürfnisse kennen wir noch nicht konkret. Wir wissen, dass wir schauen sollten, wissen es aber noch nicht konkret. Also diesen Auftrag haben wir noch nicht, wir sehen ihn noch so ein bisschen im Nebulösen ja. Wir wollen aber so `ne Befragung mal durchführen in der Bevölkerung, ohne Schemata mit Freitext, ‚was wollt ihr von uns‘, und dass wir uns da dann vielleicht die Top Drei einfach mal so rausnehmen.“ [ABR Neustadt]

<sup>52</sup> Laut einer Studie des Zentrums für Türkeistudien (Türkeistudien 2005) sind insgesamt 42 Prozent der 1000 Befragten in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken in keinem Verein organisiert. 19 Prozent sind nur Mitglied eines deutschen und 18 Prozent sowohl eines deutschen als auch eines türkischen Vereins. Somit gehört mehr als ein Drittel (37 Prozent) aller Befragten auch einem deutschen Verein an. Neben den 19 Prozent, die sowohl Mitglieder eines deutschen als auch eines türkischen Vereins sind, gehören 22 Prozent ausschließlich einem türkischen Verein an. Der Vergleich mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre zeigt, dass der Anteil der Nichtorganisierten sinkt. Zugleich hat in den Jahren 2003 und 2004 die ausschließliche Mitgliedschaft in türkischen Vereinen wieder abgenommen, nachdem sie im Jahr 2002 leicht angestiegen war. Kontinuierlich steigt der Anteil derer, die sowohl in deutschen als auch in türkischen Vereinen oder Verbänden organisiert sind.

<sup>53</sup> Sehr ähnlich stellt sich das auch in der Fallstudie für Bad Kreuznach dar (siehe weiter unten).

Auch wenn in den meisten anderen Gesprächen eine wesentlich klarere Vision über den eigenen Auftrag und die ‚brennenden‘ Themen vorliegt, verdeutlicht dieses Zitat doch auch, dass die Vorstellungen über die jeweils lokalen Erfordernisse und Ziele einer konkreten integrationspolitischen Interessenwahrnehmung keineswegs klar, eindeutig oder gar homogen im Sinne „einer Stimme für alle Ausländer“ sind. Gerade dort, wo viele neue Mitglieder in den Beiräten vertreten sind – von den 257 Beiratsmitgliedern im Land sind immerhin 159 (62%) Neueinsteiger<sup>54</sup> – ist zunächst offen, wie diese Personen ihren Weg in die Thematik und die politische Praxis finden. Auf der anderen Seite wird mit der hohen Quote an neuen Beiratsmitgliedern aber auch eindrucksvoll deutlich, dass hier eine neue Generation politischer Aktivistinnen und Aktivisten heranwächst und sich engagiert. Damit haben die Ausländerbeiräte entgegen eines früheren Trends innerhalb vieler anderer Migrantenorganisationen nicht das Problem einer überalterter und verknöcherteter Führungsstruktur (vgl. Unbehauen 1997).

### **Integrationspolitische Kulturarbeit und Anerkennung innerhalb der Migrantenbevölkerung**

71

Als Medium zur Öffentlichkeitsarbeit organisieren viele Beiräte kulturelle Events, Sport- und Bürgerfeste und andere, zunächst eher unpolitisch erscheinende Aktivitäten, mit denen die Bevölkerung insgesamt im Ort angesprochen werden.

P2: Interkulturelle Wochen, die waren ziemlich aktiv. Also die haben was bewirkt mit vielen Vereinen, also Vereine, mit denen wir uns zusammen tun (xxx) und damit jedes Jahr zwei Monate lang so Veranstaltungen durchgeführt.

I: Und das war jetzt ihr Arbeitskreis?

P7: Sie können die Information mitnehmen zum Nachlesen ((geht raus und bringt ein Info-Blatt mit)). Ein paar der Veranstaltungen sind schon gelaufen. Speziell konzentrieren wir ähm /// Schwerpunktmäßig im Rahmen der interkulturellen Wochen. Die sind ja bald in einigen Wochen. [ABR Neuwied].

P2: Das zweite das öh war schon wie jedes Jahr immer diese so genannten Multikulti-Feste. Wir werden auch öh im ja im Herbst ist das die Ausländerwoche. Auch da ham wir hier Projekte. Aber vorrangig läuft es dann über die Kreisverwaltung beziehungsweise gemeinsam mit der Kreisverwaltung laufen da solche Projekte. Da finden Podiumsdiskussionen statt oder eventuell Cabaret [ABR Grünstadt].

P2. Also in Mutterstadt, is in Mutterstadt (I.1. Ja). Mutterstädter Ausländerbeirat, besteht mit diesen ähm/, wir ham hier eine große Fest im Herbst, Multikulti Fest, auf dem Marktplatz. [ABR Hassloch].

<sup>54</sup> Zitiert nach Angaben der AGARP.

Den Interviews zur Folge kommt solchen Festen, oft verbunden mit weiteren thematischen und kulturellen Veranstaltungen, aus Sicht der Beiräte die größte Bedeutung zu, wenn es darum geht, andere Migrantengruppen und Initiativen in das lokale Integrationsgeschehen mit einzubinden. Außerdem versprechen sich die Beiräte damit eine größere Bekanntheit und Anerkennung innerhalb der weniger aktiven Teile der Migrationsbevölkerung. „Das is e Mischung,/, Mir versuchen eine Mischung zu mache zwischen Politik und kulturell, weil eh, der Ausländerbeirat is ein politisches Gremium, aber de Kulturell muss dabei sein,“ wie es ein Gesprächspartner des Beirats in Grünstadt formuliert.

### **Individuelle Hilfe und Beratung – Selbsthilfe als existenzielle Politikpraxis**

Parallel zur Aktivitäten, die sich mit einem weiter gefassten Politikverständnis als integrationspolitische Kulturarbeit charakterisieren lassen, wird in mehrere Interviews ein weiteres Aufgabefeld erwähnt, das zeigt, wie eng politische Interessenwahrnehmung und konkrete Selbsthilfe miteinander verwoben sind.

„Also ich sehe die Probleme, wo wir involviert sind, das sind alle, wo die Leute bluteigenste Existenz bedroht ist. Und da, da sollen wir immer da sein zum Vermitteln und eh, das ist dann nicht ein Ausländerbeirat, der dann alle zwei Monaten tagt, sondern die Leute stehen /, und wir hatten jetzt auch grad so eine Fall, der zu einem glücklichen Ende gekommen ist, wo die Leute ein Aufenthaltsrecht bekamen. Das waren Roma aus Albanien.“ [ABR Bad Dürkheim]

Die Aufgabenbestimmung der ABR sieht nach der Gemeinde- bzw. Landkreisordnung zwar ein relativ weit gefasstes Spektrum an Handlungsfeldern vor. Individuelle Beratung von Einzelpersonen und Familien in ausländerrechtlichen Problemen (so etwa die Vermittlung bei Härtefallanträgen zum Bleiberecht oder die Erwirkung einer Arbeitserlaubnis) fällt jedoch zunächst nicht unter diese primäre Funktionsbestimmung eines Ausländerbeirates. Gleichwohl werden Beiräte in der Praxis gerade in dieser Rolle häufig aufgesucht und angerufen, und zwar von betroffenen Migrantinnen und Migranten wie auch von den kommunalen Verwaltungseinrichtungen, die über die persönlichen Kontakte zu Beiratsmitgliedern von diesen auch konkrete Vermittlungs- und Übersetzungshilfen in Anspruch nehmen. Einerseits mag das eine Form ganz konkreter Hilfe zur Selbsthilfe für die speziellen Anliegen sein. Andererseits mag man hier fragen, ob die Beiräte hier letztlich nicht operative Aufgaben der Ausländerverwaltung wahrnehmen, die eigentlich nicht mehr Gegenstand demokratischer Interessenpolitik sind.

#### **5.1.3 Alternativen zum klassischen Ausländerbeirat**

Landesweit lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung zur Wahl der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz 2004 bei 9,0% gegenüber 10,1% im Jahr 1999. Von 55 kommunalen Gebietskörperschaften haben 33 die 10% Hürde erreicht. 22 haben die 10% Hürde nicht erreicht. In 30 kommu-



nalen Gebietskörperschaften wurde die Wahl als Mehrheitswahl durchgeführt, davon haben 14 das erforderliche Quorum erreicht. Ein (zwischenzeitlich von vielen befürchtetes) völliges Verschwinden dieser migrationspolitischen Institution konnte damit vorerst verhindert werden. Gleichwohl sind die Ausländerbeiräte mit den Wahlen Ende 2004 in Rheinland-Pfalz vielerorts in eine Art institutionelle Bewährungsphase eingetreten, die sowohl den gewählten Beiratsmitgliedern als auch den Kommunen gewisse Anstrengungen und Diskursbereitschaft abverlangt. Auch die bundesweit gewachsene innenpolitische Aufmerksamkeit für Integrationsfragen führt dazu, die klassische Form des Ausländerbeirats als gewähltes Vertretungsgremium mit sehr begrenztem politischem Einfluss zum Gegenstand von Reformüberlegungen zu machen.

In den Interviews zeigt sich, dass in den Beiräten ein klares Bewusstsein der eigenen prekären Situation vorhanden ist. Die diskursive Hintergrundfolie des eigenen Selbstverständnisses bildet einerseits die Einschätzung in allen Interviews, dass die spezifischen Ziele einer vollwertigen Teilhabe noch nicht erreicht sind und daher weitergekämpft werden müsse. Hier unterscheiden sich Angehörige der ersten Einwanderungsgeneration in ihrer Sichtweise kaum von jenen Mitgliedern, die erst seit kurzem in Deutschland leben, wenngleich die biografischen Begründungsmuster für die Forderung voller Teilhabe natürlich unterschiedlich sind. Andererseits werden mit der gegenwärtigen gesamtpolitischen Aufmerksamkeit für die Integrationspolitik Hoffnungen verbunden, dass ein Durchbruch der bisherigen Nischenthemen „Partizipation und Integration“ zu einem zentralen, von allen politischen Richtungen auch beachteten „Querschnittsthema“ nunmehr in greifbarer Nähe ist.

Die knappe Wahlbeteiligung in vielen Orten, das Scheitern am Quorum andernorts sowie die veränderten bundespolitischen Vorzeichen legen es nahe, nach alternativen Modellen der politischen Partizipation Ausschau zu halten. Sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit gibt es Beispiele, wie Kommunen und Städte versuchen, die intendierte Grundfunktion der Ausländerbeiräte in andere, funktionalere und flexiblere Partizipationsformen zu überführen. Besondere Aufmerksamkeit und Impulse hat die Diskussion um verschiedene Modelle der integrationspolitischen Gestaltung durch ein von der Bertelsmann-Stiftung initiiertes Projekt „Integration in Kommunen“ (Bertelsmann 2005) erhalten, das den meisten Fachleuten mittlerweile gut bekannt sein dürfte<sup>55</sup>.

Für die Neuausrichtung kommunaler Integrationskonzepte sind unterschiedliche Modelle möglich, deren Realisierung neben der stets zu berücksichtigten sozialstrukturellen Ausgangslage einer kommunalen Gebietskörperschaft vor allem von zwei Parametern abhängt: Zum einen von der jeweiligen lokalen Vorgeschichte von Vernetzungsinitiativen und der Veränderungsbereitschaft der Mandatsträger und Meinungsführer in den Migrantenorganisationen (einschließlich der Verbände und Träger, die dieses Themenfeld lokal besetzen) sowie den Verantwortlichen in den kommunalen Strukturen. Zum anderen von der Bereitschaft der politischen Führungsspitze, die Integrationsthematik aus der lokalen „Problemecke“ heraus zu holen und stattdessen mit definierten Zielen und entscheidungsrelevanten Partizipationsprozessen in den Mittelpunkt der lokalen Stadtentwicklung zu stellen.

<sup>55</sup> Informationen und zahlreiche Dokumente und Empfehlungen finden sich auf der Homepage der Bertelsmann-Stiftung: [www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-16FE79FE/bst/hs.xsl/49159.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-16FE79FE/bst/hs.xsl/49159.htm) [Zugriff: 30.01.2008]

## 5.2 Fallstudie: Der Integrationsbeirat der Stadt Bad Kreuznach

Das Integrationskonzept der Stadt Koblenz und der vor kurzem eingerichtete Integrationsbeirat der Stadt Bad Kreuznach stellen Ansätze dar, mit denen versucht wird, die teils oben benannten Defizite der traditionellen „Repräsentationspolitik“ aufzuheben und durch die Vernetzung unterschiedlicher institutioneller Akteure und die Bündelung von Professionalität zu verbessern. Die nachfolgende Darstellung erfolgt in einer deskriptiv-kommentierenden Absicht und soll die Analysen zu den Ausländerbeiräten exemplarisch ergänzen<sup>56</sup>.

Die Stadt Bad Kreuznach hat nach dem Scheitern zu den Wahlen eines Ausländerbeirates im November 2004 den Entschluss gefasst, an dessen Stelle einen neuen Integrationsbeirat (IB) einzurichten. In Gegensatz zu dem Gremium des ABR, das nur durch Wahlen mit einem 10% Quorum zustande kommt, ist der IBR gemäß der §§ 24 und 56a der Gemeindeordnung (GemO) von Rheinland-Pfalz ein Gremium, das durch Bestellung der Mitglieder durch den Stadtrat zustande kommt und nicht auf Personen ausländischer Staatsangehörigkeit beschränkt ist.

In Bad Kreuznach habe es, so die Gesprächspartner einhellig, schon lange vor den Ausländerbeiräten eine aktive Vernetzung der Akteure und Schlüsselpersonen in der Ausländerszene gegeben. Bereits 1988 gab es eine Vorläufereinrichtung zum späteren Ausländerbeirat.

„Das war damals das Gremium, in dem die Vorsitzenden der Vereine, die Honorationen der Vereine und so zusammen kamen. Das waren dann meistens so die Männer der ersten Generation, also schon so die Honorationen der Migrantenszene. Die haben da die Arbeit getragen. Es gab früher auch schon die ‚Woche der ausländischen Mitbürger‘ mit vielen politischen Diskussionen und Kulturprogramm.“

Die Stadt Bad Kreuznach hat mit 13 Prozent einen für die nähere Region und das Bundesland Rheinland-Pfalz relativ hohen Ausländeranteil an der städtischen Gesamtbevölkerung. Das ist vor allem durch die Folgen der Anwerbepolitik und die gezielte Ansiedlung von Zuwanderern aus der Türkei und anderen Anwerbestaaten in den 1960er und 1970er Jahren für die örtliche Industrie begründet. Die Situation in Bad Kreuznach ist zudem durch die Besonderheit eines großen US-amerikanischen Militärstützpunktes geprägt, wodurch zeitweilig bis zu 15.000 Amerikaner das Stadtbild prägten und diese Gruppe zwar präsent, aber „kein Thema der städtischen Migrationspolitik“ war. Auf das Selbstverständnis der Stadt hat das nach Ansicht eines Gesprächspartners aber eine Auswirkung, „weil es schon immer Schwarze in Bad Kreuznach“ gab.

Die 1994 erstmals landesweit gewählten Ausländerbeiräte waren im Fall von Bad Kreuznach also keineswegs der Anfang einer vernetzten politischen Partizipation. Rückblickend scheint es sogar vielmehr so, dass der offizielle Ausländerbeirat, der nur mit ausländischen Staatsangehöri-

<sup>56</sup> In dem Gruppeninterviewgespräch am 20.02.2007 erläuterten drei Mitglieder des Vorstands des am 06.08.2006 konstituierten Integrationsbeirats (die erste Vorsitzende Frau Gülcin Eski sowie Herr Siegfried Pick und Herr Raimond Meiborg) den Entstehungszusammenhang, die Vorgeschichte und die Migrationssituation in Bad Kreuznach sowie die aktuellen Themen und Vorhaben des IB.

gen gewählt und besetzt werden konnte, sogar eher ein Grund dafür war, dass vormals gut funktionierende Netzwerke zum Erliegen kamen. Bereits die erste Legislaturperiode des ABR (1994-1999) wird im Interview eher kritisch eingeschätzt. Zwar gab es das Gremium formal, aber es war nur mäßig sichtbar in der Bevölkerung. Die Wahlen zur zweiten Legislaturperiode (1999-2004) führten zu einer starken Umbesetzung des Gremiums, zum einen, weil einige der bis dahin aktiven ausländischen Mandatsträger mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten und dem ABR somit nicht mehr zur Verfügung standen, zum anderen weil es personelle Wechsel und ein neues Kräfteverhältnis zwischen den kandidierenden Listen gab, so dass die ehemals noch aktiven, nun aber mit ihrer Liste unterlegenden Personen – offenbar auch aus Frustration über die schlechteren Wahlergebnisse – sich der aktiven Mitarbeit im Ausländerbeirat verweigerten. Siegfried Pick, der als Pfarrer seit langem in der kirchlichen Ausländer- und Flüchtlingsarbeit tätig und daher auch im jetzigen Integrationsbeirat ist, kennt die Entwicklungen seit den 1980er Jahren gut und beschreibt die Lage nach den Wahlen 1994 so:

„Es waren nun auf einmal ganz junge Leute im Beirat, die wollten zwar was machen, haben das aber nicht geschafft. In der zweiten Runde war die Wahlbeteiligung im Kreis zwar eigentlich gar nicht schlecht, aber in der Stadt war es schon sehr schlecht und der neue Beirat hat eigentlich von Beginn an nicht richtig gearbeitet. Wir [Vertreter der Sozialarbeit der Stadt und der Kirche; MO] haben zwar von außen versucht, zu unterstützen, aber das hat nicht geklappt. Die Leute waren meiner Meinung nach auch überfordert, objektiv, es gab auch aus der Szene der Migranten keine Unterstützung mehr, weil in den fünf Jahren zuvor wenig gelaufen ist, und auch von der Stadt gab es nicht genügend Hilfe.“

Die Idee zu einem Integrationsbeirat wurde also aus der Erfahrung einer dysfunktionalen Ausländer- und Migrationsvertretung geboren. „Das war dann also der Grund, 2004 einen neuen Weg zu gehen. Das hat zwar sehr lange gedauert und war sehr zäh, wir haben uns auch beraten lassen, auch von der AGARP und so, aber das hat dann doch gedauert bis 2006, bis der Integrationsbeirat zustande gekommen ist.“

Der politische Entscheidungsprozess und die Implementierung haben zwar länger als zunächst erwartet gedauert, aber insgesamt beurteilen die drei Gesprächspartner die Entstehung und Zusammensetzung des neuen Integrationsbeirats positiv. Der Beirat ist besetzt mit Mitgliedern des Stadtrats, durch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Migrant\*innenorganisationen, aber auch mit erfahrenen Einzelpersonen, die seit langem in der Integrationszene aktiv sind, sowie anderen Fachleuten, die in Wohlfahrtsverbänden und anderen Institutionen mit der Integrationspraxis beschäftigt sind. Wichtigstes Kriterium für die Besetzung und Berufung des Beirats ist nicht die Repräsentationsfunktion einer Einzelgruppe oder Institution, sondern die persönliche Erfahrung und Ausgewiesenheit der Personen. Die Vorsitzende des Beirats betont mehrfach im Gespräch, dass die offene Herangehensweise bei der Konstitution ihr sehr wichtig war:

„Zunächst wurden einfach mal alle gefragt, die schon aus früheren Aktivitäten als Aktivisten bekannt waren. Wir hatten dann aber auch die Möglichkeit, noch weitere gute und wichtige Personen hinzuzuholen, die am Anfang vergessen wurden zu fragen. Für uns war es ja wichtig, dass da Leute drin sind, die auch was bewirken können und wollen... Und dann habe ich mich als Vorsitzende wählen lassen. Ohne das Gefühl zu haben, dass mit den Leuten was möglich ist, hätte ich das nicht gemacht.“

Durch die intensive Arbeit der kirchlichen Flüchtlingsarbeit ist es in Bad Kreuznach auch gelungen, (ehemalige) Flüchtlinge und Asylbewerber für die politische Partizipation zu gewinnen, eine Gruppe die in den Ausländerbeiräten häufig nicht sehr gut vertreten ist und im Allgemeinen schwieriger für die politische Arbeit zu gewinnen ist.

„Wir haben es in Bad Kreuznach geschafft, die Flüchtlinge aus ganz unterschiedlichen Ländern zur Zusammenarbeit zu motivieren. Flüchtlinge können es sich nicht erlauben, sich auf ihre Herkunftsgruppe, also ihren Klüngel der Kurden oder der Kosovo-Albaner zurückzuziehen. Die müssen da dann einfach auch zusammenarbeiten, wenn sie was erreichen wollen.“

Insgesamt kann man für die Entstehung des Integrationsrates in Bad Kreuznach festhalten, dass das Gremium letztlich gar nicht so neu war, sondern auf langjährige, personell teils sehr kontinuierliche Netzwerke aufbaut, die nun aber eine andere Institutionalisierung erfahren. Wesentlich für den Erfolg ist dabei die starke Rolle und Erfahrung etablierter Träger wie etwa der Diakonie, durch die auch in schwierigen Zeiten Fäden und Kontakte zusammengehalten wurden.

Die geplanten Handlungsfelder, in denen sich der Integrationsbeirat engagieren und betätigen will, unterscheiden sich auf den ersten Blick kaum von den gängigen Themen, mit denen sich andernorts auch Ausländerbeiräte beschäftigen. An erster Stelle werden die Bildungsarbeit und die Stadtteilarbeit genannt.

„Es gibt hier ein Stadtviertel, das Teil des Projekts ‚Soziale Stadt‘ ist und da soll die Situation der Jugend, auch der Migranten genauer untersucht werden. Da wollen wir gucken, dass die Belange der Migranten nicht unter den Tisch fallen. In der Innenstadt gibt es auch ein Problemviertel, wo ein hoher Sanierungsbedarf ist. Da sind wir mit dem Moscheeverein und den Kirchen im Kontakt, um zu überlegen, wie der Stadtteil gemeinsam verbessert werden kann. In dem Netzwerk der Migrantenvereine wurde da auch einiges angestoßen, zum Beispiel als der Bürgermeister in der Interkulturellen Woche in die Moschee eingeladen wurde und da ist dann auch was entstanden, dass die Stadt gesagt hat, ja wir müssen da in dem Stadtteil mehr machen.“

Trotz der unterschiedlichen Bereiche, in denen ein Handlungsbedarf für die Verbesserung der Partizipation und Integration der Migrationsbevölkerung gesehen wird, betonen die Vorstandsmitglieder des Integrationsbeirats, dass sie sich noch am Anfang ihrer Aufgaben sehen und bisherige

Entwicklungen zunächst bilanzieren wollen, um dann weitere Schritte zu gehen. Auch die schon mehrfach erwähnte Interkulturelle Woche wird als Teil der zukünftigen Arbeit benannt, obgleich sie als funktionierendes und etabliertes Event schon seit langem besteht. Angesichts der vitalen Vernetzung und der bereits bestehenden Aktivitäten ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen, warum dennoch ein neuer Integrationsbeirat benötigt wurde. Die Vorstandsmitglieder sehen für den Beirat in erster Linie „die Aufgabe, das was ist, zu bilanzieren und eine Koordinationsfunktion zu übernehmen. Wir wünschen uns, dass es im Integrationsbereich eine bunte Zahl von Projekten und Akteuren gibt, die hier dann von der Stadt und der Politik auch wahrgenommen wird.“ Der Beirat soll also zu einer größeren Sichtbarkeit und positiven Bekanntheit der vorhandenen partizipativen Aktivitäten im Migrations- und Integrationsbereich beitragen. In dieser Hinsicht ist die Mitwirkung von Stadträten im Integrationsbeirat sicherlich ein Vorteil gegenüber dem Modell des klassischen Ausländerbeirats, da über die Delegierten eine unmittelbare Anknüpfung an die Fraktionen möglich ist. Zudem ist das Gremium des Integrationsbeirats zwar mit spezifischen Themen befasst, die nun aber als gesamtstädtisches Anliegen behandelt werden können und nicht als Randthema einer Teilgruppe der Bevölkerung abgeschoben werden können.

Am Ende des Gesprächs ging es um die Frage, wie die Schulen für die Integrationspolitik zugänglich sind, inwieweit auch sie eine Partnerinstitution des Beirats darstellen. In Bad Kreuznach gibt es die besondere Situation, dass die Vorsitzende des Beirats auch als Lehrerin in einer Hauptschule in der Stadt tätig ist und daher im Prinzip auch gut zwischen den beiden Institutionen vermitteln könnte. Allerdings schätzt die Vorsitzende selbst ihre Handlungsmöglichkeiten nach einigen Jahren im Lehramt nicht besonders optimistisch ein, selbst wenn sie als Person mit Migrationshintergrund bereit ist, hier eine Rolle als Vorbildung zu übernehmen.

„Ich hatte am Anfang gedacht, ich wäre mit meinen Deutschkenntnissen und mit meinen türkischen Sprachkenntnissen und als früher schon aktive Bürgerin nun eine Bereicherung für die Schule, auch bei Integrationsthemen. Nur habe ich dann gemerkt, dass die Problematik der Integration als Thema irgendwie unter den Teppich gefallen ist. Die wollen das einfach nicht thematisieren und umschweifen das Thema auch. Bisher war meine Erfahrung also eher negativ, weil die von mir angesprochenen Dinge und Probleme einfach nicht aufgenommen wurden. Immer wenn ich konkrete Probleme angesprochen habe, wird darauf nicht eingegangen. Es ging sogar soweit, dass den Kindern auf dem Schulhof die Muttersprache verboten werden sollte und es gab Lehrer, die während der Pausenaufsicht Kindern mit Strafarbeiten gedroht haben. Da habe ich mich schon gefragt, was da los ist und ob ich nicht besser an dieser Stelle mit den Kindern reden sollte. Ich habe da keine guten Erfahrungen gemacht.“

Am Beispiel der Vernetzung eines relativ gut eingespielten und erfahrenen Gremiums wie dem Beirat in Bad Kreuznach und seiner Wirkungsreichweite hinein in andere Organisationen und Institutionen zeigt sich, wie sehr integrationspolitische Fachgremien, seien es Beiräte oder Beauftragte, in ihrem Handeln und Wirken auf die Bereitschaft und Offenheit der sonstigen Akteure und Institutionen angewiesen sind. Im Falle des Vorstands von Bad Kreuznach sollte man meinen, eine

ideale Ausgangssituation zu haben, um zum Beispiel den Weg in die Schulen leichter zu finden. Letztlich bleibt aber alles von der Bereitschaft der Schulleitungen und Lehrer abhängig, ob sie die Argumente, Themen und Angebote aus dem Beirat aufgreifen oder ignorieren wollen.

### **5.3 Diskussion von Praxisentwicklungen im „Praxisgespräch“**

#### **5.3.1 Vorbemerkungen zum Praxisgespräch**

Ähnlich wie das Wissenschaftsgespräch, das dazu diente, Zwischenergebnisse und vorläufige theoriebezogene Überlegungen aus dem Projekt mit externen Expertinnen und Experten zu reflektieren, sollten auch die Praxisperspektiven bereits im laufenden Forschungsvorhaben einem überschaubaren Kreis von Fachleuten vorgestellt und diskutiert werden. Dazu wurde im Juni 2006 ein Praxisgespräch an der Universität Landau organisiert, an dem rund 20 Personen aus unterschiedlichen Institutionen und Arbeitsfeldern der Integrationspolitik und -praxis eingeladen wurden. Ziel der Veranstaltungen war es, anhand von konkreten Fallbeispielen und Erfahrungen die Möglichkeiten und Wege zur Vernetzung von Migrantenorganisationen und anderen Einrichtungen (Schulen, Gemeinden, Verwaltungen) als Beitrag zur integrationspolitischen Netzwerkbildung zu diskutieren. Damit sollten die theoretischen und empirischen Arbeiten an laufende migrationspolitische Entwicklungen im Land Rheinland-Pfalz anknüpfen. Das Praxisgespräch sollte neue Anregungen und Impulse für die Kooperation verschiedener Akteure im Bereich der Migration und Integration auf lokaler Ebene liefern. Insbesondere ging es darum, modellhafte Formen interkultureller Öffnung unter aktiver Beteiligung von Migrantenorganisationen kennenzulernen.

Im Rahmen des Praxisgesprächs wurden verschiedene Beispiele von lokalen Netzwerken von den daran beteiligten Personen präsentiert. In der anschließenden Diskussion wurden mögliche weitere Handlungsschritte erörtert, die sich auf kommunaler und/oder auf Landesebene aus den bisherigen Erfahrungen ableiten lassen.

#### **5.3.2 Erfahrungsberichte aus der Integrationspraxis in Rheinland-Pfalz**

Für das hier dokumentierte Praxisgespräch wurden mehrere Fallbeispiele partizipativer Vernetzung von Migrantenorganisationen und lokalen bzw. kommunalen Akteuren zu einer kurzen Vorstellung eingeladen<sup>57</sup>. Die Kurzpräsentationen sollen die Diskussion über gelingende Vernetzungsstrategien anstoßen, um dann Konsequenzen für weitere landesweite Schritte zu formulieren und Hinweise für die Neuausrichtung anwendungsnaher Migrationsforschung zu erhalten. Zur Vorstellung der drei Beispiele dienen unterschiedliche Methoden.

<sup>57</sup> Dazu gehörte auch der Lernzirkel Ludwigshafen, der weiter ob in Kapitel 4.1 bereits vorgestellt wurde und daher hier nicht nochmals präsentiert werden braucht.

## Vernetzung und Partizipation im Landkreis und der Stadt Bad Dürkheim

Das erste Fallbeispiel wird in Form eines Podiumsgesprächs präsentiert und handelt von der Partizipation in Kommune und Politik. Am Beispiel des Kreises Bad Dürkheim und den dort aktiven Akteuren (Personen, Gruppen, Organisationen) wird aufgezeigt, wie in einem für das Flächenland Rheinland-Pfalz repräsentativen Raum neue Kooperationsstrukturen entstehen und erhalten werden<sup>58</sup>. Herr Olivier Farge, der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Frau Seher Diehl (Initiative Integration) und Herr Erhard Freunschdt (Erster Beigeordneter der Kreisverwaltung Bad Dürkheim) berichten dabei von ihren durchweg positiven Erfahrungen und beantworten Fragen der Moderatoren.

Der Ausländerbeirat des Landkreises Bad Dürkheim existiert seit 15 Jahren. Herr Freunschdt betont, dass der Ausländerbeirat für den Kreis als Ansprechpartner notwendig sei. Die Verwaltung suche offene Gespräche mit diesem Gremium, um ihre Anliegen gegenüber der Migrationsbevölkerung im Kreis zu erklären und zu vermitteln. So habe dieses Gremium einen großen Nutzen für die Verwaltung, weil der Beirat als Mittler und Transformator fungiere, indem er Probleme aufzeige und Kontakte herstelle. Im Wissen um diesen Nutzen ist die Verwaltung bemüht, angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Ausländerbeirat seine Arbeit effektiv und effizient ausüben kann („wir machen was für die, und die was für uns“). Herr Farge bestätigt das vertrauensvolle Verhältnis und betont, dass für den Erfolg des Beirates die Verbindung von kommunikativem Vertrauen und kurzen Wegen in der Politik und eine verbindliche und professionelle Arbeit der Beiräte wichtig seien.

In der Anfangszeit des Ausländerbeirates sei es zu einer gewissen Enttäuschung gekommen, weil sowohl von der Kommunalpolitik als auch der ausländischen Bevölkerung hohe Erwartungen an die Ausländervertretung gestellt worden seien, die nicht erfüllt werden konnten, zumal anfangs keine klaren Zuständigkeiten vorlagen. Dies habe sich in der Zwischenzeit geändert; der Ausländerbeirat sei nun sozusagen ein „Teil der Verwaltung“. Damit ist aber auch ein Funktionsproblem angesprochen, das in ähnlicher Form auch in anderen Beiräten<sup>59</sup> oft erwähnt wird: Die Beiräte übernehmen vielfach Beratungsfunktionen bei existenziellen rechtlichen und sozialen Problemen von Migrantinnen und Migranten (oft auch Flüchtlingen). Dies wäre im Prinzip eher eine Aufgabe der Migrationsdienste, der Sozial- und Ausländerbehörden und anderer Einrichtungen. Somit ist das Verständnis politischer Arbeit in den Beiräten weit gefasst.

<sup>58</sup> Die exemplarische Wahl dieses Landkreises erfolgte aus zwei Gründen: Einerseits sollten damit auch Grenzen der Übertragbarkeit von Erfahrungen, Projekten und Forschungsbefunden erkennbar werden, die zumeist eher in großen Metropolregionen wie Frankfurt, Mannheim, Köln oder Berlin, aber auch in urbaneren Orten wie Mainz oder Koblenz gesammelt wurden. Zum anderen sind kleinere Flächenkreise mit einem mittelgroßen Zentrum und einer moderaten Migrationsquote für Rheinland-Pfalz repräsentativer als die Bevölkerungsstrukturen in Mainz oder Ludwigshafen.

<sup>59</sup> Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden mit insgesamt sechs Ausländerbeiräten und sechs Vereinen in Rheinland-Pfalz Gruppeninterviews geführt.

Ein Problem sieht Olivier Farge darin, dass viele Ausländerinnen und Ausländer nichts über den Ausländerbeirat wissen. Deswegen hat der Landkreis einen Informationsbrief an alle ausländischen Mitbürgerinnen verschickt. Aus der Tatsache, dass Rheinland-Pfalz in erster Linie ein Flächenland ist, ergibt sich ein grundsätzliches strukturelles Problem in Bezug auf die landesweite Kommunikation. Außerdem sind die ehrenamtlichen Berater in der Sprechstunde des Ausländerbeirats als Laien bei schwierigen Rechtsfragen oft überfordert. Die Frage der Grenzziehung zwischen professionellem Beratungs- und Unterstützungsangebot und ehrenamtlicher Hilfeleistung wäre im oben erwähnten Prozess der Anerkennung zu thematisieren, eine stärkere Vernetzung mit Experten ist dringend notwendig. Hier stößt das Ehrenamt deutlich an seine Grenzen.

Während die gegenseitige Anerkennung zwischen dem Beirat und den kommunalpolitischen Verantwortlichen laut Olivier Farge oft recht gut funktioniert, habe sich der Beirat die Akzeptanz in seiner Rolle als politisches Repräsentationsorgan und als lebenspraktische Beratungsstelle in der Migrationsbevölkerung erst erarbeiten müssen. Dazu würden niederschwellige Aktivitäten genutzt, ohne die ein Kontakt zu und zwischen den Migrantengruppen und der lokalen Bevölkerung kaum möglich sei. Bewährt habe sich im Landkreis Bad Dürkheim das alljährliche Spiel- und Sportfest, das ursprünglich vom Ausländerbeirat initiiert wurde. Hier wirken zahlreiche Gruppen, Vereine und Initiativen mit und die Austragungsorte im Kreis wechseln jährlich. Pointiert formuliert Herr Farge den Schlüssel zum Erfolg dieses Festes: „Über die Kinder kommen wir an die Leute dran“. Symbolisch für das Miteinander steht das traditionelle Fußballspiel zwischen dem Ausländerbeirat und Mitgliedern der Verwaltung.

Während auf Kreisebene der Ausländerbeirat als zentraler Akteur zwischen den Institutionen wirkt, ist in der Kreisstadt Bad Dürkheim selbst bei der Wahl 2004 kein Beirat mehr zustande gekommen. Stattdessen gibt es hier mit der „Initiative Integration“ eine weniger institutionalisierte, gleichwohl dauerhaft wirksame Form der Partizipation von Migrantinnen und Migranten im lokalen Raum. Sie wird von Frau Seher Diehl vorgestellt. Die Initiative entstand 1999 im Rahmen eines Lokalen Agenda 21-Prozesses, in dem die „Initiative Integration“ als eine von mehreren Arbeitsgruppen eingebunden war und immer noch ist. Dieser Entstehungszusammenhang verweist darauf, dass die Bearbeitung lokaler Integrationsfragen und die Anliegen von Migrantinnen und Migranten nicht unbedingt als „Sonderpolitik“ betrieben werden müssen, wie es letztlich über die Bildung von speziellen Ausländerbeiräten geschieht. Das Beispiel der Agenda 21 zeigt, dass Integration als soziales Querschnittsthema in den Mittelpunkt kommunalpolitischer Prozesse gerückt werden kann, um so genügend Breitenwirkung innerhalb der Bevölkerung und ihrer wichtigen Institutionen (z.B. Kirchen, Arbeitsamt, Schulen, Vereine) zu entfalten.

Die Initiative agiert vor allem im Bereich von Bildungs- und Kulturangeboten. Es werden Lesungen ausländischer Gäste, Kulturabende, Sprachkurse sowie Koch- und Begegnungsgruppen für Migrantinnen und regelmäßig Soziale Gruppenarbeit mit Kindern an einer Brennpunktschule angeboten. Dabei sorgt die enge personalisierte Kooperation mit der VHS, dem Sozialamt und kirchlichen Trägern dafür, dass die Aktivitäten nicht nur als eines von mehreren Agenda-Themen mitlau-



fen, sondern durch eine breite zivilgesellschaftliche Lobby mitgetragen werden. Die Kommune bzw. der Kreis sorgt für eine Basisfinanzierung der Aktivitäten, die allerdings ehrenamtlich organisiert werden. Die Kommune unterstützt vor allem durch die unentgeltliche Bereitstellung von Räumen, Infrastruktur und Informationen, so dass die ehrenamtlich getragenen Aktivitäten nicht schon an Ressourcenproblemen scheitern. Dennoch räumt Frau Diehl ein, dass die Gewinnung von aktiven Ehrenamtlichen eine Herausforderung bleibe und in vielen Fällen auch die langjährige Erfahrung von ihr und anderen Gründungspersonen unerlässlich sei, um Kontakte und Gehör bei den verschiedenen Migrantengemeinschaften zu finden und nutzen zu können.

### **Interkulturelle Stadtteilarbeit: Das Neustadt-Projekt in Mainz**

Als weiteres Fallbeispiel ist das Interkulturelle Stadtteilzentrum im Mainzer Neustadt-Projekt zu nennen. Das Projekt in der Trägerschaft von Arbeit und Leben gGmbH verfolgt über unterschiedliche methodische Angebotsstrukturen eine niederschwellige und zielgruppendifferenzierte Strategie von lebensweltnaher Bildungs- und Sozialarbeit. Angebote für Kinder und die Arbeit mit Frauen mit und ohne Migrationshintergrund bilden die Hauptsäulen des Angebots<sup>60</sup>. Finanziert wird das Projekt u.a. durch die Stadt Mainz, die Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit in Rheinland-Pfalz und das Bundesministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur sowie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ein multikulturelles Team aus zwei hauptamtlichen Halbtagskräften und rund 20 nebenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist im Projekt beschäftigt. Auch das dokumentiert die große Bedeutung der ehren- und nebenamtlichen Arbeit. Das Zentrum wird im Stadtteil mit einem Ausländeranteil von ca. 30% (v.a. türkischer Nationalität) mittlerweile gut angenommen. So nutzen bereits zwölf Migrantorganisationen unterschiedlicher ethnischer Gruppen das Zentrum als Treffpunkt.

Die Aktivitäten des Neustadt-Projekts werden von Doris Hormel, Mitarbeiterin beim Träger Arbeit&Leben gGmbH, vorgestellt. Sie unterscheidet drei Ebenen, auf denen die Partizipation von Migrantinnen und Migranten zum Tragen kommt. Auf institutioneller Ebene bilden die enge Zusammenarbeit mit Migrantorganisationen und Multiplikatoren ebenso wie die Beteiligung in lokalen und überregionalen Gremien ein charakteristisches Strukturmerkmal. Beispielsweise werden alle Einzelprojekte durch multikulturelle Teams begleitet. Bei den Aktivitäten selbst haben die Adressatengruppen vielfältige Partizipationsmöglichkeiten, was am Beispiel der Umgestaltung des Goetheplatzes illustriert wird. Schließlich greift die pädagogische Ebene die Partizipation durch das Angebot niederschwelliger, beteiligungsorientierter und aktivierender Arbeitsformen methodisch auf.

In ihrer Darstellung macht Doris Hormel deutlich, dass eine dauerhafte Partizipation zunächst eine Stärkung (*empowerment*) der Migrantinnen und Migranten voraussetzt, so dass diese sich

<sup>60</sup> Ausführlicher dazu der Jahresbericht 2005 zum Neustadt-Projekt, hg. von Arbeit und Leben gGmbH Mainz

gegenüber professionalisierten institutionellen Strukturen mit ihren „hochschwelligem“ Kommunikations- und Handlungsmustern behaupten können. Das sei erst über die unvoreingenommene Anerkennung der Leistungen und Interessen möglich. Am Beispiel der Umgestaltung des Goetheplatzes wird darüber hinaus deutlich, dass die Erfolg versprechendste Form der Partizipation die gemeinsame und gleichberechtigte Teilhabe an Projekten ist (Stichwort Bürgerbeteiligung).

### 5.3.3 Förderliche und hemmende Faktoren erfolgreicher Partizipation und Netzwerkbildung

Im Anschluss an die Präsentationen bringen auch die anderen Teilnehmenden des Praxisgesprächs ihre Erfahrungen in die Diskussion mit ein. Dabei geht es zum einen um die Identifizierung von Faktoren, die für eine erfolgreiche Partizipation wesentlich sind, zum anderen sollen konkrete Handlungsempfehlungen benannt werden, die gemeinsam, auf lokaler oder auf Landesebene zur Förderung von Partizipation und Netzwerken dienen können.

Doro Siebecke vom Verein „Interkultur“ in Gernersheim hat die Erfahrung gemacht, dass bei allem Unmut, den viele Migrantinnen und Migranten in ihrer Selbstorganisation oft entwickeln, „Meckern“ lediglich eine Mauerbildung auf Seiten der Verwaltungen zur Folge hat. Einen Ausweg sieht sie in verstärkter Öffentlichkeitsarbeit, die deutlich macht, dass Ausländerinnen und Ausländer ihre Rechte haben und sie auch in Anspruch nehmen müssen. Das gilt nicht nur für das Wahlrecht zum Ausländerbeirat, sondern für viele andere Bereiche auch. Dennoch hält ihre Kollegin, Veronica Abrego, es für wichtig, die unbestreitbaren Konfliktlinien und oft unbewussten Diskriminierungen, denen sich ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger oftmals ausgesetzt sehen, auch klar zu benennen und aus diesem Wissen heraus dann Kooperationen einzugehen.

Als eine mögliche Strategie wird vorgeschlagen, Tandems zwischen politischer Fürsprache und gruppenbezogener Interessenvertretung zu bilden. Dort, wo Migrantenorganisationen mit aktiver, öffentlich sichtbarer politischer Unterstützung im Rücken agieren, lassen sich auch andere Institutionen (Kirchen, Schulen, Arbeitgeber) leichter für die Vernetzung gewinnen. Dies hat viel mit Vertrauen zu tun, und Politik kann (durchaus kostenneutral) z.B. durch die Teilnahme an Aktivitäten der Migrantengruppen oder symbolische Aktionen wie dem o.g. Fußballspiel in Bad Dürkheim wichtige Signale der Anerkennung gegenüber der Öffentlichkeit setzen.

Auf Grund des Kosten-Nutzen-Kalküls sei es für die gegenseitige Motivation von Netzwerkpartnern wichtig, dass alle Seiten wissen, was für sie im Ergebnis „rauskommt“, so Mechthild Gerigk-Koch vom Büro der Beauftragten für Migration und Integration. Die einzelne Person wie auch die Organisationen und Gruppen fragen letztlich immer danach, „was nützt es uns?“. Für die Netzwerke gelte es zu präzisieren, wie über eine Kooperation „Probleme gelöst werden können, die allein nicht zu lösen sind.“ Dass die Zusammenarbeit manchmal ganz einfach praktiziert werden kann, zeigt ein Beispiel, das Herr Farge erwähnt: Für Kinder aus Migrantenfamilien wurde über

die Universität Heidelberg in den Ferien eine Woche lang ein Feriensprachkurs angeboten. Die Verwaltung sorgte für den Zugang zu den Schulräumen in den Ferien und übernahm die Reinigung.

Zur praktischen Arbeit betont Erhard Freunschdt von der Kreisverwaltung Bad Dürkheim nochmals, dass der Vorsitzende des Ausländerbeirates alle Sitzungsvorberichte erhält. Dieser entscheide dann, an welchen Sitzungen er mit beratender Stimme teilnehmen will. So könne der Ausländerbeirat selbst die Prioritäten setzen, welche politischen Belange die Interessen von Migrantinnen und Migranten besonders berühren. Im Gegenzug sei auch immer ein Verantwortlicher der Kreisverwaltung bei den Sitzungen des Ausländerbeirates dabei.

Im Zusammenhang mit Kooperationsansätzen von Migrantenprojekten und etablierten Organisationen fällt das Stichwort „Kommunikative Macht“, das in der Präsentation des Neustadt-Projekts bereits anklang. Miguel Vicente, Geschäftsführer der AGARP (Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz) betont, dass trotz vieler Bemühungen zur Stärkung und Professionalisierung des Ehrenamtes (z.B. im Rahmen von InPact) häufig keine symmetrische Kommunikation als Kooperationsvoraussetzung ermöglicht werde. Zwar würden viele Einrichtungen von interkultureller Öffnung sprechen, aber kaum etwas an den undurchsichtigen formalen Routinen und Kommunikationspraktiken und an der Besetzung der Führungsrollen z.B. in Schulen, Behörden oder den politischen Gremien ändern. So würden eben viele engagierte Personen doch bald wieder abgeschreckt.

Auch Maria Weber, Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Arbeit nur funktionieren könne, wenn Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten. Nur so werden Ehrenamtliche nicht überfordert. Außerdem haben sie in den Hauptamtlichen verlässliche und dauerhafte Partner, die die nötige Kontinuität und Ansprechbarkeit sicherstellen und die in der Regel auch über die formellen und informellen Netzwerke verfügen.

Das Erfordernis einer starken Vernetzungskompetenz hat z.B. in Koblenz dazu geführt, dass dort eine hauptamtliche Leitstelle für Integration der Verwaltung eingerichtet wurde, für die Josef Hehl (Hauptamt der Stadt Koblenz) ein Partizipationskonzept entwickelt hat. Mit diesem Weg will die Stadt Koblenz erreichen, dass alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure und öffentlichen Einrichtungen, die sich mit Integrationsfragen befassen, über eine dezernatsübergreifende Stelle koordiniert und vernetzt werden können.

Herr Zakrzewski vom Büro der Beauftragten für Migration und Integration hebt die Bedeutung von EU-Angehörigen in kommunalen Gremien als Lobbyisten hervor. Menschen mit Migrationshintergrund können besser gewisse Themen einbringen (Brückenfunktion und Vermittlung); kommunale Gremien werden so glaubwürdiger. Zudem bemängelt er eine fehlende Öffnung nach außen zuweilen auch bei manchen Ausländervereinen, so dass diese aufgefordert seien, ihrerseits wie

z.B. der Lernzirkel Ludwigshafen, aktiv auf die Institutionen und Partner zuzugehen und ihre Möglichkeiten aufzuzeigen.

Neben der Politik ist die Schule eines der wichtigsten Partizipationsfelder, da die Motivation zur Mitwirkung bei der Erziehung und Bildung vergleichsweise hoch ist und zum anderen, weil die oftmals überforderten Schulen hier dringend Unterstützung benötigen. Allerdings beklagt Frau Weindel-Güdemann vom rheinland-pfälzischen Landeselternbeirat, dass in Elternvertretungen an Schulen kaum Eltern mit Migrationshintergrund vertreten seien. Außerdem gebe es keine Sicherung des Wissens. Sobald die wenigen ausländischen Eltern aus den Gremien ausscheiden, sei auch ihr Know-how weg. Dies liege auch daran, dass die Schule ein geschlossenes System sei. Vielen Eltern sei zudem das Prinzip der Elternmitwirkung im deutschen Bildungssystem nicht hinreichend bekannt. Wichtig sei deshalb die Unterstützung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere auch eher bildungsferner Schichten, für Gremienarbeit innerhalb „hochschwelliger“ Strukturen.

#### 5.3.4 Identifizierung von Handlungserfordernissen aus Sicht der Praxis

Konsens der Teilnehmenden bestand bezüglich der Forderung nach der nunmehr bundesweit anlaufenden sprachlichen Frühförderung. Der verpflichtende Erwerb der deutschen Sprache bereits im Kindergarten ist unerlässlich für alle nachgelagerten Bildungs-, Arbeits- und Partizipationsprozesse. Allerdings zögern viele Kommunen vor einer flächendeckenden Umsetzung, um kurzfristig weiter Geld zu sparen, wie Herr Hehl berichtet. Das Geld, das hier eingespart wird, müsse später jedoch als Vielfaches ausgegeben werden, wenn z.B. ausländische Jugendliche keinen Arbeitsplatz finden und Sozialhilfe beziehen. In den Schulen müsse mehr Sprachförderung betrieben werden, wobei hier auch verschiedene Lösungen unter Einbezug der Erwachsenen besonders zu fördern wären.

Auch die Einrichtung von Ganztagschulen böte gute Möglichkeiten, wenn sich Schulen Migrant\*innenorganisationen gegenüber mehr öffnen würden, glaubt Frau Raddatz vom Pädagogischen Zentrum in Bad Kreuznach. Sie hält zudem eine professionelle Lotsenhilfe für Migrant\*inneneltern für wichtig, da diese das deutsche Schulsystem oft nicht genügend verstünden. Herr Vicente (AGARP) sieht eine wesentliche Grundlage für die Vorbereitung der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe darin, dass Kindern schon früh in der Schule demokratische Spielregeln vermittelt werden, weil dieses Lernfeld die Basis für späteres politisches Engagement sei.

Schulen und andere Einrichtungen, die prinzipiell die Ressourcen von Migrant\*innenorganisationen und Einzelpersonen nutzen wollen, seien zudem gut beraten, so Vicente, wenn sie neben den Migrant\*innenorganisationen, denen nur ein Bruchteil der Migrant\*innenbevölkerung aktiv angehöre, auch Einzelpersonen stärker einbeziehen, die nicht organisiert sind, aber trotzdem neben- oder ehrenamtlich helfen wollen. Hier wäre ein Adressenpool („Ressourcenpool“) mit Informationen zu den

Kompetenzen und Ressourcen unterstützungswilliger Personen denkbar. Diese könnte Einrichtungen und Behörden, Schulen etc. zugänglich gemacht werden, so Herr Gmeinwieser vom Ausländeramt in Bad Dürkheim. Einen solchen Adressenpool würden sich auch die Schulen wünschen, ergänzt Frau Raddatz. Die Beauftragte für Integration und Migration, Frau Weber, signalisierte Bereitschaft, einen solchen Wegweiser zu unterstützen.

Auch die Verwaltungen, so Herr Freunsch, müssten sich einen Überblick darüber verschaffen, welche Selbsthilfeorganisationen es gibt und wo sie noch besser in die kommunalen Handlungsfelder einbezogen werden können. Außerdem müssten sie sich mit der Frage beschäftigen, welche Rahmenbedingungen nötig sind, um sie zu unterstützen.

Eine übergeordnete Frage ist, wie und wo tragfähige Koordinationsstrukturen zu etablieren sind und wie der Informations- und Kommunikationsfluss verbessert und institutionalisiert werden kann. Dazu regt Herr Graßhoff (Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik) eine spezielle Seminarreihe für Kommunalverwaltungen an, in der das Personal für die Partizipationsmöglichkeiten sensibilisiert und praktisch durch gute Beispiele ermutigt wird.

Erfolgsbeispiele wie das Neustadt-Projekt in Mainz müssten bekannt gemacht und ausgeweitet bzw. übertragen werden. Möglicherweise sind so genannte Leuchtturmprojekte hier hilfreich. Als weiteres Beispiel nennt Herr Graßhoff das Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden, wo stadtteilbezogene Arbeitsgruppen mit allen Beteiligten Ziele und deren Umsetzung erarbeiten. Das geplante Integrationsforum in Mainz sollte jedenfalls gezielt Kommunalverantwortliche als Zielgruppe ansprechen.

Weiterhin regt Herr Graßhoff an, Institutionen wie die Beauftragte oder RIFI (Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration) auch auf kommunaler Ebene zu installieren, um den Austausch immer wieder anstoßen zu können. Die Nachhaltigkeit, die bei hauptamtlichen Stellen gegeben sei, müsse auch bei Ausländergremien gegeben sein, mahnt Frau Gerigk-Koch. Die Beauftragte für Migration und Integration, Frau Weber, möchte entsprechende Strukturen aufbauen, wenngleich sie weiterhin im Ehrenamt den Schwerpunkt des konkreten Partizipationshandelns sieht.

Das Büro der Beauftragten sieht sich als Knotenpunkt für den Austausch und die Vernetzung und Kooperation auf regionaler und örtlicher Ebene. Die Internetseite sowie die Zeitschrift „Treffpunkt“ sollen als Foren zum Austausch intensiver genutzt werden. Zudem finde sich auf der Internetseite eine Übersicht mit Projekten, und Hinweisen zu den ideellen und finanziellen Fördermöglichkeiten, die Vereine, Gruppen und öffentliche Einrichtungen vom Land in Anspruch nehmen können, wenn sie neue Vorhaben initiieren wollen. „Präventive Arbeit lohnt sich allemal“ lautete das Schlussplädoyer der Beauftragten für Migration und Integration. Die konkreten Schritte zur Initialzündung neuer Netzwerke und Projekte und die dafür nötigen Strukturentscheidungen müssten allerdings auf örtlicher Ebene erfolgen. Denn für die lokalen Fragen gebe es in der Regel auch nur lokale Lösungen.

## 5.4 Gesamtbetrachtung zur politischen Partizipation

Die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz war und ist seit langem ein Schwerpunkt der Integrationspolitik. Die Konstitution der Ausländerbeiräte und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz sind Beleg einer landesweiten Tradition, die von Ort zu Ort unterschiedliche Formen angenommen und Erfolge gezeitigt hat. Die Besonderheiten des Flächenlandes mit überwiegend kleineren Städten und ländlichen Kommunen bedingen eine andere Ausgangslage als Ballungsräume wie z.B. das Rhein-Main Gebiet oder das Ruhrgebiet.

In vielen Kommunen haben sich formelle und informelle Strukturen entwickelt, in denen sich die Akteure der lokalen Szene in der Regel seit langem kennen und wissen, was sie voneinander erwarten können. In den Orten, die wir bei der Untersuchung genauer kennenlernen konnten, gab es meistens einige wenige Personen, die aufgrund langjähriger Vereinsfahung, guter Beziehungen zur lokalen Politik und einer gewissen professionellen Herangehensweise die Entwicklungen geprägt haben. Es wäre vor diesem Hintergrund nicht abwegig zu fragen, ob die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten letztlich nicht doch eher eine Frage persönlicher und zufälliger Umstände ist. Ohne Kontinuität und Professionalität ist das komplexe und voraussetzungsvolle Handlungsfeld der kommunalen Politik kaum zu bespielen, das gilt für Migrantenorganisationen ebenso wie für andere Bevölkerungs- und Interessengruppen. Entsprechend schwierig ist es, die besonderen institutionellen Zugangsbarrieren für Migrantenorganisationen konkret zu benennen, wenn man von dem objektiven Kriterium des Wahlrechts absieht. Auch wenn sich am kommunalen Wahlrecht nicht der gesamte Erfolg politischer Partizipation festmachen lässt, wäre es ein wichtiger Schritt, mit dem die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl signalisiert würde.

Die Fallstudien wie auch die Gespräche mit Beiräten und mit Kommunalpolitikern ergeben ein Bild, das in der Grundtendenz eher von pragmatischer Kooperation und gegenseitiger Wertschätzung als durch Ausgrenzung und Vorenthaltung gekennzeichnet ist. Dort, wo eine Zusammenarbeit zwischen Kommune, lokalen Institutionen und den örtlichen Migrantenorganisationen stattfindet, scheint diese auch durch Offenheit und Verständnis für die Bedürfnisse, Probleme und Möglichkeiten des Gegenübers charakterisiert zu sein. Das setzt - wie immer wieder betont wird - eine verlässliche Partnerschaft voraus. Diese zu ermöglichen und durch ideelle Unterstützung und rudimentäre finanzielle Mittel auszustatten, ist zunächst eine kommunale Aufgabe. Wo es schon an wenigen 1000 Euro für Büromittel und einen Sitzungsraum fehlt, ist keine Identifikation des Ehrenamtes mit den Aufgaben zu erwarten. Wenn diese Grundausstattung allerdings gegeben ist, liegt es bei den Migrantenorganisationen und ihren Vertretern, die nötige Kontinuität und Nachhaltigkeit einer Ansprechstelle für andere Institutionen aufzubauen. Das gelingt nicht immer.

Inwieweit Ausländerbeiräte zur Wahrnehmung dieser Funktion in der Lage sind, ist zunehmend fraglich. Das Beispiel Bad Kreuznach und auch die Überlegungen, die in Koblenz zu Einrichtung einer Leitstelle für Integration geführt haben, zeigen, dass das klassische Repräsentationsmodell mit rotierenden Besetzungen erhebliche Defizite und Akzeptanzprobleme mit sich bringt, darin sind sich die aktiven Migrantinnen und Migranten sowie die Verwaltungs- und Politikvertreter weitgehend einig. Die vielerorts nun entstehenden Integrationsbeiräte sollen diesen Problemen nun Rechnung tragen und sind Beleg für ein gemeinsames Problem- und Lösungsverständnis. Ob sie die richtigen Lösungen bieten, wird sich erweisen müssen. Die Aufmerksamkeitssteigerung sowohl im Bund als auch in Rheinland-Pfalz für die Integrations- und Partizipationsthematik kann diesen Entwicklungen den nötigen Schwung und öffentliche Aufmerksamkeit verleihen. Allerdings zeigt der Ausstieg einiger türkischer Verbände aus den Gesprächen des Integrationsgipfels aus Protest gegen das kürzlich verabschiedete Zuwanderungsgesetz, wie sensibel die Wahrnehmungen und Befindlichkeiten in Bezug auf den „Ernstcharakter des Partizipationsangebots“ weiterhin bleiben.

## 6. Handlungsempfehlungen zur Unterstützung von Partizipation und Vernetzung

### 6.1 Transparenz und Information: Eine landesweite „Kompetenz-Landkarte“

Es besteht wenig Transparenz über die lokal und/oder überregional vorhandenen Kompetenzen, Ressourcen und Kapazitäten von Migrantenorganisationen. Einerseits gibt es eine kaum noch zu überschauende Zahl von Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen und sie sind oftmals auch in formale und informelle Entwicklungsnetzwerke eingebunden. Andererseits wissen viele Institutionen und Einrichtungen, die in ihren Handlungsfeldern potenziell mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten könnten, kaum etwas über die „Migrantenszene“ vor Ort, geschweige denn überregional.

88

Wie im Praxisgespräch gefordert, wäre hier eine Art landesweiter Ressourcen- und Kompetenzdatenbank bzw. eine Kompetenz-Landkarte sinnvoll, aus der sich entnehmen ließe, wo es im Land welches institutionalisierte Know-How bereits gibt. Anregungen für eine praktische Umsetzung bietet der so genannte Integrationskompass in Hessen<sup>61</sup>. Migrantenorganisationen könnten und sollten hier selbst entscheiden, welche Kompetenzen sie dort präsentieren und ggf. anderen Kooperationspartnern anbieten könnten. Die Pflege und Aktualisierung einer solchen Datenbank wäre ohne Zweifel eine Herausforderung und sollte daher zentral bei der Landesbeauftragten angesiedelt sein<sup>62</sup>.

### 6.2 Sichtbare Partnerschaft: Rückenstärkung und aktive Unterstützung seitens der örtlichen Politik

Die exemplarischen Fallbeispiele zeigen, dass die Wirksamkeit und öffentliche Wahrnehmung von Migrantenorganisationen auf Dauer nur mit verbindlicher und aktiver Unterstützung seitens der Lokalpolitik bzw. durch die zuständigen Verwaltungsstellen (Dezernate, Landräte) zu erreichen ist. Dabei geht es weniger um die finanzielle Unterstützung einzelner Aktivitäten oder einer institutionellen Förderung (dazu unten) als vielmehr um ein regelmäßiges und sichtbares gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten (z.B. einer Schule), denen die Existenz von Migrantenorganisationen vor Ort oft gar nicht bekannt ist. Gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit demonstriert die Anerkennung und Wertschätzung durch Politik und lokale Honorationen. Verbindliche und regelmäßig gepflegte Anlässe wie etwa ein jährliches Kulturfest oder ein Bürger-

<sup>61</sup> In Internet: [www.sozialnetz.de/ca/dr/cqb/](http://www.sozialnetz.de/ca/dr/cqb/) [Zugriff: 30.01.2008]

<sup>62</sup> Die Nutzung der bereits bei der Landesbeauftragten vorhandenen Adressenliste der Organisationen in RLP im Rahmen unserer Schulerhebung, bei der wir auch Migrantenorganisationen angeschrieben hatten, zeigte, dass diese einfache Adressendatei kaum eine gezielte Ansprache von Gruppen ermöglicht. Das hat dazu geführt, dass im Arbeitsstab der Beauftragten derzeit eine Kompetenzkarte mit aktualisierten Daten und genaueren Informationen erstellt wird.



forum können der Institutionalisierung dienen und unter Umständen zu einer festen Größe des Jahresprogramms werden (als Beispiel kann auf das Spiel- und Sportfest im Kreis Bad Dürkheim hingewiesen werden).

### **6.3 Anerkennung und Chancengleichheit: Kommunales Wahlrecht als Weg in die Normalität**

Trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken, die 1990 zunächst zu einer Ablehnung des von Hamburg und Schleswig-Holstein intendierten kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer führten, wird die Forderung seitens der Migrantenorganisationen und Ausländerbeiräte weiterhin aufrecht erhalten. Die Entscheidung für oder gegen ein solches Wahlrecht ist letztlich nur juristisch und bundeseinheitlich zu klären. Die Angleichung innerhalb der Europäischen Union und das bereits eingeführte Wahlrecht für EU-Ausländerinnen und Ausländer wie auch die gängige Praxis in anderen europäischen Staaten, in denen ein Wahlrecht besteht, lässt zunehmend begründeten Zweifel aufkommen, ob die Verweigerung der vollwertigen demokratischen Teilhabe für andere Migrantengruppen, d.h. Nicht-EU Bürger auf kommunaler Ebene dauerhaft zu rechtfertigen ist. In einer vergleichenden Analyse der Migrationspolitiken in Deutschland, Großbritannien und Spanien kommt Ursula Birsl zu dem Schluss, dass in allen drei Ländern im Wahlrecht die „zentrale Beschneidung bürgerlicher Rechte in der repräsentativen Demokratie“ liegt (Birsl 2005: 243).

Der demographische Wandel und die veränderten Bevölkerungsstrukturen in den Städten und Kommunen werden ohne ein verändertes Wahlrecht immer weniger die realen Verhältnisse in der Bevölkerung abbilden. Viele Parteien und Politiker haben das bereits erkannt und ahnen, dass Migrantinnen und Migranten im Falle eines kommunalen Wahlrechts rasch eine umworbene Wählergruppe darstellen würde. Der Verzicht auf ein kommunales Wahlrecht wird unter anderem damit begründet, dass Ausländerinnen und Ausländern schließlich der Weg zu vollen Bürgerrechten über die Option der Einbürgerung, also die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft offen stünde. In der Tat hat dieser Prozess in den letzten Jahren dazu geführt, dass viele ehemals Wahlberechtigte als nunmehr deutsche Staatsbürger nicht mehr den Ausländerbeirat wählen dürfen. Die Ausländerbeiräte selbst haben aufgrund der Einbürgerung ebenfalls einige ihrer Aktivisten verloren. Das Einbürgerungsargument würde allerdings in der Konsequenz münden, dass die Wahrnehmung von vollen Teilhaberechten faktisch an einen „Einbürgerungszwang“ gekoppelt ist. Das kann kaum die Intention einer ernstgemeinten Partizipationspolitik sein, die darauf abzielt, allen Bevölkerungs- und Statusgruppen die gleichen Mitwirkungschancen zu eröffnen und nicht nur jenen, „die sowieso dazugehören“. Mit der bereits begonnenen Reform der Ausländerbeiräte wurde in Rheinland-Pfalz nun ein neuer Weg eingeschlagen, der diesen Problemen Rechnung trägt.

## 6.4 Professionalisierung der gemeinsamen Interessenvertretung

Die Landespolitik sieht in der Förderung des Ehrenamts dezidiert die „tragende“ Säule der Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Leben. Der Appell für mehr Bürgerengagement richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig muss in Rechnung gestellt werden, dass die große Mehrzahl der meistens kleinen Initiativen und Organisationen der Migrantinnen und Migranten weder über haupt- oder nebenamtliche Geschäftsstellen noch über Verbandsmitgliedschaften verfügt. Anders als etwa die Sportvereine, kirchliche Gruppen oder Musikvereine existiert keine verbandliche Vertretungsebene, die die Interessen von Migrantenorganisationen gebündelt gegenüber Ministerien oder Schulbehörden im Grundsatz vertreten könnte. Auch wenn eine konventionelle Verbandsstruktur im Bereich der Migrantenpartizipation schlecht vorstellbar und angesichts der Vielfalt von Interessen und Ausrichtungen der Migrantenorganisationen auch fraglich wäre, bleiben das Vertretungsproblem und die mangelnde Lobbykraft bestehen. Die Stadt Essen hat für dieses Problem einen interessanten Weg beschritten, in dem dort – parallel zum Integrationsbeirat – auch ein Verbund der Essener Migrantenvereine als eigener Dachverband initiiert wurde<sup>63</sup>. Derartige Netzwerke können die oftmals nur schwer zu durchschauenden Vereins- und Interessensgeflechte innerhalb und zwischen der Migrantenorganisationen besser kanalisieren und bündeln. Sie lassen sich weder durch eine politische „Fürsprache durch Dritte“ (etwa die Wohlfahrtsverbände) noch durch charismatische Einzelpersonen oder besonders strahlkräftige Leuchtturmprojekte ersetzen.

## 6.5 Perspektiven und Anregungen

Eine der Ausgangsfragen des Projekts war es, inwieweit Migrantinnen und Migranten in selbst gewählten Handlungsfeldern als Kulturmittler agieren können. Einerseits mag dieser Gedanke naheliegend und geradezu selbstverständlich sein. In der Tat zeigen die Ergebnisse unserer Untersuchung auf vielfältige Weise, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund genau solche Funktionen aus ganz unterschiedlichen Motiven und mit verschiedenen Ressourcen im Alltag aktiv wahrnehmen. Andererseits offenbaren die Gespräche und Erhebungen allerdings, dass dies nur selten zwischen den Partnern und beteiligten Institutionen explizit thematisiert oder gar systematisch geplant wird. Ohne Zweifel sind es zunächst ganz persönliche Motive, die eine entscheidende Triebfeder für aktives Bürgerengagement darstellen und gerade die Erfahrung unzureichender Teilhabemöglichkeiten erzeugt bei vielen Migrantinnen und Migranten den Ansporn, sich „jetzt erst recht“ zu Wort zu melden und zur Tat zu schreiten. Mit wachsender Komplexität der Handlungsfelder und mit den wachsenden Erwartungen an die Problemlösungsfähigkeiten ist jedoch zu fragen, wie aus einem oftmals temporären Ehrenamt auch eine weiterführende Perspektive für Migrantinnen und Migranten und damit die Erschließung von neuen Handlungsmöglichkeiten an den institutionellen Schnittstellen entstehen kann.

<sup>63</sup> Nähere Informationen: <http://web251.s11.typo3server.com/index.php?1> [Zugriff: 30.01.2008]

Es gibt bislang kaum etablierte Entwicklungsstrukturen und Rahmenbedingungen, die motivierte und kompetente Menschen mit Migrationshintergrund darin unterstützen, in eine (semi) professionelle, über das Ehrenamt hinausgehende Tätigkeit als Integrations- und Kulturmittler hinein zu wachsen. Die Stadt Münster erprobt seit einiger Zeit ein Projekt mit so genannten „Integrationslotsen“ (Michalowski 2005), die Zuwandernde im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsmanagements auf dem Weg in und durch die verschiedenen Institutionen sowie beim Aufbau sozialer Netzwerke begleiten. Bezeichnenderweise werden Migrantinnen und Migranten (oftmals auch Studierende mit Fremdsprachenkenntnissen) hier nur als „Lotsenhelfer“ eingesetzt, deren Funktion sich offenbar aber auf die Sprachmittlerrolle beschränkt. Die Reduktion des Beitrags von Migrantinnen und Migranten lediglich auf sprachliche ‚Zulieferdienste‘ verkennt womöglich aber das volle Potenzial und die impliziten Motive, die mit der Übernahme solcher Tätigkeiten verbunden sind. Es stellt sich die Frage, warum nicht die Migrantinnen selbst die geeigneten Integrationshelfer und -vorbilder sein können, bzw. was nötig wäre, um sie in die Rolle zu versetzen.

Die neueste Ausgabe des newsletters im EQUAL-Programm (1/2007) sieht für Menschen mit Migrationshintergrund etwa im Bereich der Sozial- und Gesundheitswesen neue Berufsfelder, in denen die spezifischen Sprachkompetenzen und Migrationserfahrungen als Ressource durchaus gefragt sind, ohne dass es dafür allerdings ein klares Professionsprofil gibt:

„Bisher existiert kein vergleichbares Berufsbild, das dem Tätigkeitsanspruch des interkulturellen Sprach- und Integrationsmittlers gerecht wird. Hier setzt die Initiative der beteiligten Projekte an. Zur Etablierung des neuen Berufsbildes sind für das Jahr 2007 unterschiedliche regionale Workshops und bundesweite Fachgespräche sowie eine abschließende Fachkonferenz geplant.“

Der neue Studiengang „Interkulturelle Bildung und Beratung“ an der Universität Oldenburg (siehe Kapitel 2) setzt ebenfalls an dem Kerngedanken an, dass ein dauerhaftes Engagement auf einem hohen Niveau, welches den faktischen Erfordernissen einer interkulturellen Bildungs- und Beratungsarbeit gerecht wird, nicht allein mit dem Ehrenamt zu haben ist, sondern echte berufliche Perspektiven inkl. einer berufsadäquaten Bezahlung eröffnen muss. Dieser Ansatz scheint insbesondere für die vielfältigen pädagogischen Aufgaben im Umfeld der Ganztagschulen ein vielversprechender Weg, um qualifizierte Migrantinnen und Migranten für anspruchsvolle Tätigkeiten an der Schnittstelle von (Ganztags)Schule und Gesellschaft vorzubereiten<sup>64</sup>. Die fehlende fachliche Qualifikation und Eignung dürfte dann zumindest nicht mehr als Argument gegen neue Formen der Zusammenarbeit dienen.

<sup>64</sup> Als ein kleines Pilotprojekt in diese Richtung kann das Ludwigshafener Mikroprojekt „Interkulturelle Zusammenarbeit – SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen“ im Rahmen des LOS-Programms (Lokales Kapital für Soziale Zwecke, ein Programm des BMFSFJ und des Europäischen Sozialfonds) angesehen werden, in dem ein türkischer Integrations- und Konfliktlotse Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen darin unterstützt, für die jungen Menschen die bestmögliche schulische und berufliche Förderung zu finden und zu ermöglichen.

## Literaturverzeichnis

**Arslan, Filiz** (2005): Die Fachberatung von Migranten-Selbstorganisationen. In: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 156-163.

**BAMF** (2004): Grundsätze zur Förderung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration von Spätaussiedlerinnen/Spätaussiedlern und Ausländerinnen/Ausländern Nürnberg: BAMF.

**BAMF** (2006): Migrationsbericht 2005 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Nürnberg: BAMF.

**Bauböck, Rainer** (2002): Wessen Stimme zählt? Thesen über die demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. Österreichische Akademie der Wissenschaften. Forschungsstelle für Institutionellen Wandel und Europäische Integration. Wien.

**Becker, Manfred und Alina Seidel** (Hg.) (2006): Diversity management : Unternehmens- und Personalpolitik der Vielfalt, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

**Behr-Heintze, Andrea und Jens Lipski** (2005): Schulkooperationen. Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schulen und ihren Partnern (Forschungsbericht des DJI), Schwalbach, Taunus: wochenschau-verlag.

**Berger, Kai-Uwe** (2000): Migration und Integration. Eine Einführung in das Wanderungsgeschehen und die Integration der Zugewanderten in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.

**Berger, Maria, Christian Galonska und Ruud Koopmans** (2004): Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin. In: Ansgar Klein, Kristine Kern, Brigitte Geißler und Maria Berger (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 251-272.

**Bertelsmann Stiftung** (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik, Gütersloh: Bertelsmann.

**Birsl, Ursula** (2005): Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration, Opladen: Barbara Budrich.

**Bissels, Sandra, Sonja Sackmann und Thomas Bissels** (2001): Kulturelle Vielfalt in Organisationen. Ein blinder Fleck muß sehen lernen, Soziale Welt 52, S. 403-426.

**BMFSFJ, Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (Hg.)** (2000): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin:

**Boller, Sebastian, Elke Rosowski und Thea Stroot (Hg.)** (2007): Heterogenität in Schule und Unterricht. Handlungsansätze zum pädagogischen Umgang mit Vielfalt Stuttgart: Beltz.

**Bourdieu, Pierre** (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Bourdieu, Pierre** (1993): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Bourdieu, Pierre und Jean-Claude Passeron** (1971): Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart: Klett.

**Büttner, Christian und Berthold Meyer (Hg.)** (2002): Integration durch Partizipation. „Ausländische Mitbürger“ in demokratischen Gesellschaften, Frankfurt am Main: Campus.

**Caballero, Claudio** (2003): Ausländerbeiräte in der Krise? Einflussgrößen der Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen in Rheinland-Pfalz, Mainz: Landesbeauftragte für Ausländerfragen Rheinland-Pfalz.

**Coelen, Thomas** (2006): Ganztagsbildung durch Kooperation zwischen Schule und Jugendeinrichtungen, Bildung und Erziehung, 2006, Band 59, Heft 3, S. 269-284.

**Diehl, Claudia** (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung, Opladen: Leske+Budrich.

**Elias, Norbert und John L. Scotson** (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Ellwert, Georg** (1982): Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4, S. 717-731.

**Engin, Haava und Sven Walter** (2005): Leuchttürme der Pädagogik: Portraits erfolgreicher interkultureller Bildungsarbeit an Berliner Kindertagesstätten und Schulen in sozial benachteiligten Quartieren, Berlin: Der Beauftragte für Integration und Migration.

**Esser, Hartmut** (1986): Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation? In: Jürgen H.P. Hoffmann-Zlotnik (Hg.), Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, Mannheim: S. 106-117.

**Esser, Hartmut** (2004): Welche Alternativen zur ‚Assimilation‘ gibt es eigentlich? In: Klaus J. Bade und Michael Bommes (Hg.), IMIS Beiträge 23: Migration - Integration - Bildung, Osnabrück: IMIS, S. 41-59.

**Faist, Thomas** (1997): Migration und der Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten? In: Ludger Pries (Hg.), Transnationale Migration. Soziale Welt (Sonderband 12), Baden-Baden: Nomos, S. 63-84.

**Fijalkowski, Jürgen** (2004): Zur Funktion ethnischer Gemeinschaften. Die Resonanz ethnischer Gemeinschaften mit Integrations- und Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung. In: Ansgar Klein, Kristine Kern, Brigitte Geißler und Maria Berger (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 193-210.

**Fijalkowski, Jürgen und Helmut Gillmeister** (1997): Ausländervereine - ein Forschungsbericht, Berlin: Hitit.

**Freund, Bodo** (2001): Hochqualifizierte Migranten im Rhein-Main Gebiet, Frankfurter statistische Berichte 1, S. 207-233.

**Gaitanides, Stefan** (2001): Migrantenselbstorganisationen und ihre Förderungswürdigkeit, Vortrag am 12.09.2001 vor dem Selbsthilfebeirat des Münchener Sozialreferates. Frankfurt am Main.

**Ganztagsschule Forschungsgruppe** (2007): Ganztagsschule in Entwicklung. Empirische, konzeptionelle und bildungspolitische Perspektiven. Tagung Ganztagsschule in Entwicklung. Universität Mainz.

**Geiling, Heiko** (2004): Gegen Probleme sozialer Integration - für lebendige Öffentlichkeit und intermediäre Einrichtungen In: Heiko Geiling (Hg.), Soziale Integration als Herausforderung für kommunale Akteure, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 13-23.

**Geiling, Heiko** (Hg.) (2005): Soziale Integration als Herausforderung für kommunale und regionale Akteure, Frankfurt am Main: Peter Lang

**Gensicke, Thomas, Sibylle Picot und Sabine Geiss** (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Wiesbaden: VS Verlag.

**GEP, Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik** (Hg.) (2005): Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration. Tagungsdokumentation Nr. 37, Frankfurt/Main: Evangelischer Pressedienst.

**Goddar, Jeannette** (2005): Der Politik fremdgeblieben. Jugendliche Einwanderer müssen noch viel stärker beteiligt werden, *Das Parlament* 44, S.

**Heckmann, Friedrich** (2004): Integrationsweisen Europäischer Gesellschaften: Erfolge, nationale Besonderheiten, Konvergenzen. In: Klaus J. Bade, Michael Bommes und Rainer Münz (Hg.), *Migrationsreport 2004. Fakten, Analysen, Perspektiven*, Frankfurt am Main: Campus, S. 203-224.

**Hewstone, Miles** (2004): Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.

**Hunger, Uwe** (2002): Von der Betreuung zur Eigenverantwortung. Neuere Entwicklungen bei Migrantenvereinen in Deutschland. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor Nr. 22. Münster: Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Universität Münster.

**Hunger, Uwe** (2006): Die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten und ihre Bedeutung für die „Integration“. Fünf Thesen, *Migration und soziale Arbeit* 1, 28, S. 8-14.

**Hunger, Uwe und Holger Kolb** (Hg.) (2003): Die deutsche „Green Card“. Migration von Hochqualifizierten in theoretischer und empirischer Perspektive, Osnabrück: IMIS

**Huth, Susanne** (2003): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten - Rechercheergebnisse. In: *Flüchtlinge und Integration* Beauftragte der Bundesregierung für Migration (Hg.), *Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten*. Dokumentation, Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, S. 14-22.

**Innovation, Institut für Soziale** (2007): Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement von Migranten in der Stadt Paderborn. Eine empirische Studie zur Bildung von Sozialkapital. Paderborn: Institut für Soziale Innovation an der Universität Paderborn.

**Jungk, Sabine** (2001): Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf. In: (Hg.), *Migration und ethnische Minderheiten*, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Landeszentrum für Zuwanderung, S. 7-15.

**Kaufmann, Matthias** (Hg.) (2001): *Integration oder Toleranz? Minderheiten als philosophisches Problem*, Freiburg, München: Alber.

**Keltek, Tayfun** (2006): Entwicklung der kommunalen Migrantenvertretungen, Migration und soziale Arbeit 1, 28, S. 15-21.

**Klein, Ansgar, Kristine Kern, Brigitte Geißler und Maria Berger** (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag.

**Krummacher, Michael** (1996): Einwanderer in der Kommune: Analysen, Aufgaben und Modelle einer multikulturellen Stadtpolitik, Essen: Klartext.

**Lattore Pallares, Patricia** (2003): Migranten-Communities zwischen Ethnisierung und Transnationalisierung. In: Ute Hoffmann (Hg.), Reflexionen der kulturellen Globalisierung. Interkulturelle Begegnungen und ihre Folgen, 2003-110, Berlin: WZB Diskussion Papers, S. 49-63.

**Lehmann, Karsten** (2001): Vereine als Medium der Integration. Zur Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen, Berlin: Hitit.

**Martini, Claudia** (2001): Italienische Migranten in Deutschland. Transnationale Diskurse, Berlin: Reimer.

**MASSKS, Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen** (1999): Selbstorganisationen von Migranten in NRW, Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf MASSKS.

**Meyer, Thomas** (2002a): Parallelgesellschaft und Demokratie, [www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de)

**Meyer, Thomas** (2002b): Parallelgesellschaft und Demokratie. In: Thomas Meyer und Reinhard Weil (Hg.), Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn: Dietz-Verlag, S. 343 - 372.

**Michalowski, Ines** (2005): Ins „richtige“ Netz gelotst: Lokale Vernetzung zwischen Einwanderern und Einheimischen: Das Konzept der Stadt Münster vor dem Hintergrund der europäischen Integrationsdiskussion. In: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 201-217.

**Müller, Ulrike** (2003): Bericht zum freiwilligen Engagement von Migranten in Reutlingen: Engagement im Verein und in der Lokalpolitik. In: Flüchtlinge und Integration Beauftragte der Bundesregierung für Migration (Hg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Dokumentation, Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

**Nohl, Arnd-Michael, Karin Schittenhelm, Oliver Schmidtke und Anja Weiß**, 2006: Kulturelles Kapital in der Migration – ein Mehrebenenansatz zur empirisch-rekonstruktiven Analyse der Arbeitsmarkintegration hochqualifizierter MigrantInnen. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research. 7, 3 [www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-06/06-3-14-d.htm](http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-06/06-3-14-d.htm), 20.05.07



**Norberg, Katarina** (2000): Intercultural education and teacher education in Sweden, *Teaching and Teacher Education* 4, 16, S. 511-519.

**Northedge, Andrew** (2003): Rethinking Teaching in the Context of Diversity, *Teaching in Higher Education* 1, 8, S. 17-33.

**Otto, Hans Uwe und Thomas Coelen** (Hg.) (2004): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Beiträge zu einem neuen Bildungsverständnis in der Wissensgesellschaft, Wiesbaden: VS-Verlag.

**Pröhl, Marga** (Hg.) (1998): Multikulturelle Gesellschaft - Integration in der Kommune. Internationale Recherchen und Fallbeispiele, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

**Putnam, Robert D.** (1993): *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*, Princeton: Princeton University Press.

**Putnam, Robert D.** (2000): *Bowling Alone. The collapse and revival of American community*, New York: Simon & Schuster.

**Putnam, Robert D.** (Hg.) (2001): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Gütersloh: Bertelsmann Verlag.

**Putnam, Robert D. und Kristin A. Goss** (2001): Einleitung. In: Robert D. Putnam (Hg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Gütersloh: Bertelsmann Verlag, S. 15-44.

**Rauer, Valentin** (2004): Ethnische Vereine in der Fremd- und Selbstbewertung. Plädoyer für einen relationalen Sozialkapital-Ansatz. In: Ansgar Klein, Kristine Kern, Brigitte Geißler und Maria Berger (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 213-229.

**Rieker, Yvonne** (2005): Die Organisationen von und für Italiener in Deutschland. In: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), *Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen*, Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 112-131.

**Rosenblatt, Bernhard von** (Hg.) (2001): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, 2. korrigierte Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.

**Sackmann, Rosemarie, Tanjew Schultz, Kathrin Prümm und Bernhard Peters** (2005): *Kollektive Identitäten. Selbstverortung türkischer MigrantInnen und ihrer Kinder*, Frankfurt am Main: Peter Lang.

**Salentin, Kurt** (2005): Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück? In: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik GEP (Hg.), *Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration*. Tagungsdokumentation Nr. 37, Frankfurt/Main: Evangelischer Pressedienst, S. 6-10.

**Sánchez Otero, José** (1999): Zum Stand der derzeitigen migrationstheoretischen und –politischen Debatte unter besonderer Berücksichtigung ihrer kommunalpolitischen Implikationen. In: Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.), *Informationszentrum Sozialwissenschaften: Migration und ethnische Minderheiten* (1999/2), Bonn: S. 7-21.

**Sanders, Karin, Irina Bohn und Hermann Scheib** (2002): Qualitative Erhebung zum Bestand und Bedarf an Integrationsangeboten für Zuwanderer in Hessen und Empfehlungen zur Förderung von Integration. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

**Schiffauer, Werner** (2005): „Parallelgesellschaften“ und islamische Gemeinden. In: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik GEP (Hg.), *Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration*. Tagungsdokumentation Nr. 37, Frankfurt/Main: Evangelischer Pressedienst, S. 20-28.

**Schliesky, Utz** (2005): Ausländerintegration als kommunale Aufgabe, *Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR)* 3-4, 26, S. 106-114.

**Stauf, Eva** (2004): *Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften und Probleme*, Mainz: Herausgegeben von der Projektgruppe InPact.

**TGD** (2006): Gleichstellungs- und Partizipationspolitik statt Ausländerpolitik. Positionspapier der Türkischen Gemeinde in Deutschland zum Integrationsgipfel am 14.07.2006. Berlin: TGD.

**Thränhardt, Dietrich** (2000): Einwandererkulturen und soziales Kapital. In: Heinz Fassmann, Helga Matuschek und Elisabeth Menasse (Hg.), *abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*, Klagenfurt: Drava, S. 201-220.

**Thränhardt, Dietrich** (2005): Spanische Elternvereine schaffen Sozialkapital: Selbsthilfe-Netzwerke und Integrationserfolg in Europa. In: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), *Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen*, Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 93-110.

**Türkeistudien, Stiftung Zentrum für** (2005): *Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland*. Essen: Zentrum für Türkeistudien.

**Unbehaun, Horst** (1997): „Ethnic leaders“ in lokalen Organisationen türkischer Migranten. In: Hans-Peter Waldhoff, Dursun Tan und Elcin Kürsat-Ahlers (Hg.), *Brücken zwischen Zivilisationen. Zur Zivilisierung ethnisch-kultureller Differenzen und Machtungleichheiten. Das türkisch-deutsche Beispiel*, Frankfurt am Main: IKO, S. 197-212.

**Vertovec, Steven und Susanne Wessendorf** (2005): *Migration and cultural, religious and linguistic diversity in Europe. An overview of issues and trends*. Oxford: Center on Migration, Policy and State (COMPAS).

**Wei-Han Leung, Maggi** (2004): *Chinese Migration in Germany. Making Home in Transnational Space*, Frankfurt am Main: IKO.

**Weiss, Karin und Dietrich Thränhardt** (2005a): *Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft*. In: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), *Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen*, Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 8-44.

**Weiss, Karin und Dietrich Thränhardt** (Hg.) (2005b): *Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen*, Freiburg im Breisgau: Lambertus.

## **Anhang**

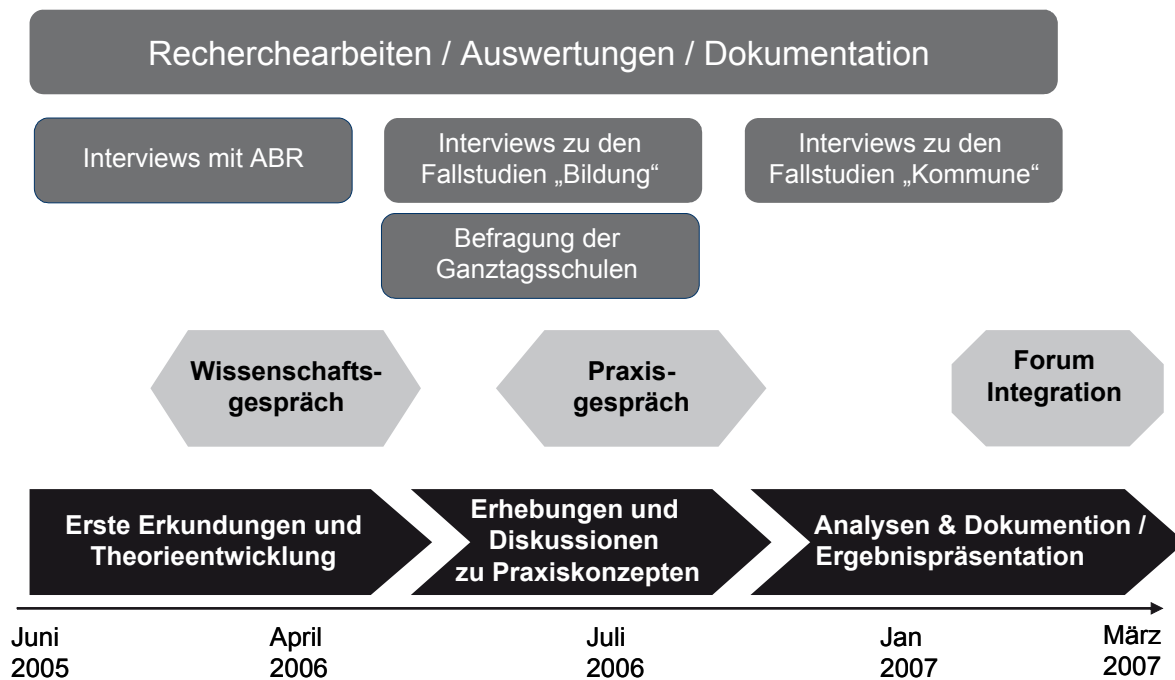
**Übersicht zum zeitlichen Projektverlauf**

**Programmablauf des Wissenschaftsgesprächs**

**Programmablauf des Praxisgesprächs**

## Anhang 1

### Übersicht zum zeitlichen Projektverlauf des Forschungsprojekts



**Anhang 2****Programmablauf für das Wissenschaftsgespräch am 25.4.2006 in Mainz**

|           |   |
|-----------|---|
| 11.00     | Begrüßung /<br>Kurzvorstellung  |
| 11.15     | Persönliche Kurzvorstellung aller Anwesenden  |
| 11.30     | Kurzvorstellung des derzeitigen Sachstandes in RLP - inkl. Nachfragen                   |
| 11.50     | Kurzvorstellung des Landauer Projekts und der Thesen zum Sozialkapital-Ansatz           |
| 12.10     | Vorstellung von Thesen und Forschungszugängen zum SK-Ansatz<br>(Pro Person 10 Minuten)  |
| Ca. 13.30 | Mittagsimbiss   |
| 14.00     | Diskussion des Ansatzes vor dem Hintergrund aktueller Forschungs- und<br>Praxisdiskurse |
| 14.45     | Evtl. kurzes Zwischenresümee zum<br>SK-Ansatz   |
| 14.55     | Konsequenzen des Modells für<br>Praxisansätze und Praxisbedarf                          |
| 15.45     | Abschlussrunde und Resümee  |
| 16.00     | Abreise der TN  |

## Anhang 3

## Programmablauf für das Praxisgespräch am 22.6.2006 in Landau

|           |   |
|-----------|---|
| 14.00     | Begrüßung durch die Gastgeber   |
| 14.10     | Kurzvorstellung des Projekthintergrundes  |
|           | Fallbeispiele zur Partizipation und Vernetzung<br>im Bereich der „Integration“:   |
| 14.20     | Partizipation in Kommune und Politik<br>Beispiel: Landkreis Bad Dürkheim<br>Podiumsgespräch mit Gästen:   |
| 14.40     | Vernetzung im Bildungsbereich<br>Beispiel: Lernzirkel Ludwigshafen<br>Interview mit Fatih Yilmaz  |
| 15.00     | Partizipation in der Stadtteilentwicklung<br>Beispiel: Neustadt-Projekt in Mainz<br>Kurzpräsentation  |
| 15.20     | Kaffee-Pause  |
| 15.45     | Vertiefende Diskussion<br>„Welche Strukturen und Strategien steigern die Chance erfolgreicher<br>Partizipation und Netzwerkbildung?“<br>Identifizierung von beispielhaften Projektansätzen und übertragbaren<br>Kooperationsformen                |
| 17.00     | Pause   |
| 17.15     | Abschlussplenum<br>„Was ist im Land Rheinland-Pfalz konkret zu tun / zu ändern, um Netzwerke<br>und Partizipation weiter zu stärken?“<br>Empfehlungen für landesweite und regionale Aktivitäten zur Förderung von<br>Partizipation und Vernetzung |
| Ca. 18.00 | Ende der Veranstaltung  |

## Impressum

Otten, Reich, Schöning-Kalender

„Die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten  
und ihren Organisationen in Rheinland-Pfalz“

Forschungsbericht zum Projekt

ISBN 978-3-936257-25-0

Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz

Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit

Bauhofstraße 9, 55116 Mainz

[www.masgff.rlp.de](http://www.masgff.rlp.de)

Broschürentelefon: 0 61 31/ 16 20 16

Gestaltung: artfive, Mainz

Druck: Druckerei Schwalm, Mainz

Titelfoto: BilderBox

Mainz 2008

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.